

Rapallo gibt noch immer viele Rätsel auf. Welche Ziele verfolgte die deutsche Regierung, welche Absichten hatte die sowjetrussische, als sie sich 1922 über eine Kooperation verständigten und damit die Westmächte offen herausforderten? Was bewog insbesondere Walther Rathenau, den Befürworter einer Annäherung an den Westen, den Vertrag zu unterzeichnen? Eva Ingeborg Fleischhauer kann Antworten auf diese Fragen geben, die mehr als achtzig Jahre nach Rapallo noch immer die Gemüter bewegen.

Eva Ingeborg Fleischhauer

Rathenau in Rapallo

Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes

Der Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 hat wie wenige Akte der Diplomatie und Außenpolitik des 20. Jahrhunderts die Gemeinschaft der beteiligten Mächte gespalten und die Zeitgenossen sowie die Geschichtsforschung zu gegensätzlichen Urteilen geführt. Seine ungleichgewichtige Beurteilung in der deutschen Historiographie einerseits, in der russischen sowie westlichen Geschichtsbetrachtung andererseits blieb über acht Jahrzehnte konstant. In der wissenschaftlichen Forschung der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Deutschlands wurde der Vertrag von Rapallo nicht gesondert behandelt, während Zeitzeugen und -historiker in den direkt (Sowjetunion) oder indirekt betroffenen Ländern (Frankreich, Polen, Italien, Großbritannien) zeitnahe über Entstehung und Wesen dieses Vertrags zu reflektieren begannen. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg in Deutschland das Interesse aus objektiven (Zugänglichwerdung von Dokumenten) und subjektiven Gründen (Erhellung des Nexus deutscher Schuld und Verstrickung in den Weltkonflikt) sprunghaft an. Die westdeutsche Forschung hat in den 1950er und 1960er sowie erneut in den 1970er und 1980er Jahren mit ihren an Fakten und Details reichen Studien explizit oder implizit den Eindruck vermittelt, das Wesentliche zur Erhellung seiner Entstehungsgeschichte sei gesagt worden¹; die ostdeutsche Forschung konnte aus immanenten Gründen kein größeres Problembewusstsein der Forschungsdefizite manifestieren².

¹ Vgl. die Forschungsübersichten von Paul Noack (Rapallo – Wunsch und Wirklichkeit, in: Politisch Studien 11, 1960, S. 31–43, hier S. 40), Peter Alter (Rapallo – Gleichgewichtspolitik und Revisionismus in: Neue politische Literatur 19, 1974, S. 509–517, hier: 512) und Winfried Baumgart (Deutsche Ostpolitik 1918–1926, in: Russland – Deutschland – Amerika, Festschrift für Fritz Epstein zum 80. Geburtstag, Wiesbaden 1978, S. 239–256, hier: S. 251). Demgegenüber haben Horst Günther Linke (Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970) und Renata (Fritsch-)Bournazel (Rapallo – Ein französisches Trauma, Köln 1976) neuartige Frageansätze entwickelt.

² Vgl. Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932, Berlin 1952, S. 91–116; Günter Rosenfeld, Das Zustandekommen des Rapallovertrages, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1956), S. 678–697, ders., Sowjetrussland und Deutschland

Hierbei erwies sich das Jahr 1970 als wichtige Zäsur: Hermann Graml³ deckte in seiner kritischen Bilanz der westdeutschen Rapallo-Forschung auf, dass diese die offenkundig revisionistisch-offensiven Schemata der Rapallo-Politik verneint habe. Die hieraus resultierende Frage nach der Haltung des Kriegsgegners Walther Rathenau in diesem Beziehungsgeflecht, die Ernst Schulin berührte, wurde nicht weiterverfolgt. So wurde niemals ernsthaft gefragt, aus welchen Gründen, ja nicht einmal: unter welchen Umständen der deutsche Außenminister seine Gegnerschaft gegen ein Sonderabkommen mit Sowjetrußland angeblich – buchstäblich über Nacht – aufgegeben habe⁴ und in einem vermeintlichen *volte-face*, das Beobachter und Forscher im In- und Ausland zu den abwegigsten Charakterklischees verleitete, zu seiner ausführenden Kraft geworden sei.

Die sowjetische (und die ihr folgende ostdeutsche) Rapallo-Forschung fügte der sachlichen Oberflächlichkeit die ideologische Voreingenommenheit hinzu, wenn sie Rathenau die sowjetfeindlichen Absichten seiner „Klasse“ unterstellte, um ihn jäh – ein wahrer *deus ex machina* – entgegen seinen angeblichen Klasseninteressen am Ostersonntag 1922 als Friedens- und Sowjetfreund auferstehen zu lassen. Neuere westliche Forschungen haben der Verwendung dieser Schablonen keinen Einhalt geboten und zur notwendigen Klärung wenig beigetragen. Selbst die akribische Untersuchung von Carole Fink⁵ hat bestehende Klischees übernommen und die auf deutscher Seite handelnden Personen undifferenziert behandelt.

Probleme der Forschung

Diesen Ansichten stehen gewichtige Tatsachen entgegen: Zum einen liegt keine Aufzeichnung der Vorgespräche und Verhandlungen zwischen der sowjetrussischen und deutschen Delegation in Genua und Rapallo vor. Dieses Unikum in der Diplomatiegeschichte, in welchem selbst Reichspräsident Friedrich Ebert nicht auf dem üblichen Wege über die Inhalte der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt wurde, fand wenig Beachtung⁶. Auch der Versuch einer Rekonstruktion dieser

1917–1933, Köln 1984, Band 1: 1917–1922; Wilhelm Orth, Walther Rathenau und der Geist von Rapallo, Berlin 1962; ders., Rathenau, Rapallo, Koexistenz, Berlin 1982.

³ Vgl. Hermann Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970), S. 366–391.

⁴ Schon Helbig hob das „Rätsel“ des überraschend schnellen Abschlusses des Vertrags hervor und betonte, das „größte Rätsel“ nicht geklärt zu haben; bezüglich des Verhaltens Wirths und Maltzans gegenüber dem Außenminister fand er sich damit ab, dass man all das „letztlich [...] nur schwer [wird] klären können.“ Herbert Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, Göttingen 1958, S. 93, S. 99 u. S. 82.

⁵ Vgl. Carole Fink, The Genoa Conference. European Diplomacy, 1921–1922, Chapel Hill/London 1984.

⁶ Auf Veranlassung der Reichskanzlei hat der in Genua anwesende Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im Auswärtigen Amt (AA), Dr. Ernst von Simson, dem Reichspräsidenten am 24. 4. 1922 in einer fünfviertelstündigen Besprechung und anschließend den in Berlin verbliebenen Ministern in einer zweistündigen Sitzung „zwingende Ursachen für sofortigen Abschluß eingehend dargelegt [...] habe aber nicht überzeugt.“ Simson, Berlin, an Wirth, Genua, 24. 4. 1922, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie A,

Inhalte wurde nie ernstlich unternommen. Deshalb ist bis heute unbekannt, welche Argumente tatsächlich den Ausschlag für den zunächst aus guten Gründen abgelehnten (Rathenau) bzw. hinausgezögerten (Reichskanzler Joseph Wirth) Vertragsabschluss gaben. Zum anderen hat sich die Forschung in Analysen des Umfeldes und des Omdit der Gespräche, bis hin zur Wiedergabe schon zum damaligen Zeitpunkt unglaublicher Gerüchte, erschöpft und dabei suggeriert, diese Umstände könnten das Zustandekommen des Vertrags hinreichend erklären. Schließlich liegt die Frage im Dunkeln, von welcher Seite die Initiativen zum Vertragsabschluss ausgingen und von welchen Motiven und Zielen die Parteien und handelnden Personen geleitet waren. Hierbei ist die Untersuchung auch auf andere Delegationen auszudehnen und zu ermitteln, welchen Einfluss etwa Mitglieder der britischen und italienischen Delegation ausübten, in erster Linie E. Frank Wise⁷ und Francesco Giannini⁸. Bevor diese Lücken nicht geschlossen sind, kann von einer Lösung dieses Fragekomplexes nicht die Rede sein.

Schwierigkeiten für die Erhellung der Zusammenhänge bestehen darin, dass der Kreis der Eingeweihten auf deutscher wie sowjetrussischer Seite klein war und von hier wie dort aus Gründen strenger Geheimhaltung keine klärenden Darstellungen erfolgten, belegt sind oder noch zu erwarten wären. Von den fünf deutschen Delegationsmitgliedern, die an entscheidenden Gesprächen beteiligt waren, hat allein der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Adolf Georg Otto (genannt: Ago) Freiherr von Maltzan, der *spiritus rector* der politischen Annäherung an Sowjetrussland und des Vertragsabschlusses zu diesem Zeitpunkt, zeitnahe Aufzeichnungen hinterlassen. Diese liegen allen (auch vermeintlich anderen) deutschen Quellen zugrunde, erweisen sich aber bei kritischer Prüfung als apologetische, widersprüchliche und nachweislich falsifizierende Darstellungen des Geschehens⁹. Joseph Wirth, der bis Januar 1956 überlebende Kronzeuge der Vorgänge, hat sein Wissen trotz seines lebenslangen Ringens und

Band VI: 1. März bis 31. Dezember 1922, Göttingen 1988, Nr. 70, S. 149. Eine Aufzeichnung ist nicht auffindbar. Zur Frage fehlender Schriftstücke siehe Anm. 140.

⁷ Für Fink, Conference, S. 175, war seine Rolle „inexplicable“.

⁸ Dr. Francesco Giannini wurde in den Aufzeichnungen der deutschen Delegation und in der deutschen Rapallo-Forschung mit Amedeo Giannini („Commendatore“ Giannini) verwechselt. Seine Rolle war bereits Helbig, Träger, S. 92, „unklar“, für George Kennan, *Russia and the West under Lenin and Stalin*, London 1960, S. 218, „unerklärlich“ und für Ernst Schulin, Noch etwas zur Entstehung des Rapallo-Vertrages, in: Was die Wirklichkeit lehrt. Golo Mann zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hartmut von Hentig und August Nitschke, Frankfurt a. M. 1979, S. 192 die „bis heute am wenigsten geklärte Rolle“. Auch die russische Forschung löste diese Rätsel nicht; vgl. A. Achamsjan, *Genua-Rapallo*, in: *Neue Zeit* 13, März 1987, S. 24–27, hier S. 26.

⁹ Vgl. Ernst Laubach, Maltzans Aufzeichnungen über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 22 (1975), S. 556–579. Das AA erkannte allein die dem britischen Botschafter in Berlin übergebene, anonyme Aufzeichnung (Maltzans) als offizielle Version der Ereignisse an; vgl. Helbig, Träger, S. 75 f., Anm. 140; *An Ambassador of Peace. Pages from the Diary of Viscount D'Abernon*, Berlin, 1920–1926, Bd. I: From Spa (1920) to Rapallo (1922), London 1929, S. 298–303. Dies deutet auf bereits damals bestehende Meinungsunterschiede hin (die britische Seite sprach von „alleged German Documents“; vgl. ebenda, S. 303). Ungeachtet dieser Tatsachen glaubte Laubach, „auf quellen-

wiederholter Ankündigungen, die wahre Geschichte von Rapallo zu schreiben, nur partiell preisgegeben. Aus dem weiteren Kreis der in Genua anwesenden Deutschen sind wertvolle Situations- und Stimmungsberichte, aber keine zeitnahen Aufzeichnungen mit authentischem Wissen zentraler Vorgänge überliefert¹⁰. Wenige Personen, die es besaßen, wie Hans von Raumer, hinterließen tendenziöse Darstellungen¹¹. Journalisten von Rang haben einige unbekannt Details geliefert, die aber kaum mehr zu verifizieren sind¹². Gäste der Konferenz wie Harry Graf Kessler¹³ konnten nur Mitteilungen aus zweiter Hand weitergeben.

Eine Ausnahme bildete der als Finanzsachverständiger anwesende Staatssekretär a. D., Dr. Carl Bergmann, der 1925 die Ansicht ins Reich der Fabel verwies, „dass Dr. Rathenau die Triebfeder des Vertrages von Rapallo gewesen sei“. Rathenau habe vielmehr „ernstliche Bedenken dagegen gehabt und sich erst dazu bestimmen lassen, mit den Russen abzuschließen, als ihm klar wurde, dass Dr. Wirth den Vertrag auch ohne ihn zeichnen würde“. Danach habe er allerdings „stets die volle Verantwortung für den Abschluss auf seine Schultern genommen“. Bergmann hielt den Vertrag für verfehlt: „Auf die Früchte des Vertrages von Rapallo warten wir noch heute.“¹⁴

Kenner der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen, die nicht zugegen waren, wie Wipert von Blücher und Moritz Schlesinger, konnten sich damals nicht mit Vermutungen zu Wort melden, vertraten aber in den 1950er Jahren die Auffassung, der Vertragsabschluss habe „mehrere unbekannt Größen“¹⁵ und „der Hintergrund des Rapallo-Vertrages [bedürfe] noch der Aufhellung“¹⁶. Schlesinger

mäßig gutem Boden“ zu stehen; vgl. Ernst Laubach, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22*, Lübeck 1968, S. 201.

¹⁰ Das gilt auch für Angehörige des AA in Genua und Berlin, wie Albert von Dufour-Feronce und Dr. Carl von Schubert; vgl. Peter Krüger, *A Rainy Day, April 16, 1922: The Rapallo Treaty*, in: *Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922*, hrsg. von Carole Fink u. a., Washington/Cambridge 1991, S. 52.

¹¹ Hans von Raumer, *Dreißig Jahre nach Rapallo*, in: *Deutsche Rundschau* 78 (1952), S. 321–330.

¹² Dies gilt für Informationen von Max Reiner (*Vossische Zeitung*); vgl. Schulin, *Entstehung*, in: Hentig/Nitschke (Hrsg.), *Wirklichkeit*, S. 183 ff. Die zentralen Mitteilungen von Rolf Brandt basieren auf den Berichten Reiners, der die Informationen von Maltzan (dort irrtümlich: Maltzahn) bezog; vgl. Rolf Brandt, *Europa ohne Maske*, Hamburg 1934, S. 133–149.

¹³ Vgl. Harry Graf Kessler, *Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk*, Berlin 1928, sowie, mit Erweiterungen, ders., *Walther Rathenau: His Life and Work*, London 1929. Kesslers Mitteilungen über die inneren Vorgänge gehen auf die anonym verwendeten Aufzeichnungen Maltzans zurück.

¹⁴ Carl Bergmann, *Rapallovertrag und Reparationen*, in: *Der eiserne Steg: Jahrbuch* (1925), S. 51–60, hier S. 57; ders., *Der Weg der Reparationen*, Frankfurt a. M. 1926, S. 163.

¹⁵ Wipert von Blücher, *Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede*, Wiesbaden 1951, S. 162. Die westliche Forschung ist ihm hierin gefolgt; vgl. Edward H. Carr, *A History of Soviet Russia*, Bd. III: *The Bolshevik Revolution 1917–1923*, London 1953, S. 361.

¹⁶ Schlesinger an Herbert von Dirksen, 22. 4. 1955, mit Bezug auf die – in seinen Augen – ungenügende Untersuchung Helbig's über Rantzau (Helbig, Träger), in: *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes* (künftig: PA AA), Nachlass (NL) Schlesinger.

appellierte an Wirth, den Ablauf der Verhandlungen endlich so darzustellen, „wie er sich tatsächlich abgespielt hat“, damit „die Legenden, die sich schon so weit in die Geschichtsschreibung eingeschlichen haben, ausgemerzt werden können“¹⁷. Anstelle der Ausmerzung der Legenden erfolgte ihre Perpetuierung.

Während die deutsche Teilnahme an der Genueser Konferenz in den beteiligten Ressorts vorbereitet wurde, die Planung des Vertragsabschlusses mit Sowjetrussland aber in Reichskanzlei, Auswärtigem Amt und Reichswehrministerium im kleinsten Kreise konspirativ betrieben wurde, ließ Lenin die erste Teilnahme einer sowjetrussischen Delegation an einer großen internationalen Konferenz über drei Monate hinweg im großen Stil vorbereiten. Groß war seine Erwartung an die Konferenz, enorm der Erfolgsdruck, der auf den Beteiligten lastete¹⁸. Diese Aktivität und die Masse der schriftlichen Expertisen sind der Forschung im Einzelnen unbekannt geblieben. Das Geschehen während und nach der Konferenz trat in der Sowjethistoriographie von Beginn an hinter ihrem Ergebnis – dem als Sieg der sowjetrussischen Diplomatie gefeierten Vertragsabschluss mit Deutschland – zurück. Die Kanonisierung des Vertrags von Rapallo als maßgebliches Beispiel für Verträge zwischen Staaten unterschiedlicher Wirtschaftssysteme sowie die Dogmatisierung der sowjetischen Außenpolitik als Politik der „friedlichen Koexistenz zwischen wirtschaftlich und ideologisch unterschiedlichen Systemen“ hat das tatsächliche Geschehen ganz in den Hintergrund gedrängt.

Dementsprechend schematisch und in den zentralen Fragen unergiebig sind die Quelleneditionen und Forschungen zu diesem Thema. Nachlässe der handelnden Personen, etwa Georgij W. Tschitscherins, des Volkskommissars für Äußere Angelegenheiten, sind nur begrenzt zugänglich¹⁹. Zeugnisse der Beteilig-

¹⁷ Schlesinger an Wirth, 23. 10. 1955, in: PA AA, NL Schlesinger. In zwei Gesprächen mit Wirth im Herbst 1955 hat Schlesinger Auskünfte über die Hintergründe erbeten. Zu den Ergebnissen vgl. u. a. Helbig, Träger, S. 56 f., Anm. 92. Sie gingen inhaltlich nicht über die einschlägigen Teile im Nachlass Wirths hinaus.

¹⁸ Im Politischen Rechenschaftsbericht des ZK der RKP(b) vom 27. 3. 1922 betonte Lenin: „die brennendste Frage der Politik“ sei Genua. „Wir im ZK haben die sorgfältigsten Maßnahmen ergriffen, um eine Delegation aus unseren besten Diplomaten zu bilden. [...] Wir haben unseren Diplomaten [...] im ZK ausreichend detaillierte Direktiven ausgearbeitet, haben sie langfristig herausgearbeitet, sie mehrmals beraten und wieder und wieder neu beraten. Aber es versteht sich von selbst, dass eine Frage [...] wenn nicht des Krieges, so doch [...] des Wettkampfes besteht. [...] Wie sich dieser Kampf entwickelt, hängt [...] von der Kunst unserer Diplomaten ab.“ Lenin verbürge sich nicht für den Erfolg der Konferenz, aber dafür, dass die russische Delegation ihr Ziel erreiche: „Über Genua, wenn unsere dortigen Gesprächspartner ausreichend verständig und nicht allzu dickköpfig sind. An Genua vorbei – wenn ihnen einfallen sollte, halsstarrig zu sein. Aber unser Ziel erreichen wir!“ Vladimir Il'ič Lenin, Sočinenija, Bd. XXVII, Moskau 1936, S. 225 f. Die offizielle Delegation umfasste sechs, die inoffizielle weitere ca. dreißig Personen. Hinzu kam eine größere Zahl russischer Auslandsvertreter. Die Auswahl traf Lenin unter Androhung scharfer Repressionen.

¹⁹ MID SSSR. Istoriko-diplomatičeskoe upravlenie. Otdel archiva vnešnej politiki Rossii, enthält als Fond 340, op. 901 b. das „Persönliche Archiv Tschitscherins, G. W., geboren 1871“. Es ist leer. I. K. Kobljakow hat den Tschitscherin-Nachlass eingesehen in: Archiv Vnešnej Politiki SSSR (künftig: AVP SSSR), F. 082; I. K. Kobljakow, Neue Materialien über den Rapallo-Vertrag, in: Alfred Anderle, Wiss. Red., Rapallo und die friedliche Koexistenz, Berlin-Ost 1963, S. 163.

ten, wie die Prozessakten Karl Radeks, waren nie verfügbar und werden heute unter dem Vorwand des Datenschutzes zurückgehalten. Die weitere historiographische Entwicklung – Umdeutung der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee in eine verräterisch-trotzkijistische Episode und Repression aller Beteiligten (einschließlich der deutschen Beteiligten, derer das GPU 1945 habhaft werden konnte) – hat dazu geführt, dass die Unterlagen (sofern nicht von Lew Trotzki ins Exil gerettet) in das Privatarchiv Stalins (heute Präsidialarchiv) überführt wurden. Zeitnahe Veröffentlichungen offizieller und inoffizieller Delegationsmitglieder sind in den Kernfragen unergiebig²⁰. Die sowjetischen Arbeiten zum Komplex Rapallo²¹ zeichnen sich durch mangelnde Benutzung und/oder Kenntlichmachung russischer Quellen aus. In einem sowjetisch-ostdeutschen Sammelband aus dem Jahr 1962 wurde der fehlende Zugang zu den russischen Quellen beklagt²². Die Arbeiten von M. J. Trusch²³ und A. O. Tschubarjan²⁴ über die Entstehung der sowjetischen Außenpolitik unter Lenin profitierten dann von der Kenntnis einschlägiger Quellen, gaben sie aber nur in Grenzen preis. In der Perestrojka-Periode und nach dem Zerfall der Sowjetunion hat A. A. Achtamsjan den Anschluss an die westliche Forschung gesucht und – nach Freigabe weiterer Dokumente – im Jahre 1990 auch hergestellt²⁵.

Dennoch fehlen noch immer wichtigste Dokumente: die vollständigen Weisungen Lenins und seine Gespräche/Korrespondenz mit Tschitscherin; die wechseln-

Heute befinden sich Teile des Tschitscherin-Nachlasses im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), weitere Teile im Russischen Zentrum der Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der Neuesten Geschichte (CRCChIDNI).

²⁰ Vgl. *Materialy Gennetznoj Konferencij*, Moskau 1922; B. E. Štejn, *Genuezkaja konferencija*, Moskau 1922; ders., *Gagskaja konferencija*, Moskau 1922; A. A. Ioffe, *Genuezkaja konferencija*, Moskau 1922, ders., *Ot Genui do Gagi*, Moskau 1923; G. V. Čičerin, *Stat'i i reči po voprosam meždunarodnoj politiki*, Moskau 1961; N. N. Ljubimov/A. N. Ėrlich, *Genuezkaja konferencija (Vospominanija učastnikov)* Moskau 1963; B. E. Štejn, *V. I. Lenin i Genuezkaja konferencija 1922 goda*, in: *Vestnik Moskovskogo Universiteta, Serija 9, Istorija* (1960), H. 2, S. 15–39.

²¹ V. A. Potemkin (Hrsg.), *Istorija diplomatii. Diplomacija v period podgotovki vtoroj mirovoj vojny (1919–1939 gg.)*, Bd. III, Moskau 1945, S. 148–190; N. L. Rubinštejn, *Vnešnjaja politika Sovetskogo Gosudarstva v 1921–1925 godach*, Moskau 1953, S. 147–347; I. K. Kobljakov, *Ot Bresta do Rapallo. Očerki istorii sovetsko-germanskich otnošenij s 1918 po 1922 g.*, Moskau 1954; I. A. Rosenko, *Sovetsko-germanskie otnošenija (1921–1922 gg.)*, Leningrad 1965; B. N. Ponomarev/A. A. Gromyko/V. M. Chvostov (Hrsg.), *Istorija vnešnej politiki SSSR, Teil I: 1917–1945*, Moskau 1966, S. 151–167; A. Achtamzjan, *Rapall'skaja politika. Sovetsko-germanskie diplomatičeskie otnošenija v 1922–1932 godach*, Moskau 1974; G. M. Truchnov, *Iz istoriji sovetsko-germanskich otnošenij (1920–1922 gg.)*, Minsk 1974; ders., *Poučitel'nye uroki. Tri sovetsko-germanskich dogovora (1922–1926 gg.)*, Minsk 1979; ders., *Rapallo v dejstvii. Iz istorii sovetsko-germanskich otnošenij (1926–1929 gg.)*, Minsk 1982.

²² *Rapall'skij dogovor i problema mirnogo sosuščestvovanija. Materialy naučnoj sessii posvjaščenoj 40-letiju Rapall'skogo dogovora (25.–28. aprlja 1962 goda)*, Moskau 1963, dt. Fassung: Anderle, Rapallo, S. 160.

²³ Vgl. zuletzt auf deutsch Michail Trusch, *Lenin und die Außenpolitik der UdSSR*, Frankfurt a. M. 1970.

²⁴ A. O. Čubarjan, *V. I. Lenin i formirovanie sovetskoj vnešnej politiki*, Moskau 1972.

²⁵ A. Achtamzjan, *Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii 1920–33 gg. (po novym dokumentam)*, in: *Novaja i novejšaja istorija (September–Oktober 1990)*, H. 5, S. 3–14.

den Vollmachten der offiziellen und inoffiziellen Delegationsmitglieder; die Erörterungen des ZK bzw. Politbüros über die in Genua einzuschlagende Strategie und Taktik und die aus ihnen resultierenden, vollständigen Beschlüsse und Entscheidungen sowie die sich wandelnden Weisungen an die Delegationsmitglieder in Genua; der überwiegende Teil der diplomatischen Korrespondenz zwischen der offiziellen sowjetrussischen Delegation und dem Außenkommissariat (und über dieses dem Politbüro, Lenin und Stalin) sowie die Berichte der Vertreter der Geheimdienste und des Militärs an ihre Zentralen; die Aufzeichnungen der Besprechungen und Verhandlungen in Genua und Rapallo; die Berichte der Delegationsmitglieder nach ihrer Rückkehr und die Auswertung der Ergebnisse der Konferenz; trotz Freigabe einiger Dokumente über die militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee²⁶ fehlt weiter der größte Teil des Quellenmaterials über die Zusammenhänge zwischen militärischer, wehrwirtschaftlicher und politischer Anbahnung der Beziehungen. Insofern kann der Komplex Rapallo auch im Hinblick auf die sowjetrussische Perspektive nicht als abgeschlossen gelten – die Aufarbeitung hat erst begonnen.

Neuere Quellen: Der Nachlass Joseph Wirth

Neuere, ungenügend benutzte Quellen erlauben eine Überprüfung des Forschungsstands: Die Nachlässe Dr. Joseph Wirth (seit 1985 im Bundesarchiv Koblenz und ab 1990 im damaligen Sonderarchiv Moskau zugänglich) sowie Dr. Walther Rathenau (ab 1990 im Sonderarchiv Moskau sowie partiell ab 1993 im Bundesarchiv Koblenz einzusehen) können hier wie dort, im heutigen Russischen Staatlichen Militärarchiv (RGVA), benutzt werden. Zentrale russische Bestände, wie (Geheim-)Akten zur Genueser Konferenz im Politisch-Historischen Archiv des russischen Außenministeriums, konnten zu Beginn der 1990er Jahre konsultiert werden. Weitere Archivalien aus der Frühzeit des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten sind zugänglich im Russischen Zentrum der Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der Neuesten Geschichte. Die diplomatischen Akten anderer betroffener Staaten sind überwiegend freigegeben oder können, wie die Italiens und des Vatikans, jetzt auf Antrag herangezogen werden.

Von erstrangiger Bedeutung ist der deutsche Nachlass des Reichsfinanzministers (1920/21) und Reichskanzlers (1921/22) Dr. Joseph Wirth²⁷. Die Gedanken des Emigranten Wirth (er verließ Deutschland nach seiner Zustimmung für das Ermächtigungsgesetz am 25. März 1933) kreisten in zahlreichen Aufzeichnungen um die Entstehung des Vertrags. Anhand dieser Dokumente können unbekannt

²⁶ Vgl. Sergej Gorlov, *Soveršenno sekretno. Al'jans Moskva-Berlin 1920–1933 gg. (Voenno-političeskie otnošenija SSSR – Germanija)*, Moskau 2001.

²⁷ Vgl. Georg Herbstritt, *Brückenbau oder Seitenwechsel? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955)*, Magisterarbeit Freiburg 1992; Heinrich Küppers, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik*, Stuttgart 1997; Ulrike Hörster-Philipps, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie*, Paderborn 1998.

Vorgänge rekonstruiert und die in der Rapallo-Forschung strittigen Fragen aus der Sicht Wirths beantwortet werden: War der Rapallo-Vertrag intentional ein Defensiv- oder ein Offensivinstrument? Diente er der Herstellung des politischen Gleichgewichts oder der Revision? War er das Resultat einer zwangsläufigen Entwicklung oder ein „Zufallsprodukt“?

Als der Zentrumspolitiker Wirth im März 1920 nach Berlin berufen und in die Reichsregierung „gepresst“ sowie im Mai 1921 durch seinen Fraktionsvorsitzenden – gegen Konrad Adenauer – mit der Maßgabe für das Kanzleramt vorgesehen wurde, Gelassenheit nach rechts zu bewahren²⁸, galt er als fesselnder Redner, durchsetzungsfähiger Mann aus dem Volke, aber gutmütig und unerfahren. Ihm fehlte die Kenntnis der politischen Kreise Berlins sowie der führenden Schichten aus Beamtentum und Wirtschaft. Die revisionistischen preußischen Eliten kannte er nur vom Hörensagen. Er besaß keine Hausmacht, gehörte keiner Geheimgesellschaft an und fand selbst in der katholischen Arbeiterbewegung nur begrenzt Unterstützung. In der Hauptstadt setzte ihn sein Katholizismus auf dramatische Weise dem Verdacht aus, die preußischen Werte, einschließlich der Reichseinheit, zu missachten und Frankreich und Polen zu begünstigen; seine badische Herkunft und Mundart galten als Ausweis belächelnswerter Liberalität. Gegen beide Vorurteile setzte der Finanzminister und Reichskanzler starke Kräfte der Selbstbehauptung ein, die zu einer zeitweiligen Überakzentuierung seiner nationalen Gesinnung beitrugen.

Zur Zeit seiner Ankunft in Berlin waren die Weichen für die Annäherung der revisionistischen Kräfte aus Reichswehr, Auswärtigem Amt und Rüstungsindustrie an das Russland Lenins und Trotzkijs bereits gestellt. Die grundlegenden militärischen und wehrwirtschaftlichen Absprachen waren während des unfreiwilligen Aufenthalts Karl Radeks in Berlin (12. Februar 1919–19. Januar 1920) getroffen worden: General Hans von Seeckt hatte über Radek mithilfe türkischer und deutscher Mittelsmänner die Sondierungen bei Lenin und Trotzki eingeleitet²⁹ und war sich ihres starken Interesses an der Wiederaufrüstung und einem Bündnis gegen Polen sicher³⁰. Ago von Maltzan hatte in seiner Eigenschaft als Stellvertretender Leiter (ab November 1919, ab November 1921: Leiter) der Ostabteilung des Auswärtigen Amts die Betreuung Radeks inne und dessen Unterbringung im Hause seines angeheirateten Onkels, des „Nationalbolschewisten“ (Radek) General Eugen Freiherr von Reibnitz, eines Vertrauten Ludendorffs, durchgesetzt, wo vertrauliche Absprachen mit den Spitzen des Militärs, mit denen Maltzan in

²⁸ General von Seeckt & Wirth, 17. 8. 1942, S. 1, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), N 1342/136, sowie Beantwortung der Fragen Dr. Wilhelm Hoegnens, in: BA, N 1342/18.

²⁹ „Seeckt suchte in Russland [...] den späteren Bundesgenossen.“ Aufzeichnung Wirths, 27. 7. 1942, S. 8, in: BA N 1342/136. Die Hintergründe sind noch immer ungenügend geklärt. Selbst über die Treffen Seeckts mit Radek besteht keine letzte Klarheit. Die Forschung konnte zentrale Fragen aus Gründen mangelnder (vernichteter) deutscher Quellen nicht lösen.

³⁰ Diese wachsende Gewissheit lag den Schriften Seeckts über Deutschland und Russland aus den Jahren 1920–22 zugrunde und bestimmte die militärpolitischen Ziele der sogenannten Rapallo-Ära.

enger Föhlung stand, und der Schwerindustrie (mit der seine Frau verbunden war) getroffen wurden.

Im Einklang mit Seeckt führte Maltzan das Auswärtige Amt in dieselbe Richtung³¹ und bereitete auf dieser Basis die politische Annäherung vor³². Auch die von der militärisch-wehrwirtschaftlichen und politischen Annäherung getrennt verlaufende, dritte Schiene einer potentiellen Annäherung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit im zivilen Bereich, war auf sowjetrussischen Wunsch durch Begegnungen Radeks mit Felix Deutsch und Walther Rathenau³³ im Januar 1920 angebahnt worden, jedoch dem Kalkül des Auswärtigen Amts und Nützlichkeits-erwägungen der Sowjetregierung unterworfen, die ihre Realisierung in der Schwebe hielten³⁴. Irrig ist die häufig vertretene Meinung, die zivilen Wirtschaftskontakte hätten effektive Bedeutung für die Anbahnung dieser Vertragsbeziehung besessen.

Unmittelbar nach der Ernennung Wirths zum Finanzminister verlangte ihm Seeckt, der für seine Aufrüstungspläne erhebliche Finanzmittel benötigte, unter starkem moralischen Druck das „Manneswort“³⁵ ab, dass er eine deutsche (preußisch-protestantische) Politik unter Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft (und gegebenenfalls Monarchie) verfolgen werde. Es entstand eine streng geheime, vertrauliche Zusammenarbeit „contra legem“³⁶, in welcher Seeckt den Kanzler planmäßig für seine Ziele nutzte: Ein badischer Reichswehrmajor wurde ihm zur Stärkung seines Selbstgeföhls zur Seite gestellt³⁷; die Gewährsmänner der Rechtsparteien erhielten Weisung zur Tolerierung des republikanischen Ministers bzw. Kanzlers, und dieser wurde zu Maßnahmen genötigt, die außerhalb der Sphäre seiner persönlichen Integrität lagen und ihn – verstärkt durch maßlose Überarbeitung – zu Suizidwünschen³⁸ und langjähriger Alkoholabhängig-

³¹ Friedrich von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Bd. 2, Leipzig 1940, S. 308.

³² Die aus dieser Zeit resultierende Partnerschaft von Maltzan und Radek verlangt nach gründlicher Untersuchung.

³³ Vgl. hierzu in Korrektur der Darstellung Radeks und der ihr folgenden Forschungsliteratur Felix Deutsch, Lebenserinnerungen, Manuskript, o. J., S. 8 ff.

³⁴ Das Vorhaben einer Studienkommission zur Prüfung der Voraussetzungen wirtschaftlicher Tätigkeit deutscher Firmen in Russland, das Rathenau in der Denkschrift vom 17. 2. 1920 begründete, scheiterte am Widerstand der Ostabteilung des AA und Desinteresse der Sowjetregierung; die Reise kam nicht zustande (entgegen der Annahme in: Hans Dieter Hellige/Ernst Schulin (Hrsg.), Walther Rathenau-Gesamtausgabe (künftig: Rathenau-Gesamtausgabe), Bd. II, München 1977, S. 785, Anm. 2).

³⁵ Ostpolitik, 4. 7. 1942, S. 1, in: BA, N 1342/136. Das Verhältnis Wirth-Seeckt verlangt nach einer kritischen Analyse. Der Einfluss Seeckts auf Wirth war für zwei Jahrzehnte bestimmend. Erst die Seeckt-Biographie Rabenaus und der ihm dort gewiesene Platz öffneten ihm ansatzweise die Augen.

³⁶ Mit Seeckt wurden „jahrelang [...] außerhalb des Reichshaushaltes – also eigentlich *c o n t r a l e g e m* – [...] militärpolitische und militärtechnische, weit ausschauende Pläne entworfen und durchgeführt“. Aus dem Wunderlaendle Baden, S. 3, in: BA, N 1342/136.

³⁷ Ebenda.

³⁸ So im Zusammenhang mit Schmieregeldzahlungen an Abgeordnete des britischen Unterhauses zum Zwecke ihrer Abstimmung zugunsten Deutschlands in der Frage Oberschlesiens gegen die Bedenken Wirths; O. S. Oberschlesien, Nachtrag, August 1942, S. 4, in: BA, N 1342/136.

keit³⁹ trieben⁴⁰. „Ein tragischer Zug des Misslingens“ begann sich durch sein Leben zu ziehen, in dem „alles [...] Torso“ blieb⁴¹.

Nach der Ernennung zum Kanzler schloss Maltzan mit Wirth „Waffenbrüderschaft“, um den „Ring von Versailles zu sprengen“⁴². Nach der Einigung über das Grundsätzliche der politischen Annäherung an Russland hat Wirth Maltzan freie Hand gelassen und noch 1934 über die Entstehung des Rapallo-Vertrags gesagt, dass es „Herr Baron von Maltzan [war], der über die ganzen Zusammenhänge am besten Bescheid wusste“⁴³.

Die Kausalität zwischen primär militärischer und sekundär politischer Annäherung war unbestritten: „Es war [...] klar, dass Seeckt mit den, vom Finanzminister reichlich zur Verfügung gestellten Mitteln militärtechnische Dinge mit Russland bearbeitet hat. Die politischen Folgerungen zu ziehen, war die dem Auswärtigen Amt gestellte Aufgabe.“ Für die Art der Durchführung war Maltzan maßgebend. „Maltzan und ich stehen an der Wiege der politischen Zusammenarbeit mit Russland. Als der Weg im Jahre 1921 betreten war, gab es für uns keine Hemmung mehr [sic], die Folgerungen zu ziehen.“⁴⁴ So entstand jene „Desperadopolitik“⁴⁵, die Wirth sieben Monate nach Rapallo zu Fall brachte⁴⁶, während Maltzan zum Staatssekretär avancierte. Zu den Methoden ihrer Durchführung gehörten strengste Geheimhaltung, systematische Tarnung und weitestgehende Aktenvernichtung.

Mit Seeckt, der den Finanzminister im Frühjahr 1920 für seine Pläne gewann, traten die konservativen Militär- und Finanzkreise (seine Frau entstammte einer

³⁹ O Humor! (1942), S. 2, in: Ebenda.

⁴⁰ Diese Tatsachen blieben Beobachtern nicht verborgen; vgl. u. a. Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918 bis 1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1996, S. 306 ff., Eintrag vom 13. 4. 1922.

⁴¹ Ein Bekenntnis, 17. 7. 1942, in: BA, N 1342/136.

⁴² Moritz Schlesinger, Erinnerungen eines Außenseiters im diplomatischen Dienst, Köln 1977, S. 233.

⁴³ Wirth an Staatssekretär Dr. Lammers, Reichskanzlei, Paris, 20. 3. 1934, in: BA, N 1342/77. Auch die Beziehung Wirth-Maltzan verlangt nach einer kritischen Analyse. Nach Wirth sei über das „gemeinsame Werk ‚Maltzan-Wirth‘, des Gespannes ‚Junker und Volksmann‘, was vor und nach Rapallo gern zusammengegangen ist“, noch „manches Geheimnis auszukramen“. Ostpolitik, 4. 7. 1942, in: BA, N 1342/136. So scheint Maltzan Wirth 1923 zu geheimen Sondierungen gemeinsamer Aktionen gegen die französische Ruhrbesetzung nach Moskau gesandt zu haben (ebenda, S. 2). Die Mission ging unbefriedigend aus, die Unterlagen wurden vernichtet, sodass Wirth später behaupten konnte, er sei nicht in Moskau gewesen; Wirth an Erzbischof K. Groeber, 29. 10. 1934, in: BA, N 1342/77. Die sowjetische Rapallo-Forschung erwähnt die Mission Wirths nicht; D. S. Dawidowitsch, Die sowjetisch-deutschen Beziehungen während der Ruhr-Krise, in: Anderle, Rapallo, S. 126–152.

⁴⁴ Genua 1922 (1942), S. 1, in: BA, N 1342/136.

⁴⁵ Brockdorff-Rantzau, Aufzeichnung vom 3. 8. 1922, in: PA AA, NL Brockdorff-Rantzau, E 517800.

⁴⁶ „Ich wurde gestürzt durch das Misstrauen Eberts wegen des Vertrages von Rapallo“; Fragebogen Hoegner, I., A. 4. S. 9, in: BA, N 1342/18. Wirth hielt die geschichtliche Bedeutung des Sturzes seines Kabinetts im November 1922 für erheblich: „Mit meinem Sturz ging die Reichsführung an die bürgerlich-junkerlich-konservativ eingestellte Richtung über“, in: Ebenda.

Bankiersfamilie) auf den Plan inoffizieller Regierungspolitik, mit Maltzan, der den Kanzler im Frühsommer 1921 für seine Vision der Dienstbarmachung Russlands einnahm, die konservativen Kräfte des Auswärtigen Amts, der Schwer- und Rüstungsindustrie und wiederum des Militärs. Die Verquickung der Interessen dieser elitären Kräfte mit denen der Schwer- und Rüstungsindustrie, der Hochfinanz und konservativen Militärs einerseits, der Traditionalisten des Auswärtigen Amts und – über ihre Vertrauensmänner im Reichstag sowie den Kanzler – der Innenpolitik andererseits bildete den Hintergrund für die höchst subtile, facettenreiche und äußerst sensibel manipulierende Orchestrierung eines völlig neuartigen Verhältnisses des demokratischen Deutschland zum kommunistischen Russland⁴⁷. Nahziel dieser Neuordnung der Politik war die Revision der Lage Deutschlands durch Sprengung des „Rings von Versailles“ mit zunächst politischen, gegebenenfalls aber auch schon militärischen Mitteln⁴⁸, Fernziel die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1914 und damit die Beseitigung Polens und Demütigung Frankreichs durch ein erstarktes Deutschland, das im Verbund mit Russland handelte⁴⁹.

Den Ausgangspunkt der konkreten militärischen Planungen bildete der sogenannte dritte polnische Aufstand im Mai 1921, ihren Höhepunkt erreichte diese Politik mit dem Abschluss des Vertrags von Rapallo, wie Wirth 1933 betonte: „Ich erinnere mich noch genau an den Kriegsrat, in dem General von Seeckt an Hand der Karten uns den Aufmarsch der polnischen Armee darlegte. Da war die Stunde gekommen, wo wir uns überlegen mussten, nach irgend einer Seite den Ring des Versailler Vertrages zu durchbrechen. Die einzige uns verbliebene Möglichkeit ins Freie zu kommen [sic], war die kühne und [...] nicht unbedenkliche Anknüpfung mit Russland. Ich habe die Ehre, mit Ago von Maltzan und mit Herrn General von Seeckt diese Politik inauguriert zu haben.“⁵⁰ Nur in diesem militärpolitischen Zusammenhang werde „die Rapallo-Politik verständlich. Sie

⁴⁷ Diese „unheilige Allianz“ (Gerald Freund, *Unholy alliance. Russian-German relations from the treaty of Brest-Litowsk to the treaty of Berlin*, London 1957) galt Entente-Kreisen als größte Gefahr nach 1918/19.

⁴⁸ Seine geheime Finanzierung der Freikorps und Wiederaufrüstung begründete Wirth 1942 mit den Worten, er habe den Kampf weder gescheut noch gefürchtet: „Deutschlands letzte Waffe und Wehr wurden bereit gestellt, gegebenenfalls aktiv gegen Polen vorzugehen.“ General Nollet, 26. 2. 1942, S. 6, in: BA, N 1342/136. Schon im Sommer 1922 sprach er sich offen gegen den Wahlspruch „Nie wieder Krieg“ aus; diesen Standpunkt könne er „nicht teilen“ und habe deshalb „auch den Rapallo-Vertrag abgeschlossen“. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 159, S. 338. Er betonte seine Entschlossenheit, „Oberschlesien im Kriege wieder [zu] holen“, in: PA AA, NL Brockdorf-Ratzau, 11/2.

⁴⁹ So hob Wirth hervor, der demokratische Republikaner habe durch Vergabe außerordentlicher Reichsmittel seine Hand zur Vorbereitung der künftigen Kriegsführung geboten, in der die Wehrmacht „eine derart offensive Schlagkraft“ erhielt, dass sie völlig neuartige strategische Wege gehen könne; diese Entwicklung habe 1939/40 zum Zusammenbruch Polens und Frankreichs geführt, der ohne das Stillhalten Russlands nicht möglich gewesen wäre. „General Seeckt & Wirth“, 17. 8. 1942, in: BA, N 1342/18. Unter Berufung auf Bismarck betonte er wiederholt die „russische Rückendeckung“ vom Osten, die 1939-40 die Zerschlagung Polens und Niederwerfung Frankreichs ermöglicht habe.

war der große politische und militärische Durchbruch nach dem Osten⁵¹, schrieb er 1934.

Diese Sicht der Entstehungsgeschichte des Vertrags von Rapallo prägte seine gesamte Rückerinnerung.

Die Ereignisse, die ihn zu seinen späteren Stellungnahmen veranlassten, waren

- der Aufruf der Regierung Hitler vom 10. Februar 1933;
- die Androhung nationalsozialistischer Terrormaßnahmen gegen ihn in den Jahren 1933 bis 1936;
- die Niederwerfung Polens und der Frankreichfeldzug im Frühsommer 1940;
- der Russlandfeldzug und die Entstehung der Anti-Hitler-Koalition als Gegenstück zu dem im Vertrag von Rapallo angestrebten Bündnis mit der Sowjetunion 1942/1943.

Diese Stellungnahmen rücken die jeweiligen politischen und militärischen Ereignisse in eine Linie mittelbarer oder unmittelbarer Kontinuität zum Vertrag von Rapallo. Das erste diesbezügliche Zeugnis im Nachlass Wirths ist sein Schreiben an Reichspräsident Paul von Hindenburg⁵². Den Anlass bot Hitlers Aufruf vom 10. Februar 1933 über „vierzehn Jahre Schmach“, in dem der neue Reichskanzler in den Augen Wirths „die ganze politische Arbeit seit Kriegsende“ verurteilte. Demgegenüber rief er Hindenburg seine Leistungen zur Erhaltung der „Verteidigungsfähigkeit Deutschlands“ in den frühen 1920er Jahren in Erinnerung. Dabei wies er auf die Maßnahmen hin, „die auf russischem Boden getroffen worden sind und deren Kenntnis dem Wesen nach [...] [er] ergebenst voraussetzen“ dürfe. Außerdem verwies er auf seine „Bemühungen zur Sicherung der deutschen Waffentechnik“, die auf seine geheime Abmachung mit Krupp und General von Schleicher vom 10. Juni 1921 zurückgingen und über zehn Jahre so erfolgreich gewesen seien, dass die neue Regierung den Nutzen aus ihr ziehe. Und schließlich erinnerte er an seine geheime Zusammenarbeit mit Seeckt und der deutschen Rechten „zugunsten der deutschen Interessen“ und wies die „absprechenden Urteile [...] des Aufrufs der neuen Reichsregierung [...] als ein schweres Unrecht“ an ihm und an den an der deutschen Wiederaufrüstung nach dem Kriege beteiligten Personen zurück.

Wiederholt betonte Wirth in den ersten Monaten nach der Machtergreifung Hitlers und auch später⁵³ die (partielle) Gleichheit der Interessen und hob hervor, dass „auch früher an der Spitze des Reiches Menschen standen, die sehr wohl verstanden haben, die nationalpolitischen Interessen Deutschlands zu wahren“⁵⁴. In der Provinzpresse wegen seiner Beteiligung am Vertrag von Rapallo und seiner Beziehung zu Rathenau angegriffen, angeklagt und mit Repressalien

⁵⁰ Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag, in: BA, N 1342/77; der „Kriegsrat“ mit Fehrenbach und Seeckt 1920/21 „unter dem furchtbarsten Drucke Polens“ mit dem Ziele „unserer Vorbereitungen im Osten“; Aufzeichnung, 23. 1. 1942, S. 4, in: BA, N 1342/136.

⁵¹ Schreiben an die RAe Dres. Kopf, Freiburg, 26. 4. 1934, in: BA, N 1342/77.

⁵² Wirth an Hindenburg, 10. 2. 1933, in: BA, N 1342/7, S. 3.

⁵³ In „General Nollet“ (26. 2. 1942), S. 4, in: BA, N 1342/136, unterstrich Wirth, die „Vorbereitung der nationalen Erhebung und Befreiung Deutschlands [...] mit allen Kräften unterstützt“ zu haben.

⁵⁴ Wirth an den Reichsstatthalter des Landes Baden, 10. 8. 1933, in: BA, N 1342/77.

bedroht, griff er zu einer doppelten Art der Verteidigung: Er distanzierte sich von dem Ausspruch „Der Feind steht rechts“, den er in seiner epochalen Rede am Sarg Rathenaus formuliert hatte, und versicherte, dass Rathenau an seiner „aktiven Ostpolitik“ nicht beteiligt gewesen sei.

1933 schrieb er die erste „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag“⁵⁵ (1933), die auf seine Veranlassung Hitler vorgelegt wurde. In ihr führte er die Entstehung des Vertrags auf die Aufstellung der Freikorps und die Anfänge der sogenannten Schwarzen Reichswehr in Deutschland sowie auf die geheime militärische Zusammenarbeit mit der Roten Armee zurück. Mit der Richtlinienkompetenz des Kanzlers ausgestattet, habe er seiner Politik systematische Züge verleihen können, was mithilfe von Seeckt und Maltzan zur Politik der offiziellen Anknüpfung geführt habe, der „Politik, die ihren ersten Höhepunkt im Rapallo-Vertrag erreichte. [...] Der Vertrag entsprang rein nationalpolitischen Motiven. [...] Dazu kam, um es nur kurz anzudeuten, Arbeit militärpolitischer Art von ganz besonderer Bedeutung. Ich habe über alle diese Dinge bisher geschwiegen, ich habe schweigen müssen, um Deutschland nicht zu schaden.“ Da der neue Kanzler die Beziehung „des Deutschlands der nationalen Erhebung“ zum Sowjetstaat in seiner historischen Friedensrede vom 17. Mai 1933 in einer Linie mit der von ihm, Wirth, eingeleiteten Rapallo-Politik definiert habe⁵⁶, hielt er den Zeitpunkt für gekommen, um die damals geschaffenen Grundlagen dieser Politik aufzudecken. Für ihn stand nun „fest, dass die deutsche Revolution [sic] an dem außenpolitischen Verhältnis des Reiches zum Rätebund nichts hat ändern wollen. [...] Die Grundfrage für das deutsch-rätebündische Verhältnis heißt: Für Versailles oder für Rapallo?“

Im Jahre 1934 kommentierte er das Protokoll seiner Vernehmung in der Deutschen Botschaft Paris mit den Worten: „[...] gerade der Abschluß des Rapallo-Vertrags war für mich eine Quelle nationalpolitischer Hoffnungen. Wie ich schon an anderer Stelle dargelegt habe, ist der Rapallo-Vertrag nationalpolitischen und militärischen Erwägungen entsprungen. Ich verrate kein Geheimnis, dass es gerade die Rechtskreise und die militärischen Kreise in Deutschland gewesen sind, welche die Rapallo-Politik unterstützt haben.“⁵⁷ In anderem Zusammenhang⁵⁸ hob Wirth hervor, dass er sich bei der Vorbereitung des Rapallo-Vertrags besonders um die deutsche Rechte bemüht habe, „um für die Außenpolitik im Interesse der Revision der Verträge [sic] eine ganz breite Plattform zu bekommen“. Seinen Freiburger Anwälten teilte Wirth 1934 mit⁵⁹, er habe ab 1920 als Finanzminister „mit allen Mitteln [...] versucht, nationale Befreiungspolitik zu treiben“, und „ferner militärpolitische und militärtechnische Fragen praktisch vorangeführt, [...] die sich erst heute aus-

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ „Der Kanzler bekannte sich zu einer Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen, für welche die Grundlage der Rapallo-Vertrag bildet“, in: Ebenda, S. 13.

⁵⁷ Bemerkungen zum Protokoll der persönlichen Vernehmung, 6. 3. 1934, S. 5, in: Ebenda.

⁵⁸ Dem Herrn Untersuchungsrichter beim Landgericht Freiburg im Breisgau, undatiert, in: Ebenda.

⁵⁹ An die RAe Dres. Kopf, 26. 4. 1934, in: Ebenda.

wirken“. In diesem Sinne habe Seeckt unter Eid über ihn ausgesagt und Krupp von Bohlen-Halbach 1933 dem Reichspräsidenten und Reichskanzler „über unsere gemeinsame nationale Arbeit aus den Jahren 1920–23 berichtet. [...] Man teilte mir mit, dass sowohl der Reichspräsident wie der Herr Reichskanzler mit Genugtuung von den Darlegungen Kenntnis genommen haben.“

Zwischen 1933 und 1936 wurde auf Veranlassung der Reichskanzlei in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt die Sache Wirth-Rapallo zur Geheimen Reichssache erklärt, die gegen ihn gerichtete Kampagne unterbunden⁶⁰, das Verfahren gegen Wirth eingestellt⁶¹ und sein gesperrtes Konto freigegeben⁶². Im Gegenzug wurde Wirth unter Hinweis auf seinen Amtseid zur Auflage gemacht, das Thema Rapallo, insbesondere die mit ihm zusammenhängenden militärpolitischen Maßnahmen, in der Öffentlichkeit ruhen zu lassen⁶³. 1935 teilte ihm das Reichsinnenministerium mit, dass die in den Jahren 1920–22 ergriffenen „Maßnahmen [...], was Ihnen nicht zweifelhaft sein kann, worauf ich aber trotzdem nochmals ausdrücklich hinweise[,] auch heute noch als Staatsgeheimnis zu betrachten“ seien⁶⁴. Seinen Freiburger Anwalt informierte Wirth 1936 mit „einer gewissen Genugtuung“ über diese Entwicklung und bekannte, er habe sich in der Tat „in den traurigsten Jahren der Nachkriegszeit [...] ernsthaft bemüht, die nationale Erhebung des Deutschen Volkes vorzubereiten“⁶⁵, womit er seine geheime und verfassungswidrige Militär- und Ostpolitik der frühen 1920er Jahre in eine Linie zur nationalsozialistischen Machtergreifung stellte⁶⁶.

Im Frühsommer 1940 nahm Wirth in seiner Betrachtung „Zum Rapallo-Vertrag“ zum Polen- und Frankreichfeldzug Stellung⁶⁷. Dabei betonte er erneut seine Entschlossenheit zum Aufbau einer illegalen Wehrmacht in den Jahren 1920–1922 und seine damalige Bereitschaft, gegen Polen Krieg zu führen. Die Ereignisse jener Jahre hätten ihn zu der Erkenntnis geführt, „dass wir den eisernen Ring von Versailles nach einer Richtung politisch und finanzpolitisch [...] durchbrechen müssten. Die Verantwortung für diesen Durchbruch nach Osten

⁶⁰ Reichskanzlei an Herrn Reichskanzler a. D. Dr. Joseph Wirth, 24. 8. 1933: „Ihren Wunsch, im Zusammenhang mit dem Rapallo-Vertrage, insbesondere wegen der nationalpolitischen und militärischen Folgen des Vertrages, nicht mehr öffentlich angegriffen zu werden [...] habe ich [...] übermittelt. [...] derartige Angriffe künftighin unterbleiben.“ In: Ebenda.

⁶¹ Wirth an Staatssekretär Dr. Lammers, Reichskanzlei, 3. 11. 1934, in: Ebenda.

⁶² Der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Nr. I A 215/3500 g.Rs., 30. 6. 1936; in: Ebenda.

⁶³ Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, 6. 8. 1933: „[...] erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass vom außenpolitischen Standpunkt aus eine Presseerörterung der mit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages zusammenhängenden Fragen, besonders der militärpolitischen Beziehungen zu Russland, nicht erwünscht ist. Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt bitte ich daher; von solchen Erörterungen [...] freundlichst absehen zu wollen“, in: Ebenda.

⁶⁴ Der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Eingang Dezember 1935, in: Ebenda.

⁶⁵ Wirth an RA Dr. F. Kopf, 8. 7. 1936, in: Ebenda.

⁶⁶ Diese Haltung setzte sich auch während des Krieges fort: Auf die Frage, ob er, Seeckt, Hasse und Gessler „wohl auch die nationale Erhebung zu gegebener Zeit gemacht hätten [...] gibt es für mich nur ein klares, bestimmtes Ja!“ Ein Bekenntnis, 17. 7. 1942, S. 2, in: BA, N 1342/136.

⁶⁷ Vgl. BA, N 1342/65

trage ich. Es war der Weg nach Rapallo. [...] Wir haben in Rapallo einen uns möglichen Weg gewählt. Dieser Weg hat Geschichte gemacht. Er hat schließlich den Polen das Leben gekostet“. Diese Auffassung hat Wirth bis zur Kriegswende von Stalingrad wiederholt geäußert⁶⁸.

In seiner Wertung des Rapallo-Vertrags nahm Wirth Bezug auf einen französischen Zeitungsartikel vom April 1940⁶⁹, der ihn den „Hitler jener Zeit“ nannte („Hitler, à cette époque, s'appelle Wirth“). Wirth kommentierte ihn mit den Worten: „Was hat doch der Mensch, der diesen Aufsatz schrieb, für eine Ideologie: Der Mensch hat sich die Vorstellung ins Hirn gesetzt, Deutschland habe sich scheu zu ducken, zu verderben und zu verrecken, damit Frankreich gedeihe. [...] Daß Deutschland noch einmal [...] das Haupt erheben könne, haben diese Leute nicht für möglich gehalten, sie fanden das als böswillige Verletzung der von Frankreich proklamierten Grundsätze ihrer Oberherrschaft.“ Im August 1942 kam er erneut auf jenen Artikel zurück, der „wenige Tage vor dem gewaltigen Angriff der deutschen Heere im Westen“ geschrieben worden sei; den erregten Tenor des Artikels könne „man wohl verstehen. Der Rapallovertrag gab uns die Möglichkeit zur Erledigung Polens, indem die Russen zunächst zugeschaut haben.“ Dies bestätige, „dass die Rapallopolitik das Eingangstor zu den kommenden Ereignissen gewesen“ sei⁷⁰. Und 1942 stellte Wirth fest: „Das 3. Reich hat die Rapallo-Linie durchaus, wenn auch nur taktisch, weitergehalten. Sie führte sogar zur vierten Teilung Polens und bot 1940 dem deutschen Heere die Rückendekung beim Angriff auf Frankreich. [...] Als geschichtliche Tat hat der Rapallovertrag seine strategische Aufgabe erfüllt.“⁷¹

Im Juni 1941, „kurz vor dem Ostfeldzug“, wurde Wirth in die Deutsche Gesandtschaft Bern einbestellt, „wo man mir in bester Form eröffnete, dass die Reichsregierung erwarte, dass meine bisherige Zurückhaltung weiter geübt werde“. Er verstand den Sinn der Maßnahme und hat die von ihm erwartete „Haltung [...] selbstverständlich weiter inne gehalten“⁷², obgleich er den Russlandfeldzug ablehnte, der für ihn die endgültige Liquidierung des Vertrags von Rapallo bedeutete⁷³. Der Krieg im Osten veränderte seine Einstellung zu den Kriegszielen Hitlers, minderte indes weder sein Interesse an den deutschen Waffenerfolgen⁷⁴, noch veranlasste er ihn, seinen Amtseid und sein Schweigen über

⁶⁸ So 1942 in Beantwortung der Frage, warum in Oberschlesien nicht die Reichswehr eingesetzt wurde: „Jene Hilfeleistung Frankreichs an Polen und das polnisch-französische Militärbündnis ist die Quelle des gegenwärtigen Krieges.“ In: BA, N 1342/18.

⁶⁹ Philippe Henriot, Gringoire; in: BA, N 1342/65.

⁷⁰ Ostpolitik, S. 4, in: BA, N 1342/136.

⁷¹ Ebert-Rathenau-Wirth (1942), S. 2, in: Ebenda.

⁷² Wirth an Hasse, 17. 6. 1942, S. 1, in: BA, N 1342/77.

⁷³ Ebert-Rathenau-Wirth (1942), S. 2, in: BA, N 1342/136.

⁷⁴ In den Gesammelten Notizen (30. 3. 1942) ging er scharf mit der politischen Führung des „Dritten Reiches“ ins Gericht, glaubte aber „trotzdem an neue große Erfolge im Osten“; S. 5, in: Ebenda. Er verfolgte „erschüttert den Gang der Dinge im Osten, vor allem, wenn man bedenkt, dass Seeckt, Hasse, Gessler und Wirth an der Wiege großer Dinge gestanden haben [...] des Aufbaus der neuen deutschen Wehrmacht“, glaubte, dass „Rommel der Lorbeer des großen Alexander“ winke (Ein Bekenntnis, 17. 7. 1942, S. 2, in: Ebenda) und die „Schlacht

das „Staatsgeheimnis“ Rapallo zu brechen. Die Erinnerungen an die Verheißungen von Rapallo – die kriegerische Umwälzung der durch den Versailler Vertrag entstandenen europäischen Ordnung durch Deutschland an der Seite der „aufstrebenden Macht“ Russland – wurden zur tragischen Reminiszenz. So gedachte Wirth in einem Brief an General Otto Hasse⁷⁵ vom 17. Juni 1942 des Urteils Seeckts über den Rapallo-Vertrag als ersten aktiven Schritt Deutschlands zur Herstellung einer neuen Bündnissituation und bedauerte, dass er seine Absicht, die Geschichte von Rapallo zu schreiben, nicht wahrmachen könne: Nach seiner Aufzeichnung von 1933 habe er nun eine zweite „Denkschrift über unsere Ostpolitik und den Rapallovertrag“ in Arbeit, die er aber nicht vollenden und veröffentlichen könne⁷⁶. Mit Wehmut („bittere Pille“) bezog er sich auf das Bündnis zwischen England und der Sowjetunion als Umkehrung der seinerzeit eingeleiteten Politik: „Unser Schritt war eben kühn und – fast verwegen. Der Rapallovertrag hat mir viele Jahre hindurch Spott eingetragen. Ich habe 20 Jahre für unsere gemeinsam geführte Ostpolitik Prügel bezogen. Natürlich nur von solchen Leuten, die die Zusammenhänge nicht gekannt haben.“ Wirth schloss diesen Brief an Hasse mit den Worten: „Zunächst erwarten wir im Osten die größten Waffentaten des deutschen Heeres. Darauf kommt jetzt alles an.“

Der Russlandfeldzug hat Wirth nicht zur Prüfung der Konsequenzen einer aggressiven Revisionspolitik unter Verletzung der Existenzrechte der Randstaaten veranlasst. So rekurrierte er in seiner Aufzeichnung vom 17. Juli 1942 über seinen „Lebens- und Entwicklungsgang“⁷⁷ auf den Versailler Vertrag als die Wurzel seiner Rapallo-Politik und leitete aus ihm die „Berechtigung, ja sogar das Recht“ ab, „den Erzschelmen im Westen durch unsere Ostpolitik anderthalb Schelme entgegenzusetzen. [...] Politik gegen die Teufelpolitik der Vernichtung, deren Gift hauch uns vom Westen ständig um die Nase blies.“ Der Rapallo-Vertrag sei die Zerstörung des Versailler Vertrags gewesen, das Werk deutscher Patrioten aufgrund eines übergreifenden Rechts freier Männer!

In dem folgenden Jahr, „diesem furchtbaren Jahr 1943“, war es ihm „eine schmerzliche Sache, [...] dass jetzt alle Brücken hinter uns abgebrochen sind. Eine solche Politik lag mir nicht und liegt mir nicht. Politiker sind immer Brückenbauer. Der Krieg ist nicht letztes Ziel.“ Trotzdem blieb er bei seiner emphatischen Bejahung der militärischen und politischen Vorbereitungen, die er zusammen mit Seeckt, Hasse und Wiedfeldt⁷⁸ getroffen hatte: Sie stünden „willensmä-

von Stalingrad, die weltgeschichtliche Bedeutung hat, wie einst die Schlacht bei den Katalaunischen Feldern“ in die Geschichte eingehen werde – handschriftliche Hinzufügung: „Sie wird gewonnen!“ Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende) August 1942, S. 2, in: Ebenda.

⁷⁵ Otto Hasse war 1922 Chef des Truppenamts der Reichswehr unter Seeckt, welcher sich aus Gründen der Geheimhaltung fast vollständig im Hintergrund der Militärkooperation mit der Roten Armee hielt und überwiegend Hasse mit der Führung der bilateralen Gespräche in Berlin, Moskau und schließlich Genua beauftragte.

⁷⁶ Es handelt sich um das Fragment „Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende)“; in: BA, N 1342/136.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Dr. Otto Wiedfeldt, Direktor der Krupp-Werke, von Wirth im April 1920 ins Reichsfinanzministerium berufen, um die geheime Rüstungsproduktion unauffällig koordinieren und finan-

big und praktisch an der Spitze aller Dinge, die zur nationalen Erhebung geführt haben“. Es sei ihnen darum gegangen, „gegenüber den Zerstörungen, die aus dem Versailler Vertrag kamen [sic], eine neue Epoche der Deutschen Wehrhaftigkeit und [des] Wehrwillens zu begründen“. Er freue sich, nunmehr sogar in der neutralen Presse lesen zu können, dass der „im Jahre 1920 und 1921 gelegte Keim sich gewaltig entwickelt hat“⁷⁹, und hoffe, „die Staatsgeheimnisse Deutschlands aus meiner Zeit endlich lüften“ zu können. Mit dieser Hoffnung schloss sein Ringen um diese Frage in seinem Nachlass.

Die Aufzeichnungen Wirths enthalten wiederholt Hinweise auf die strenge Geheimhaltung aller mit dem Vertrag von Rapallo zusammenhängenden Fragen sowie den „Schleier des Geheimnisses“, der nach wie vor über den Vorgängen von Rapallo liege⁸⁰. So schrieb er in seiner „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag“ von 1933: „Da die Geschichte dieser Politik, wie auch die des Rapallo-Vertrages noch nicht geschrieben ist, begnüge ich mich heute mit wenigen Bemerkungen.“⁸¹ Und in seiner Aufzeichnung „Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende)“ vom August 1942 betonte er: „Noch ist Rapallo vom Geheimnis umwittert. Man kann die Geschichte jener Tage nur verstehen, wenn man alle dort handelnden Personen kennt und versteht. Es ist meine pflichtmäßige Aufgabe, darüber zu schreiben.“⁸² Dieser Pflicht hat Wirth nur teilweise genügt; andere, konkurrierende Motive und Erwägungen waren stärker: die Forderung Seeckts nach strengster Geheimhaltung in den frühen und der Beamteneid in den späteren 1920er Jahren, das Versprechen der Geheimhaltung in der NS-Zeit und die Berücksichtigung der Interessen der UdSSR in der Nachkriegszeit⁸³.

Geheimdiplomatie

Bezeichnenderweise reisten maßgebliche Mitglieder der deutschen Delegation, die zur internationalen Konferenz zum Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas eingeladen war, bereits mit konspirativen Absichten an⁸⁴. Mit der Wahl der Geheimdiplomatie anstelle des offenen Austausches der Standpunkte setzten Wirth, Maltzan

zieren zu können; schloss am 29. 10. 1920 den ersten Vertrag zwischen Krupp und der Sowjetregierung. Rathenau hat Wiedfeldt durch Ernennung zum deutschen Botschafter in Washington aus diesem Aktionskreis entfernt.

⁷⁹ Brief an den Bruder, Prof. Dr. Hermann Wirth, 21. 4. 1943, in: BA, NL 342, Kasten 27, mit Bezug auf die Neue Zürcher Zeitung vom 16. 4. 1943: Deutschland. Aufrüstung seit 1921.

⁸⁰ Ereignisse und Gestalten 1918–1933, Frage 6: Sind der Öffentlichkeit alle Vorgänge beim Abschluß des Vertrages von Rapallo bekannt?, in: BA, N 1342/18.

⁸¹ Aufzeichnung, S. 5, in: BA, N 1342/77.

⁸² Vgl. BA, NL 342 Kasten 20, S. 2.

⁸³ Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR konnte eine Akte Dr. Joseph Wirth nicht ermitteln. Sie ist vermutlich an die deutsche Abteilung der Auslands-Aufklärung Moskau abgegeben worden. Der Sicherheitsdienst der russischen Föderation (FSB) hat der Verfasserin keine Auskunft erteilt.

⁸⁴ „Wir waren tatsächlich zum ersten Male als Gleichberechtigte geladen und benahmen uns wie ‚Mann, der auf Teppich spuckt‘“; Brockdorff-Rantzau, 13. 5. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 99, S. 204.

und wenige Eingeweihte die konspirativen Gespräche mit Militärs und Vertretern der Rüstungsindustrie sowie mit offiziellen und inoffiziellen Vertretern Sowjetrusslands fort. Wie Wirth am 16. April 1922 privat nach Deutschland berichtete, vollzog sich „in Wirklichkeit [...] die Hauptarbeit hinter den Kulissen.“ Den Verlauf der ersten Konferenzwoche kommentierte er mit den Worten, es „wurde hauptsächlich vonseiten der Alliierten um Russland gestritten. [...] Die Russen sind darauf nicht eingegangen.“ Er gab Gerüchte wieder, nach denen Franzosen und Engländer angeblich mit den Russen zu einer für die Westmächte günstigen Vereinbarung („zweiter Versailler Vertrag“) kämen, hob aber hervor: „Wir haben mit den Russen auch gute Verbindungen aufgenommen und versuchen, mit ihnen zu einem solchen Abschluss zu kommen, [so] dass der Versailler Vertrag und insbesondere der §116⁸⁵ uns nicht noch vom Osten her die Schlinge um den Hals noch enger zieht.“ Er ging davon aus, dass die deutsche Seite am selben Tag „zu einem befriedigenden Ergebnis mit den Russen kommen“⁸⁶ werde. Der geplante Abschluss habe ihm aber „hier sehr viele Sorgen gemacht. Manchmal lief ich stundenlang in unserem Hotelgarten auf und ab, um mir die Sache eingehend zu überlegen. Es war eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, bis man eingesehen hat, dass es notwendig ist, sich mit den Russen rechtzeitig zu verständigen.“ In Berlin sei die Verständigung zuvor „wegen verschiedener Bedenken nicht zum Abschluss gekommen. Heute – Ostersonntag – glaube ich, dass die Sache nun gehen wird.“ Die angesprochenen „Sorgen“ reflektierten starke Meinungskämpfe in der deutschen Delegation, der Bedenkenträger in Berlin und Genua war in erster Linie Rathenau. Wirth war – entgegen amtlichen Berichten nach Berlin⁸⁷ – nicht in der Lage, die deutsche Delegation für seine Pläne zu gewinnen, und hat menschlich – hierin seinem ebenfalls unter fremdem Druck handelnden Partner Tschitscherin nicht unähnlich – keine gute Figur gemacht⁸⁸.

Inoffizielle Besprechungen

In seiner ersten „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag“ aus dem Jahr 1933 deutete Wirth enigmatisch an: „Dem Abschluß des Rapallo-Vertrages gingen in Genua interessante Besprechungen voraus.“⁸⁹ Tatsächlich herrschte zwischen der in Genua residierenden deutschen und der in Santa Margherita di Rapallo untergebrachten sowjetrussischen Delegation reger, teils offener, teils verdeckter Verkehr. Es ist davon auszugehen, dass Maltzan seine geheimen Gespräche aus der

⁸⁵ Artikel 116 des Versailler Vertrags sicherte einer künftigen russischen Regierung das Recht, ihrerseits Reparationen von Deutschland zu verlangen. Die Bolschewiki lehnten den Versailler Vertrag ab.

⁸⁶ Brief an Chr., d.i. Christine Teusch, Genua, geschrieben am 16., datiert auf den 17. 4. 1922, in: BA, N 1342/65. Der identische maschinengeschriebene Text ging als Brief an die Mutter, Durchschlag in: RGVA, f. 600k, o.1, d.181, l. 78–80.

⁸⁷ Vgl. Wirth an Ebert, 15. 4. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 56, S. 116.

⁸⁸ Aus Sicht des AA, in: Ebenda, Nr. 191, der Presse, in: Brandt, Europa, S. 140, und der Gäste, in: Kessler, Tagebücher, S. 304 f., Eintrag vom 11. 4. 1922.

⁸⁹ BA, N 1342/77

Zeit zuvor fortsetzte; so suchte er etwa am 13. April die sowjetrussische Delegation in Rapallo auf. Er setzte zum Zwecke geeigneter Abschirmung auch Mittelsmänner ein, unter ihnen Hans von Raumer⁹⁰, und spannte Journalisten mit guten Beziehungen zur Sowjetdelegation für seine Ziele ein⁹¹. Über diese Gespräche existieren auf deutscher Seite keine verlässlichen Mitteilungen. Die Sowjetrussen setzten die Mittel der Desinformation ein – Radek sprach wenige Wochen nach Vertragsabschluss von dem „starken inoffiziellen Druck“, den seine Delegation in Genua auf die deutsche ausgeübt habe⁹² – Vorgänge, die es im einzelnen zu untersuchen gilt. Maltzan selbst gab an, auf Weisung Rathenaus unter dem Eindruck der Mitteilungen Gianninis vom Abend des 14. April 1922, nach denen die Verhandlungen zwischen Ententevertretern und Russen erfolgreich verliefen, am 15. April 1922 im Palazzo Reale die sowjetrussischen Delegationsmitglieder Joffe und Rakowskij in der Frage der Aufnahme von Vertragsverhandlungen sondiert und die Bedingung von Garantien gegen die Anwendung von Art. 116 des Versailler Vertrags und für Rückversicherung (Meistbegünstigung) bezüglich der Sozialisierungsschäden gestellt zu haben⁹³. Das von Rathenau geführte Konferenztagebuch erwähnt eine solche Weisung nicht, sondern hält lediglich für Ostersonnabend, 15. April, nachts fest: „12.30 Uhr überbringt Herr v. Maltzan Einladung zu Verhandlungen mit den Russen.“⁹⁴

Inoffizieller Verkehr bestand auch auf der Ebene der Delegationsleiter. Wirth berichtete mehrfach über Vier-Augen-Gespräche mit dem russischen Außenkommissar in Genua sowie 1923 in Moskau. Bereits in Berlin hatten Unterredungen über militärische Fragen stattgefunden⁹⁵. In Genua sei er Tschitscherin „nahe gekommen“, sie hätten „Aussprachen gepflogen [...] die noch heute [1942] vom Geheimnis umwittert sind“⁹⁶. Sie hätten „zahlreiche, vertraulichste Gespräche zusammen geführt. Mit Tschitscherin konnte und musste man zur Besprechung großer politischer Dinge kommen“⁹⁷. Es war auch möglich, eine

⁹⁰ Reichsminister a. D. Hans von Raumer, Reichstagsabgeordneter der DVP, offiziell Sachverständiger, sicherte inoffiziell den Informationsfluß zwischen Maltzan und Tschitscherin/Litwinow. Er besaß das Vertrauen Tschitscherins, den er am 4. 4. 1922 mit Maltzan in Berlin traf. Dort wurden seine Aufgaben für Genua festgelegt: Als Geschäftsführer des Zentralverbands der deutschen elektrotechnischen Industrie kannte er Rathenau persönlich und sollte Druck auf ihn ausüben. Nach Vertragsabschluß wurde er nach Berlin beordert, um „das notwendige Zuwarten gewisser Unruhestifter“ zu bewerkstelligen; Der Rapallovertrag im Urteile Seeckts, 4. 7. 1942, in: BA, N 1342/136. Sein Erfolg sicherte ihm die Zuneigung Tschitscherins, vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 193, S. 404.

⁹¹ So Max Reiner von der Vossischen Zeitung; vgl. Schulin, Entstehung, in: Hentig/Nitschke (Hrsg.), Wirklichkeit, S. 184 ff. Nach Brandt, Europa, S. 135, war hierbei „die Energie [...] Maltzans [sic] [...] von Brutalität nicht weit entfernt“.

⁹² Rede Radeks, 28. 4. 1922, in: PA AA, Sonderakte Radek, R 23695, L 096552.

⁹³ Maltzan, Aufzeichnung, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 59, S. 127.

⁹⁴ Konferenztagebuch, in: PA AA, Büro Reichsminister, Akten betr.: Genua, vom 9. April 1922 bis 19. Mai 1922, R 28207 k, D 739146 ff.

⁹⁵ Vgl. Aufzeichnung Maltzans vom 18. 3. 1924, Geheim, in: PA AA, R 29286, Bl. 76 f.

⁹⁶ Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende), August 1942, in: BA, NL 342, Kasten 20.

⁹⁷ Tschitscherin hat seine deutschen Gesprächspartner wiederholt aufgefordert, gemeinsam „große Politik“, auch gegenüber der Entente, zu machen; vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 197.

hohe Linie der Politik zu erkennen und zu zeichnen. Da hackte [sic] ich natürlich gehörig ein. Vor allem war es die Stellungnahme zu Polen, bei der sowohl Tschitscherin als ich die Ohren spitzten. Ich erkannte die absolute Todfeindschaft der Russen gegen Polen. [...] Tschitscherin sprach sich über Frankreich recht ablehnend aus. Gut für uns! Den Engländern gegenüber zeigte er eine große Wut. Sein Zorn war größer als sein angeblicher Radikalismus im bolschewistischen System. Mir ging ein großes Licht auf über das, was möglich erschien und was in Berlin ja bereits vorbesprochen ist. Ich horchte auf: Das Freiheitstor Deutschlands geht nach Osten auf. Wir lösen die Russen aus ihrer absoluten Isolierung, und wir gewinnen im Zusammenspiel den ersten deutschen Freiheitsgrad eigenständiger politischer Bewegung. Allerdings durften wir nicht lediglich im Schlepptau der Russen erscheinen. Das wäre verhängnisvoll gewesen.⁹⁸

Die Gespräche gingen über einen unverbindlichen Gedankenaustausch hinaus. Er, Wirth, habe „selbstverständlich vor und nach Rapallo mit dem russischen Außenminister Tschitscherin über die deutsche Ostgrenze gesprochen. [...] Wir kamen, ohne ein Geheimprotokoll zu machen, zu einem gewissen Einvernehmen. Ich erachtete es für selbstverständlich, dass Deutschland seine alte Ostgrenze verlangt.“ Die Gespräche über das „weitere Schicksal Polens“ hätten sich dabei auf der – erst im Herbst 1922 auch schriftlich von Seeckt fixierten – Linie bewegt, nach der Polens Existenz für Deutschland unerträglich sei; es müsse durch Russland mit deutscher Hilfe beseitigt werden. Wirth hob hervor, dass Seeckt mit Recht behauptet habe, es existiere kein geheimer militärischer Anhang zum Rapallo-Vertrag, vertrat aber den Standpunkt, es habe eines solchen Geheimprotokolls gar nicht bedurft, da das erzielte Einvernehmen selbst die Grundlage dieser Vertragsbeziehung bildete⁹⁹.

Unerwähnt ließ Wirth die Tatsache, dass Tschitscherin und Litwinow ihm während ihrer häufigen Begegnungen in Genua den Eindruck zu vermitteln suchten, ihre inoffiziellen Verhandlungen mit der Entente verliefen gut und würden – sofern Deutschland den Westmächten nicht zuvorkäme – bald zum Abschluss führen¹⁰⁰. Zur Bedeutung des Rapallo-Vertrags befragt, hob Wirth 1942 zusammenfassend hervor: „Der Rapallovertrag war die Antwort auf die Teilung Oberschlesiens. Seine Spitze richtete sich gegen Polen, [...] der Rapallovertrag bereitete die vierte Teilung Polens vor. Ich habe im Gespräch mit Tschitscherin ihm unter

Das neue Gefühl gemeinsamer Stärke fand in Genua Ausdruck in einer Absprache Tschitscherins und Wirths, „dass Russland und Deutschland zusammen, wenn überhaupt, in den Völkerbund eintreten sollten. Das gäbe so ein richtiges Stück, um die Lage der Welt noch einmal in neues Licht zu setzen.“ Die Realisierung sei später am Widerstand Litwinows gescheitert; Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende), S. 4, in: BA, NL 342, Kasten 20.

⁹⁸ Ebenda, S. 3.

⁹⁹ Aufzeichnung, 27. 6. 1942, S. 9, in: BA, N 1342/136.

¹⁰⁰ Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, Bd. I, Princeton 1951, S. 339. Hier lag eine taktische Arbeitsteilung vor, in der Tschitscherin seine prodeutsche Neigung, Litwinow hingegen Entschlossenheit zum Abschluss mit den Westmächten demonstrierte; vgl. Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende.), S. 4, in: BA, NL 342, Kasten 20.

vier Augen schon an Ostern 1922 gesagt, dass Deutschland die Wiederherstellung der Grenze von 1914 erstrebe. [...] Mir sagte Tschitscherin, Russland sei in der Lage, jetzt schon den Polen das Lebenslicht auszublases.¹⁰¹

Dies sind keine isolierten Stellungnahmen. Sie bestimmen die gesamte Rückschau Wirths auf das Geschehen vor und um Rapallo.

Die Aufzeichnungen Wirths geben ferner erstmals Aufschluss über inoffizielle Besprechungen mit Vertretern des Militärs und der Rechtsparteien: „Die deutschen militärischen Kreise, insbesondere Herr General von Seeckt, hatten das größte Interesse daran, die mit Russland begonnene Fühlungnahme zum Abschluss zu bringen. So erschien auch in Genua als Abgesandter des Wehrministeriums der spätere General Hasse.“¹⁰² Hasse kam nicht auf Einladung, sondern zur Überraschung Wirths „auf eigene Faust“, das heißt im Auftrag Seeckts¹⁰³. Seeckt selbst, den Wirth zur Teilnahme einlud¹⁰⁴, blieb der Konferenz aus guten Gründen fern: Er hatte (offizielle und inoffizielle) Mitglieder der sowjetrussischen Delegation auf ihrer Zwischenstation in Berlin vom 2. bis 4. April 1922 getroffen und möglicherweise, zusammen mit dem Chef der Marineleitung, Admiral Paul Behncke, mit dem inoffiziellen Delegationsmitglied Fjodor F. Nowitzkij, dem Leiter des Generalstabs der sowjetischen Luftflotte, am 3. April eine Militärkonvention geschlossen¹⁰⁵, für deren Realisierung die geplante politische Vereinbarung den geeigneten Rahmen schaffen sollte. Seeckt hielt an seiner rigorosen Geheimhaltung fest und schickte mit Hasse den Chef des Truppenamts der Reichswehr und Gesprächspartner der Russen in Berlin und Moskau nach Genua¹⁰⁶. Hasse fragte Wirth weisungsgemäß „nach seiner Ankunft [...] ob ich entschlossen und willens sei, die Ostpolitik durchzuhalten und den politischen Durchbruch nach Osten zu vollziehen. Ich bejahte diese Frage aufs bestimmteste“¹⁰⁷.

¹⁰¹ III. Ereignisse und Gestalten von 1918–1933, 6. Rapallo; in: BA, N 1342/18.

¹⁰² Aufzeichnung 1933, S. 7, in: BA, N 1342/77.

¹⁰³ Wirth, Genua 1922, S. 2, in: BA, N 1342/136.

¹⁰⁴ „Daß ich General Hasse bat, Seeckt einzuladen, ist selbstverständlich [sic]. Seeckt und ich gingen doch in der größten aller Fragen, in der Vorbereitung der deutschen Befreiung seit Jahren Hand in Hand.“ In: Ebenda.

¹⁰⁵ Vgl. Leonard Shapiro (Hrsg.), *Soviet Treaty Series. A collection of bilateral treaties, agreements and conventions, etc., concluded between the Soviet Union and foreign powers*, Bd. I, 1917–1928, Washington 1950, S. 383. Die sowjetischen Geheimdokumente zur Genueser Konferenz enthalten ein Dokument gleichen Inhalts anderer Provenienz. Die Frage der Militärkonvention schlug damals hohe Wellen und ist nie gelöst worden. Seeckt versicherte Hasse mit Schreiben vom 17. 5. 1922 lediglich, dass er und Behncke selbstverständlich „keinen Militärvertrag mit Unterschrift abgeschlossen haben“; Rabenau, Seeckt, S. 313. Die mögliche Militärkonvention trug keine Unterschrift.

¹⁰⁶ Die Behauptung, Seeckt habe nicht von der Vorbereitung des Rapallo-Vertrags gewusst und sei sogar von ihm überrascht worden (vgl. Rabenau, Seeckt, S. 312), war für Wirth neu: Er ging mit guten Gründen davon aus, dass Seeckt regelmäßig „über unsere Vorbereitungen zum Russenvertrag unterrichtet worden ist“. Ostpolitik II, S. 3, in: BA, N 1342/136.

¹⁰⁷ Genua 1922, S. 2, in: Ebenda; „General Hasse [...] frug, ob ich willens und entschlossen sei, die betretene politische Linie nach Osten durchzuhalten und durchzukämpfen. Das wurde von mir klar und fest bejaht. Und so geschah es auch, wie der Abschluß des Vertrages bewiesen hat.“ Ostpolitik II, S. 2, in: Ebenda.

Hasse kam nicht allein. Er war einer der Militärs und „Herren der deutschen Rechtskreise“, die in Genua das botmäßige Verhalten Wirths sicherstellen sollten. Dieser betonte später im Tone nachträglicher Rechtfertigung: „Ich war entschlossen, die Politik durchzuhalten und gab den herbeigeeilten Mahnern [...] zu verstehen, dass, wenn ich für einen politischen Schritt mein Wort gegeben habe, jedermann mit einem festen Beharren meinerseits rechnen dürfe. Ich wiederhole deshalb, dass der Rapallo-Vertrag und seine Folgen zunächst von Kreisen, die auf der Rechten stehen, begrüßt worden ist.“¹⁰⁸ Wirth wusste oder erwähnte nicht, dass Hasse mit einer Gruppe deutscher Offiziere in Genua weilte, die in der Karwoche auch in der Residenz der sowjetrussischen Delegation wiederholt Gespräche führten. Sie waren offenbar von Seeckt mit Wissen Maltzans „als Unterpfand für den Ernst der deutschen Absichten [...] als – Wache dorthin dirigiert“ worden¹⁰⁹.

Zu den geheimen Aufgaben Hasses in Genua gehörten auch Verhandlungen mit Maltzan und der russischen Seite über Rüstungsverträge deutscher Firmen mit der Sowjetregierung. Der geplante Vertrag eröffnete die Möglichkeit, die vorausgegangenen geheimen Absprachen zu legitimieren und die Reichsregierung nun offen um finanzielle Förderung dieser Vorhaben zu ersuchen. Hasse teilte Maltzan schon am Ostermontag schriftlich unter Hinweis auf die vorausgegangenen „mündlichen Verhandlungen [...] nochmals unsere Wünsche in der Angelegenheit Junkers [mit]. Auf das baldige Zustandekommen eines Vertrages zwischen der Firma Junkers und der russischen Regierung über die Einrichtung einer Flugzeugfertigung in Russland durch die genannte Firma wird von uns größter Wert gelegt.“ Er ließ nun selbst die obligate Tarnung der Rüstungsgüter als Produkte des zivilen Austausches fallen und hob die militärische Bedeutung des gewünschten Vertrags für Russland und Deutschland hervor¹¹⁰.

Nach Vollendung seiner Mission verließ Hasse Genua, um seinem an der deutschen Grenze wartenden Chef Vortrag zu halten¹¹¹. Die Erwartungen Seeckts an den „Russenvvertrag“ waren groß; Wirth definierte vierzehn Ziele, die Seeckt mit dem Rapallo-Vertrag verfolgte: Neben dem Beginn einer aktiven deutschen Politik und den politischen Aspekten der Stärkung des deutschen Ansehens sowie der Hoffnung auf neue Bündnisfähigkeit („Stärkung Russlands; damit indirekt die eigene Stärkung, um Bundesgenossen zu werden“) standen konkrete Ziele: Vorbereitung einer militärischen und politischen Verbindung mit Russland, Entwicklung militärtechnischer Dinge auf russischem Boden (Pflege der Fliegerei) und Abschluss eines Hilfsstellungsvertrags mit Russland (die genannte Militärkonvention?). Über Seeckts Revisionsabsichten schrieb Wirth: „Polens Schicksal wird sich erfüllen. Dessen Existenz ist unerträglich“ – der Spruch „Cetero censeo

¹⁰⁸ Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag (1933), S. 7, in: BA, N 1342/77.

¹⁰⁹ Paul Scheffer, Die Lehren von Rapallo, in: Merkur 7 (1953), S. 372–392, hier S. 382.

¹¹⁰ ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 58, S. 120. Dies geschah einen Steinwurf entfernt von den Quartieren der französischen und polnischen Delegation auf einer von den Siegermächten einberufenen Konferenz zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Russlands und Deutschlands!

¹¹¹ Vgl. Rabenau, Seeckt, S. 312.

Poloniam esse delendam“ krönte diese Erörterungen –, „Russland und Deutschland erscheinen in den Grenzen von 1914. [...] In weiter Ferne steht die Abrechnung mit Frankreich bei Rückendeckung durch Russland. (Das Schicksal des Jahres 1940)“¹¹².

Neben der Reichswehrführung hatten auch zivile, in die Vorgänge eingeweihte „Rechtskreise“ und Industrielle ihre „Vertrauensleute“ geschickt, um Druck auf Wirth auszuüben. Wirth hat ihre Identität nicht erwähnt, aber in anderem Zusammenhang als in die Pläne Seeckts und Maltzans eingeweihte Mitglieder der Rechtsparteien wiederholt Raumer und Dr. Otto Hoetzsch, DNVP, sowie aufseiten der Industriellen Hugo Stinnes¹¹³ und Dr. Wiedfeldt (Krupp) erwähnt. „So kam es, dass man mir seinerzeit nach Genua zur großen Internationalen Konferenz Vertrauensleute der Rechten geschickt hat, die mich, ich muss wohl sagen, geradezu händeringend baten, allen Widerständen zum Trotz, besonders aus militärpolitischen Gründen, mit Russland zu einem Vertragsabschluss zu kommen.“¹¹⁴ Eine besondere Rolle spielte in diesen Gesprächen immer wieder die Zukunft Polens: „Führende Rechtskreise, führende Männer der Industrie [haben] von Anfang an deutlich gesehen, dass der Rapallo-Vertrag geeignet war, Polen unter Druck zu setzen.“¹¹⁵

Die Frage, gegen welche Einflüsse diese „Mahner“ den Kanzler in Genua abschirmten, führt zurück zur Person Rathenaus. Der Außenminister war potenter Gegenspieler dieser Kreise und wurde von Wirth geschätzt, was auch die sowjetrussische Seite stark beunruhigte¹¹⁶. Erst der Abschluss des Vertrags zerstreute einige Zweifel dieser Kreise an Wirths Standfestigkeit. Wie ihm Michel Freiherr von Godin später mitteilte, stand die „gesamte Reichwehr [...] damals geschlossen hinter Ihnen. [...] Der Eindruck Ihrer mutigen Tat im Offizierskorps kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Endlich wieder [...] frische Luft [sic] [...] der Rücken und die Flanken sind abgesichert. – Mit dem Vertrag von Rapallo wurde Generaloberst von Seeckt [...] erst ganz Ihr wahrer Freund. Er hatte klar erkannt, dass in diesem Vertragswerk mehr enthalten war, als seine Worte sagten.“¹¹⁷

Aufschluss über die Art der Berliner Vorplanungen gibt ein privater Brief Moritz Schlesingers an Gustav Hilger vom 1. April 1922. Schlesinger, der Sachverständige des Auswärtigen Amtes für russische wirtschaftliche Angelegenheiten, war

¹¹² Der Rapallovertrag im Urteile Seeckts, 4. 7. 1942, in: BA, N 1342/136.

¹¹³ Wirth fürchtete Stinnes („der dämonische Mann“) und hob hervor, dass dieser in den Genuss beträchtlicher staatlicher Subventionen zu gelangen verstand und sich – wie andere Rüstungskonzerne – „sehr für den Rapallovertrag eingesetzt“ habe: „Die Rapallopolitik gab auch der deutschen Industrie für lange Jahre [...] die Möglichkeit – zu verdienen. Und es wurde viel verdient.“ Ostpolitik II, 17. 8. 1942, S. 4, in: Ebenda.

¹¹⁴ Wirth an RAe Dres. Kopf, 26. 4. 1934, in: BA, N 1342/77.

¹¹⁵ Aufzeichnung 1933, S. 10, in: Ebenda.

¹¹⁶ Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (künftig: DSB), Bd. II, Berlin 1971, Nr. 243, S. 514.

¹¹⁷ Ostpolitik, August 1942, S. 5, in: BA, NL 342, Kasten 20; sowie Abschrift des Briefes, Luzern, 20. 8. 1942, in: BA, N 1342/18.

von Maltzan aus der Delegation für Genua ausgeschlossen worden. Schlesinger räumte ein, dass er nicht der Mann war, „des Nachts bei Mondschein die Hintertreppe auf und ab zu laufen und die ‚Verschwörung von Genua‘ zu inszenieren“, und betonte: „Es ist [...] so gekommen, wie ich es immer vorausgesagt habe. Wir kommen auf eine internationale Konferenz nackt und bloß, und jeder wird sehen, wie wir unsere schlotternden Glieder vom Westen nach dem Osten schmeißen.“ Nach der Konferenz bemerkte Schlesinger, er habe leider Recht behalten, „auch die nächtliche Verschwörung hat stattgefunden. Maltzan hat meiner nicht bedurft“¹¹⁸.

Mit dem Bild der „nächtlichen Verschwörung“ umschrieb Schlesinger das Geschehen in der Osternacht: Ein fragwürdiger russischer Anruf diente als auslösendes Moment für die despektierlich als „Pyjama-Konferenz“ bezeichnete Unterredung zwischen Maltzan, Wirth, Simson und Rathenau (dieser war der Träger des Pyjamas) in der Osternacht, in welcher Rathenau seine fundierte Ablehnung des Sondervertrags aus bisher unbekanntem Gründen zurückstellte – die viel zitierten Behauptungen Maltzans nach dem Tode Rathenaus, er habe in dieser Nacht „geblufft“ und seinen widerstrebenden Minister „vergewaltigt“, erlauben Rückschlüsse auf Psyche und Methoden Maltzans, liegen aber inhaltlich gänzlich neben der Sache; die Hinweise seines Biographen auf die Anwendung „aller Kriegslisten und Regeln der Kunst bis hin zum Psychoterror [...] gegenüber seinem sich sträubenden Minister Rathenau“¹¹⁹ entbehren jeder verifizierbaren Quellengrundlage.

Pressionen innerhalb der deutschen Delegation

Wirth sah sich 1933 veranlasst, „nunmehr feierlichst [zu] versichern, dass Herr Walter [sic] Rathenau, der im Frühjahr 1922 [sic] Außenminister geworden ist, mit der Einleitung der Ostpolitik nicht das Geringste zu tun hatte. [...] Rathenau hat mit dem Eintritt in das Reichsaußenministerium bereits die Ostpolitik vorgefunden. Er hat vor der Reise nach Genua im Jahre 1922, nachdem bereits die Fühlungnahme mit Russland ein ganzes Jahr gedauert hatte, den Gesamtkomplex der Ostpolitik überschauen können.“¹²⁰ 1934 präzisierte Wirth, dass Rathenau „nicht an der Wiege der Russenpolitik gestanden hat. Die vielgenannte und geschmähte Rapallo-Politik wurde eingeleitet von mir, Baron v. Maltzan [...] und dem Chef der Heeresleitung Herrn General v. Seeckt. Über die Verteilung der Rollen will ich heute nicht sprechen. Herr Dr. Rathenau fand bei seinem Eintritt in das Auswärtige Amt die von mir zu verantwortende Ostpolitik bereits vor. Er hat sich auch durch mein Zureden in Genua zum Abschlusses [sic] des Rapallo-

¹¹⁸ Schlesinger, *Erinnerungen eines Außenseiters*, S. 294.

¹¹⁹ Peter Krüger, Vortrag: Schubert, Maltzan und die Neugestaltung der auswärtigen Politik in den 20er Jahren, in: *Auswärtiges Amt, Gedenkfeier für die Staatssekretäre Ago Freiherr von Maltzan und Dr. Carl von Schubert*, Bonn, 18. September 1987, S. 9–38, hier S. 28.

¹²⁰ Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag, 1933, S. 5, in: BA, N 1342/77.

Vertrages bereitgefunden. Man hat mir nämlich den Vorwurf gemacht, ich hätte Herrn Rathenau zum Abschluss gezwungen.“¹²¹

Die Umstände der Ernennung Rathenaus sowie seine Tätigkeit als Reichs-
außenminister verlangen nach einer detaillierten Untersuchung. Der Nachlass
Wirths beweist, dass Wirth großes Interesse an der Kooperation mit Rathenau
hatte, mit dessen Ernennung am 31. Januar 1922 er sich über die Widerstände
Seeckts und der Rechtsparteien, Maltzans und der konservativen Kräfte im Aus-
wärtigen Amt und nicht zuletzt der Sowjetregierung hinwegsetzte. Wirth „hatte
an das Wirken Rathenaus, wie andere, größte Hoffnungen geknüpft“¹²²; sie rich-
teten sich auf die Lösung der für seine instabile Minderheitsregierung unlös-
baren Probleme der Reparationen, der Verschuldung und der grassierenden
Inflation.

Die Sowjetregierung sah in Rathenau ihren stärksten ideologischen und politi-
schen Gegner unter den deutschen Unternehmern, glaubte an eine Verschwörung
Rathenaus und seiner französischen Partner gegen den Sowjetstaat und verfolgte
ihn mit ihrem Hass¹²³. Das Hauptinteresse ihrer Politik gegenüber Deutschland
unter Außenminister Rathenau definierte Tschitscherin in zwei Punkten: „dass die
deutsche Regierung uns nicht zu veranlassen sucht, uns einem einheitlichen allge-
meinen Konsortium in der Form des in Cannes vorgeschlagenen zu unterwerfen,
und dass sie unsere wirtschaftlichen [sic] Vereinbarungen mit deutschen Firmen
nicht behindert“. Die Taktik, durch Gerüchte über Annäherungsversuche Frank-
reichs an Moskau unter Inanspruchnahme des Artikels 116 des Versailler Vertrags
für Sowjetussland auf Deutschland Druck auszuüben, bestätigte Tschitscherin als
Linie der offiziellen Deutschlandpolitik: „Artikels 116 ist für uns ein Mittel der
Druckausübung, und wir können uns in dieser Beziehung nicht binden, solange
die deutsche Regierung gegenwärtig eine uns feindliche Haltung einnimmt, um so
mehr noch, wenn Rathenau seine Reparationspolitik durchsetzt, die für Russland
tödlich wäre.“¹²⁴ Die Strategie der Sowjetregierung in der Amtszeit Rathenaus lief
folglich darauf hinaus, den deutschen Außenminister nach Möglichkeit zu diskre-
ditieren, seine Initiativen offen oder indirekt zu sabotieren und seine Politik durch
maximale Druckausübung mit Artikel 116 des Versailler Vertrags zu konterkarie-
ren. Diese Strategie bestimmte die Periode der Vorbereitung auf die Genueser
Konferenz in wachsendem Maße und erreichte ihren Höhepunkt im Verlauf der
ersten Konferenzwoche (10. bis 16. April 1922).

Die gegen Rathenau gerichteten Bestrebungen blieben Wirth nicht verborgen.
Umso schwerer wiegt die Tatsache, dass er ihn vor Antritt seines Ministeramts nicht
umfassend über die geheimen Vorbereitungen seiner Ostpolitik informiert hat.
Rathenau trat in Unkenntnis der konspirativen Kontakte sein Amt an und wurde

¹²¹ Schreiben an die RAe Dres. Kopf, 26. 4. 1934; in: Ebenda.

¹²² Bemerkungen zum Protokoll der persönlichen Vernehmung, 6. 3. 1934, in: Ebenda.

¹²³ Das Außenkommissariat (Tschitscherin) ergriff Maßnahmen zur Stärkung der Position von
Stinnes und zur Diskreditierung Rathenaus; vgl. Tschitscherin an VSICH, 8. 2. 1922 in: AVP
SSSR, Genuezkaja Konferencija, Sekretnyj Archiv, NKID, op. 5 p. 9, d 27.

¹²⁴ Tschitscherin an Krestinskij, 3. 2. 1922, in: DSB, Bd. II, Nr. 246, S. 518.

über Wochen im Unwissen über ihren Fortgang gelassen. Diese Konstellation musste unter den gegebenen Umständen bereits mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einem tragischen Ausgang führen. Wirth und Maltzan haben diese Konsequenz billigend in Kauf genommen. Rathenau wurde sehr spät in diese Politik eingeweiht: Sie war für ihn „unverzeihlich“¹²⁵. Doch bestand kaum noch die Möglichkeit eines politisch vertretbaren Rücktritts, zumal die Regierung Wirth „lebhaft interessiert“¹²⁶ an der Genueser Konferenz war: Sie erhoffte sich lebenswichtige Erleichterungen – vor allem eine größere internationale Anleihe.

Rathenau wurde von Wirth zwischen dem 21. und 29. März 1922, vermutlich am 26./27. März 1922, über die bestehenden Kontakte informiert¹²⁷. Die Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 versprachen für 1922 Zahlungsaufschub unter der Bedingung der Autonomie der – dem Reichskanzler unterstellten – Reichsbank und der Überwachung des Reichshaushalts durch die Reparationskommission¹²⁸. Wirth musste befürchten, dass sein Finanzgebaren durchschaut und die geheime Rüstungspolitik aufgedeckt würde¹²⁹. Seine schroffe Ablehnung der Note am 28. März 1922 lässt vermuten, dass er binnen weniger Tage das Steuer herumwarf und Maltzan zum Vertragsabschluss mit Russland ermächtigte¹³⁰. Erst dann wurde der Außenminister in groben Zügen mit dem „Gesamtkomplex der Ostpolitik“ Seeckts, Maltzans und Wirths konfrontiert.

¹²⁵ Etta Federn-Kohlhaas, Walther Rathenau. Sein Leben und Wirken, Dresden 1928, S. 279; Walther Rathenau, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S. 387; Rathenau über die Waffenfunde durch die Kontrollkommission, die bekannt gewordene Spitze des Eisbergs der „Schwarzen Reichswehr“, in seiner Reichstagsrede vom 29. 3. 1922. Der Chef der Kontrollkommission, General Nollet, der ab April 1922 die systematische Sabotage der Reichsregierung gegen die Entwaffnung feststellte, nahm Rathenau aufgrund seiner klaren „pazifistischen“ Orientierung und vertrauenswürdigen Politik von jedem Vorwurf aus; Charles Nollet, Une expérience de désarmement, Paris 1931, S. 142 f.; Wirth bestätigte sein Urteil. Notizen, Februar 1942, in: BA, N 1342/136.

¹²⁶ Runderlaß des AA (Rathenaus) vom 22. 2. 1922; in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 285.

¹²⁷ Vgl. Zwischen Wirtschaft und Staat. Aus den Lebenserinnerungen von Kurt Wiefenfeld, Berlin 1960, S. 144: Brief vom 28. März 1922.

¹²⁸ Es bleibt zu untersuchen, ob der französische Wunsch nach Transparenz des Reichshaushalts (auch) aus der Kenntnis der geheimen deutschen Wiederaufrüstung resultierte. Aufschluss darüber könnten die in die deutschen „Beutedokumente“ im Russischen Staatlichen Militärarchiv (RGVA) Moskau eingegangenen Akten des Deuxième Bureau geben.

¹²⁹ Zum Kenntnisstand Poincarés vgl. Aufzeichnung über den Rapallovertrag, S. 9, in: BA, N 1342/77.

¹³⁰ Ein (ungenügend untersuchter) Präzedenzfall, der Abschluss des deutsch-sowjetrussischen Vorvertrags vom 6. 5. 1921, kam in Reaktion auf das „Londoner Ultimatum“ vom 5. 5. 1921 zustande, und zwar weniger im „Alleingang“ Wirths in Absprache mit Seeckt und Maltzan (vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 44, der irrtümlich von Wirths Kanzlerschaft ausging), als vielmehr in handstreichartiger Ausnützung der Regierungskrise durch Maltzan selbst. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Wirth I und II, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard a. Rh. 1973, hier Bd. 1, S. 56 f. Als Kanzler (ab 10. 5. 1921) nahm Wirth mit dieser Rückendeckung daraufhin das Ultimatum an. In der zweiten Denkschrift zum Rapallo-Vertrag (1940) betonte er, er sei bereits zu jener Zeit zum Handeln im Sinne von Rapallo entschlossen gewesen, habe aus taktischen Gründen aber Geduld üben müssen: „ich musste doch wenigstens soviel Geduld haben,

Rathenau musste hieraus unmittelbar Konsequenzen ziehen. Am 29. März 1922 – die Leitartikel hoben das „Nein“ des Kanzlers gegen die Forderungen der Reparationskommission hervor – fiel in seiner Reichstagsrede ein veränderter Tenor in der Konsortiumsfrage auf: Hatte er die Grundsätze seiner Russlandpolitik¹³¹ in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 21. Februar 1922 unter Hinweis auf den internationalen Konsortiumsplan definiert, so räumte er jetzt – bei grundsätzlichem Festhalten am Nutzen internationaler Syndikate zum Wiederaufbau Russlands – ein, dass „das Wesentliche unserer Aufbauarbeit zwischen uns und Russland selbst zu besprechen sein“ werde. Der Grund bestand – neben persönlicher Loyalität zu Wirth¹³² – in der erforderlichen Rücksichtnahme auf die geheime wehrwirtschaftlich-militärische Kooperation. Im Hinblick auf den zivilen Wirtschaftsaustausch war sich Rathenau mit allen Fachleuten darin einig, dass das schwache Deutschland allein kein geeigneter Finanz- und Handelspartner für Russland war und dass dieses aufgrund seiner zerrütteten Wirtschaft und Sozialstruktur zunächst keinen aussichtsreichen Markt bot. Er sah sich nun in die schwierige Lage versetzt, eine bilaterale Partnerschaft temporär in die Planung eines internationalen Konsortiums zu integrieren, und hoffte, sie so auf längere Sicht zu entschärfen. Konsequenterweise lehnte er die Unterzeichnung des Entwurfs eines von Maltzan und Radek geheim ausgearbeiteten Vertrags, den die sowjetrussische Delegation auf ihrer Durchreise in Berlin weisungsgemäß zu einem Präjudiz für die Schuldenverhandlungen in Genua zu machen hoffte, ab und teilte Tschitscherin mit, Deutschland sehe sich in der Konsortiumsfrage gebunden, sei aber bereit, die russische Seite in Genua vor etwaigen Abmachungen zu informieren¹³³.

In Genua bewies die deutsche Delegation – mit Ausnahme des Außenministers, der als überragende Persönlichkeit der Konferenz galt¹³⁴ – eine durch langjährige Isolierung bedingte Unsicherheit im Umgang mit anderen Delegationen. Dies galt besonders für den sprachenunkundigen, auf internationalem Parkett ungeübten Kanzler. Die Geduld, die die Konferenzleitung den deutschen Delegierten in der ersten Woche aus – untersuchungsbedürftigen – Gründen abverlangte, war nach wenigen Tagen aufgebraucht. Gefühle der Brüskierung und Isolation wurden von interessierter Seite erzeugt und geschürt. Rathenau wurde von Maltzan nach Möglichkeit abgeschottet, Kontaktnahmen nach außen wurden erschwert oder vereitelt. Wenn d'Abernon bei seinen Nachforschungen über den Vertragsabschluss zu der Feststellung gelangte, die letzten zwei Tage vor der

dass unsere Unterschrift unter dem Londoner Ultimatum trocken wurde“; S. 1, in: BA, N 1342/65.

¹³¹ Russlandbild und geplante Russland-Politik Rathenaus verlangen nach einer angemessenen Darstellung.

¹³² Wirths Haltung zu Rathenau, „mit dem ich gut stand“ (Fragebogen Hoegner, I., A. 3, S. 4, in: BA, N 1342/18), und Rathenaus Vertrauen auf den Demokraten Wirth verlangen nach einer kritischen Würdigung.

¹³³ Tschitscherin an Außenkommissariat, 10. 4. 1922, in: Dokumenty vnešnej politiki SSSR (künftig: DVP SSSR), Bd. V, Moskau 1961, Nr. 110, S. 203, dt.: DSB, Bd. II, Nr. 262, S. 574.

¹³⁴ Vgl. u. a. J. Saxon Mills, *The Genoa Conference*, London 1922, S. 102.

Unterzeichnung seien geprägt gewesen von „an extraordinary series of contretemps“¹³⁵, so trifft dies auf die gesamte erste Konferenzwoche, crescendo in der Tat auf das Osterwochenende, zu. Diese „contretemps“ erscheinen weniger außergewöhnlich, wenn sie als sorgsam eingespielte Fehl-Akkorde in der zunehmend hektischen Endorchestrierung der Annäherung betrachtet werden: Dies gilt sowohl für offenkundige Manipulationen – Verschleppungen, Zurückhaltungen und gezielte Fehlmeldungen – des Informationsflusses zwischen Genua und Berlin sowie innerhalb der Delegation¹³⁶, für Verwirrung stiftende Diskrepanzen im Inhalt von Mitteilungen¹³⁷ als auch für die Inanspruchnahme angeblicher Vertrauensleute anderer Delegationen für entscheidende Missionen, die „ungeeignete Vermittler“¹³⁸, wenn nicht interessierte Partei waren.

Dieses gesamte Verwirrspiel von höchster Kombinatorik, das sich nach Abschluss der Konferenz in Berlin in tendenziöser Instruierung der Abgeordneten¹³⁹ und einem höchst ungewöhnlichen Umgang mit zentralen Dokumenten fortsetzte¹⁴⁰, wurde bisher weder in seinem nationalen und internationalen Beziehungsgeflecht noch unter der strukturellen Frage untersucht: Unter welchen Umständen konnte ein Beamter des Auswärtigen Amts in diesem Zeitraum seiner Reform und Transformation ein derartiges Maß an Autonomie entwickeln? Maltzan selbst brachte die außergewöhnliche Leistung zur Erreichung seiner Ziele auch mit dem Widerstand in Zusammenhang, der ihm von deutscher Seite, nicht zuletzt von seinem Minister, entgegengesetzt wurde¹⁴¹. In einer Art Momentaufnahme hat Raumer für den 15. April das folgende Bild festgehalten: „Maltzan wurde [...] immer ungeduldiger, und ich sehe ihn noch vor mir, wie er, bis zum Bersten mit Energie geladen, wie ein Tierbändiger, dem seine Bestien nicht gehorchen wollen, vor dem Eden-Hotel auf und ab ging.“¹⁴² Das Eden war der Sitz der deutschen Delegationsleitung, mit den Suiten Wirths und Rathenaus.

¹³⁵ D’Abernon, *Ambassador*, Bd. I, S. 297.

¹³⁶ Vgl. hierzu u. a. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 67, S. 144, und Nr. 71, S. 150.

¹³⁷ Vgl. Kempner, Reichskanzlei, an VLR Simon, Genua, 21. 4. 1922, in: Ebenda, Nr. 67.

¹³⁸ D’Abernon über Wise und Giannini im Gespräch mit Haniel am 25. 4. 1922, in: Ebenda, Nr. 71, S. 151.

¹³⁹ Nach Blücher, Rapallo, S. 165, betrieb Maltzan nach der Rückkehr die „Bearbeitung“ der Abgeordneten.

¹⁴⁰ Nicht zufällig fehlen mindestens vier der zentralen Dokumente zur Entstehung des Rapallo-Vertrags in den Akten des AA: Dies sind neben (1) der Aufzeichnung von Simons über seinen Bericht an Ebert und das Kabinett am 24. 4. 1922, vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 70, S. 149; (2) das Protokoll Rathenaus über den Versuch einer Annullierung des Rapallo-Vertrags am 19. 4. 1922, vgl. ebenda, Nr. 193, S. 404, Anm. 6; (3) ein Bericht über ein Treffen Maltzans mit Tschitscherin und Radek, vgl. ebenda, Nr. 143, S. 296, und (4) ein Brief Maltzans an Staatssekretär Haniel zwecks Unterrichtung des Kabinetts über den Verlauf der „Russenaffaire“ (Kempner) vom 19. 4. 1922. Demgegenüber überließ Maltzan seinem Nachfolger 1925 seine zur Belanglosigkeit falsifizierende, anonyme Aufzeichnung über das Ergebnis des Annullierungsversuches Rathenaus bei Tschitscherin (19. 4. 1922) aus seinen privaten Beständen (sic) zu den Akten, in: Ebenda, Nr. 62, Anm. 1, S. 136.

¹⁴¹ Vgl. Blücher, Rapallo, S. 165.

¹⁴² Raumer, Rapallo, S. 328.

In dieser Situation verminderter Kommunikationsfähigkeit wurden in der Karwoche Gerüchte kreiert und kolportiert sowie Nachrichten selektiv überbracht oder entstellt, die dem Wunsche nach Verständigung mit den Sowjetrussen Nahrung geben mussten. Die wichtigsten besagten, dass die sowjetrussische Seite der Annahme von Art. 116 des Versailler Vertrags zustimmen und Reparationen von Deutschland verlangen könnte und dass die inoffiziellen Verhandlungen zwischen Vertretern der westlichen Delegationen und der sowjetrussischen Delegationsleitung in der Villa d'Albertis, der Residenz Lloyd Georges, in der Schuldenfrage erfolgreich verliefen. Beide Gerüchte waren unzutreffend. Bei nüchterner Betrachtung mussten sich die deutschen Delegationsmitglieder darüber im Klaren sein, dass die Version, die sich von Tag zu Tag verdichtete, ohne sachliche Grundlage war¹⁴³: In der Frage der Anwendung von Art. 116 des Versailler Vertrags hatte bereits in Berlin festgestanden, dass er russischerseits nur als Mittel der Erpressung eingesetzt wurde¹⁴⁴, nicht aber real von Bedeutung war. Bei den Verhandlungen in der Villa d'Albertis war das Scheitern vorgezeichnet. Die private Korrespondenz Wirths bestätigte diesen Kenntnisstand („die Russen sind darauf nicht eingegangen“). Ungeachtet dieser rationalen Bewertung blieb im Verhältnis zu den Sowjetrussen ein irrationaler Rest an Unsicherheit und der Art. 116 in der äußerst nervösen Konferenzstimmung¹⁴⁵ das „Damoklesschwert“ schlechthin¹⁴⁶. Man musste die Sowjetregierung nicht – wie der Reichspräsident – für „eine Bande gewissenloser Verbrecher, ohne Treu und Glauben“¹⁴⁷ halten, um an ihrer Berechenbarkeit zu zweifeln. Auch Wirth betonte in Anlehnung an Seeckt die „Verwegenheit“ der Annäherung. Für Rathenau waren die Russen nicht schlicht „unzuverlässig“ – sie zeichneten sich aus ideologischen Gründen durch eine geradezu „grandiose Unzuverlässigkeit“ aus¹⁴⁸ und „trieben die Unzuverlässigkeit auf die Spitze“¹⁴⁹. Gleichwohl erkannte er, dass sie in Genua „offensichtlich ihr Bestes tun wollen, um sich dort in einem guten Lichte zu zeigen“¹⁵⁰.

¹⁴³ Maltzan wusste durchgängig vom Nichtzustandekommen einer westlich-russischen Übereinkunft; vgl. Linke, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 200 ff. u. S. 207 f.

¹⁴⁴ Rathenau hatte unmittelbar nach Amtsübernahme diesbezügliche Manöver Radeks entlarvt und Maltzan, der sie seit Mitte Dezember 1921 unterstützt hatte, zu Distanz genötigt; vgl. Aufzeichnung vom 22. 12. 1921, in: ADAP, Serie A, Bd. V: 1. Mai 1921 bis 28. Februar 1922, Göttingen 1987, Nr. 225, sowie Aufzeichnung vom 8. 2. 1922, in: Ebenda, Nr. 272, und vom 11. 2. 1922, in: Ebenda, Nr. 275. Fritsch-Bournazel, *Rapallo*, S. 137 ff., wies nach, dass Behauptungen Radeks aus französischer Sicht unzutreffend waren.

¹⁴⁵ „Diese Tage waren eine Nervenprobe.“ Raumer, *Rapallo*, S. 326.

¹⁴⁶ Gustav Hilger, *Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*, Frankfurt a. M./Berlin 1956, S. 85.

¹⁴⁷ ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 159, S. 328.

¹⁴⁸ Rathenau im Gespräch mit d'Abernon, 9. 3. 1922, in: *Rathenau-Gesamtausgabe*, Bd. II, S. 864.

¹⁴⁹ Rathenau in der Sitzung des Ministerrats, 5. 4. 1922, in: *Akten der Reichskanzlei. Kabinette Wirth*, Bd. 2, Nr. 241a, S. 674–683, hier S. 682.

¹⁵⁰ Rathenau im Gespräch mit d'Abernon, 4. 4. 1922, in: *Rathenau-Gesamtausgabe*, Bd. II, S. 866.

Der schöne Schein sagte freilich wenig über die verordnete Taktik¹⁵¹ – ihr Hauptziel war eine große Anleihe, und diese konnte nicht vom verarmten Deutschland, sondern nur von den Westmächten kommen¹⁵².

Unter diesen Voraussetzungen blieben beide Fiktionen, dass nämlich die Verhandlungen der Westmächte mit den Russen in der Schuldenfrage unmittelbar nach Ostern zum Abschluss führen würden, den es zu verhindern gelte (die Erklärung für den angeblichen Zeitdruck, unter dem die deutsche Delegation gehandelt habe), und dass die sowjetrussische Seite Artikel 116 gegen Deutschland anwenden könnte (was angeblich die Reparationen ins Unermessliche steigern und Deutschland „erdrosseln“ würde¹⁵³), ein Mittel zur Ausübung wachsenden Drucks auf die deutsche Delegation, besonders den Außenminister, und zur nachträglichen Legitimierung des Abschlusses. Wirth bestätigte später den fiktiven Charakter dieser Argumente und die Trennung zwischen Taktik und Strategie: „Wir hatten allen Grund, uns verlassen zu fühlen. Wir konnten aus dem Schmollwinkel heraus, um uns taktisch zu rechtfertigen, handeln. Doch ist dies nur äußerlich zu verstehen. Innerlich waren wir entschlossen, mit den Russen zusammen zu arbeiten.“¹⁵⁴

Für die abschließenden Verhandlungen und die Vertragsunterzeichnung hatten die Konspiranten das Osterwochenende ausersehen: Während dieser hohen Feiertage war die Kommunikation zwischen den Delegationen noch prekärer, was ihr konspiratives Treiben begünstigen und dem deutschen Außenminister die Orientierung weiter erschweren sollte; in Deutschland war der Reichspräsident über die Ostertage nicht in Berlin¹⁵⁵, was seine Ausschaltung erleichterte und die Gefahr seiner Intervention verringerte¹⁵⁶. Nachdem die interessierten Kräfte, unter ihnen Raumer¹⁵⁷, die Verdichtung der Gerüchte im Laufe des Karfreitags und Ostersonntags auf die Spitze getrieben hatten, trat in der Osternacht eine

¹⁵¹ Sowjetische Dokumente bestätigen die Beobachtung Rathenaus: Die Weisung der Delegation verlangte, auch bei stärksten Gegensätzen den Anschein der Bereitschaft zu einem Abkommen mit den Westmächten an den Tag zu legen; vgl. DVP SSSR, Bd. V, Nr. 119, S. 218.

¹⁵² Im Unterschied zu Maltzan, der in ständiger Fühlung zu den führenden russischen Politikern stand und ihre Strategie kannte, hatte Rathenau diese letzte Unvorhersehbarkeit stets vor Augen; vgl. Rathenau an Ebert, 14. 4. 1922; in: PA AA, Büro Reichsminister, Akten betr. Genua, R 28204 k, D 738344 ff.

¹⁵³ Wirth wurde von Bonn über den Unsinn dieser Rechnung belehrt; vgl. Moritz J. Bonn, So macht man Geschichte? Bilanz eines Lebens, München 1953, S. 284; vgl. auch Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Zürich/Stuttgart 1956, S. 279.

¹⁵⁴ Genua 1922 (1942), S. 2, in: BA, N 1342/136.

¹⁵⁵ ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 64, S. 138.

¹⁵⁶ Um eine Intervention des Reichspräsidenten am letzten Tage auszuschließen, hat Maltzan das Telegramm Wirths vom 15. 4. 1922, welches Ebert über den vermutlich bevorstehenden Vertragsabschluß in Kenntnis setzen sollte, mit Billigung Wirths erst nach der Unterzeichnung abgesandt; vgl. Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen, S. 205.

¹⁵⁷ „Ich selbst drang [...] in Rathenau, abzuschließen, bevor es zu spät sei. Rathenau war völlig gehemmt“, was Raumer am späten Ostersonntag-Abend durch das Gewissensdiktat zu überwinden suchte, er habe die Wahl zwischen Bismarck (Abschluss des Rückversicherungsvertrags) und Caprivi (Verzicht auf den Rückversicherungsvertrag und hieraus resultierende Niederlage

Phase schwer lastender, erzwungener Ruhe ein. Diese wurde jäh von Maltzan unterbrochen, der zu früher Morgenstunde (die Zeitangaben variieren zwischen 0.30 Uhr bei Rathenau und 11.30 bis 2.30 Uhr bei Maltzan) mit der Nachricht in die Suite Rathenaus eilte, die russische Seite habe sich soeben telefonisch zur Aufnahme von Verhandlungen bereit erklärt.

Maltzans Version ist schon früher angezweifelt¹⁵⁸, aber bis heute nicht korrigiert worden.

Es besteht Grund zu der Annahme, dass die sowjetrussische Delegation nach dem Scheitern der Gespräche in der Villa d'Alberty definitiv den deutschen Refus in Berlin zum Anlass nahm, um der deutschen Delegation nun unterdosierter Mitteilung von Fakt und Fiktion die Initiative zuzuspielen. Sowjetrussische Zeugnisse bestätigen dies. So betonte Radek am 28. April 1922, dass die deutsche Delegation aufgrund des starken inoffiziellen russischen Drucks „die ersten Schritte zur Annäherung hätte unternehmen müssen“¹⁵⁹. Und ein teilveröffentlichtes sowjetrussisches Dokument, das Telegramm Litwinows an den NKID vom 17. April 1922, unterstrich dies: „Unsere halbprivaten Gespräche mit dem Obersten Rat haben Unruhe (Besorgnis, Alarm) in die Seelen der Deutschen eingeflößt, und Rathenau kam gestern halbtot erstarrt vor Schrecken angelaufen und schlug vor, auf der Stelle (ohne von der Stelle zu gehen) dasselbe Abkommen zu unterschreiben, welches er bei unserem Besuch in Berlin abgelehnt hatte.“¹⁶⁰ Der unveröffentlichte Teil dieser tendenziösen Mitteilung lautet: „Im Falle unseres Bruchs mit den Alliierten haben wir jetzt ein festes Standbein in Deutschland, im Falle eines Abkommens mit ihnen [den Alliierten] aber verlieren wir auch nichts.“¹⁶¹

Dies lässt die Annahme zu, dass es eines Anrufs von sowjetrussischer Seite nicht (mehr) bedurfte. Hat er dennoch stattgefunden, so dürften die Sowjetrussen über Maltzan dem deutschen Außenminister signalisiert haben, dass sie zur

im Kriege). Raumer glaubte zu wissen: „Für Caprivi gegen Bismarck zu optieren, das würde Rathenau nie verwunden haben.“ Raumer, Rapallo, S. 328.

¹⁵⁸ Bereits Helbig (Träger, S. 85 Anm. 158) zeigte, dass Maltzan die Identität des Anrufers (Joffe, Tschitscherin und Rakowskij) variierte. In seiner Darstellung für die Vossische Zeitung erwähnte Maltzan einen russischen Anruf nicht, sondern sprach die Initiative den Deutschen zu: „Nunmehr, es war 11 Uhr 30 nachts, beschlossen wir, mit der russischen Delegation telephonisch in Verbindung zu treten, um formell eine Zusammenkunft für den nächsten Tag nachzusuchen.“ Vossische Zeitung: „Wie der Rußlandvertrag entstand. Maltzans Erklärungen“, Genua, 19. 4. 1922. Auch aus Sicht der Reichskanzlei nahm „im Auftrag des Kanzlers [...] Baron Maltzan Fühlung mit den Russen“. Max von Stockhausen, Sechs Jahre Reichskanzlei. Von Rapallo bis Locarno. Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922–1927, hrsg. von Walter Görlitz, Bonn 1954, S. 35. Klarheit darüber, ob ein russischer Anruf – und sei es als Teil der gemeinsamen Inszenierung – stattfand, kann (neben den russischen Akten) das Geheimdienstmaterial Italiens, eventuell Großbritanniens und den USA, bringen.

¹⁵⁹ PA AA, Deutsche Delegation in Genua – R a p a l l o, Sonderakte Radek, R 23695, S. L 096552 ff.

¹⁶⁰ DVP SSSR, Bd. V, Nr. 123, S. 226, sowie DSB, Bd. II, Nr. 270, S. 589.

¹⁶¹ Litwinow an Außenkommissariat, 17. 4. 1922, in: AVP SSSR, Fond 10go otd. MID SSSR, Op. 1, por. 158, p. 22, Vch. Genuja, 1922.

Annahme der deutschen Bedingungen bereit seien¹⁶². In jedem Falle hielt Maltzan, der mit den als Anrufern bezeichneten sowie mit anderen offiziellen und inoffiziellen sowjetrussischen Delegationsmitgliedern ständig in Verbindung¹⁶³ stand, die Situation nun für reif, um die verschiedenen Handlungsstränge der „nächtlichen Verschwörung“ zusammenzuziehen. Hierin bestand auch der spontane Eindruck Rathenaus, der Maltzan durchschaute¹⁶⁴: Nach einem kurzen Moment der Fassung entgegnete er Maltzan (nach dessen Darstellung), jetzt erkenne er das Spiel; er werde sofort Kontakt zu Lloyd George aufnehmen und ihn über alles unterrichten. Hierauf warf Maltzan sein ganzes Gewicht in die Waagschale und drohte mit einem spektakulären Rücktritt (der von ihm erwähnte „Bluff“?). Aufschlussreich waren seine Argumente: Der langjährige Beamte des Auswärtigen Amts, der sich seiner Lehrjahre unter Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Wächter rühmte, entgegnete seinem Minister: „Unmöglich – es wäre ehrlos gehandelt. [...] Zu einem solchen Verrat an Tschitscherin werde er sich nicht hergeben!“¹⁶⁵ Die Dramatik der Situation liegt auf der Hand: Rathenau – ein Patriot in Überzeugung und Tat – erkannte, dass ein hoher Beamter seines Ministeriums in einer entscheidenden Situation seine persönlichen Beziehungen zum Gegenspieler seines Ministers höher stellte als die Interessen seines Landes. Dies war nicht nur ein Fall schwerer Insubordination, sondern auch das – im Nachhinein überraschende – Eingeständnis Maltzans, dass ihn mit der sowjetrussischen Seite mehr verband, als er seinen Minister wissen ließ¹⁶⁶.

Der Annahme, dass der Anruf inszeniert war, entspricht die Tatsache, dass sich Wirth bereithielt, um nun seinerseits in Begleitung v. Simsons bei Rathenau einzudringen (Maltzan ließ die Anwesenheit Wirths bei der „Pyjama-Konferenz“ unerwähnt): Rathenau wurde nicht einmal Zeit gelassen sich anzukleiden. Es schloss sich – entgegen der lapidaren Darstellung Maltzans¹⁶⁷ – eine sehr ernste, lange Unterredung an¹⁶⁸, in der Rathenau unter erheblichen Druck gesetzt wurde. Er beendete sie am frühen Morgen dieses Ostersonntags mit einer resignativen Anspielung auf das Ostermysterium: „Le vin est tiré, il faut le boire.“¹⁶⁹

¹⁶² Vgl. Deutsch, Lebenserinnerungen, S. 18, der Joffe als Anrufer anführt.

¹⁶³ „Wir waren in ständiger Fühlung mit den Russen“. Raumer, Rapallo, S. 327 f.

¹⁶⁴ Noch am Vortage hatte es Rathenau mit Bestimmtheit abgelehnt, „den Weg zu gehen, auf den ihn Herr von Maltzahn [sic] drängen wollte.“ Brandt, Europa, S. 135.

¹⁶⁵ So in der Darstellung Maltzans gegenüber d'Abernon (1926), in: Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitenwende, Bd. 1, Leipzig 1929, S. 352 f.

¹⁶⁶ Zur Einschätzung Maltzans durch Tschitscherin, vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 193, S. 403. Ebert erzwang die Entlassung Maltzans aus Gründen seiner übergroßen Vertrautheit mit den Bolschewisten, besonders Tschitscherin.

¹⁶⁷ „Es wurde in Aussicht genommen, a) dass wir nach Rapallo fahren würden, b) dass ich nach Möglichkeit am Sonntag früh Wise wiederum telephonisch von unserer bevorstehenden Fahrt nach Rapallo verständigen sollte.“ ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 59, S. 129.

¹⁶⁸ Sie habe bis 5 Uhr morgens, also zwischen zweieinhalb und viereinhalb Stunden gedauert; vgl. George Kennan, Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961, S. 289 (gestützt auf Geheimdienstmaterial?).

¹⁶⁹ Diese Paraphrase Rathenaus zum „Kelch, der geleert werden“ müsse, wurde in Genua unterschiedlich datiert. Die Häufigkeit ihrer Wiedergabe verdeutlicht, dass ihre tiefere Bedeutung

Die entscheidende Besprechung Wirths mit Rathenau

Eine Rekonstruktion dieser historischen Besprechung ist hier nur ansatzweise möglich. Die erste Aufzeichnung Wirths über Rapallo von 1933 enthält das Eingeständnis: „Es ist interessant und lehrreich, dass in Bezug auf den [...] Rapallo-Vertrag politische Gegner erklärt haben, dass ich als Reichskanzler Herrn Rathenau gezwungen hätte, den Rapallo-Vertrag gegen seinen Willen abzuschließen. Auch diese Seite der deutschen Politik ist bisher noch nicht dargestellt worden. [...] Es ist richtig [sic!], dass Herr Rathenau, Herr Baron von Maltzan und ich mit Staatssekretär von Simson noch einmal die Gesamtlage unserer Politik überprüft haben. Dass dabei von Seiten Rathenaus auf Bedenken hingewiesen worden ist, ist eigentlich selbstverständlich.“ Und wenig später: „Ich übersehe nicht, dass man gewisse Bedenken gegen die Rapallo-Politik vorbringen könnte. Das hat auch Walter [sic] Rathenau nicht übersehen.“¹⁷⁰

Diese verharmlosende Darstellung verbirgt die Dramatik dieser entscheidenden Auseinandersetzung in der Frage: Ist ein Separatabkommen mit Russland sinnvoll, vertretbar und unter den gegebenen Umständen geboten? Rathenau verneinte diese Fragen mit Entschiedenheit und vertrat den Standpunkt, dass die politische Wirkung verheerend und der wirtschaftliche Gewinn fragwürdig sein würden und in der gegebenen Lage in keinem Verhältnis zu etwaigen Vorteilen stünden: Die deutsche Delegation verzeichnete auf reparations- und finanzpolitischem Gebiete erste, viel versprechende Erfolge¹⁷¹, die im Falle eines Separatabkommens Deutschlands mit Russland hinter verschlossenen Türen hinfällig würden¹⁷²; die Konferenz würde zum Scheitern verur-

wahrgenommen wurde. In Kenntnis des metaphysischen Denkens Rathenaus und seiner Gefühle an jenem Tage lag eine Identifizierung mit dem historischen Ostergeschehen nahe. Auch der Katholik Wirth hat diesen Sinnzusammenhang erkannt und beabsichtigt, Rathenau mit der Darstellung des wirklichen Geschehens von Rapallo ein Denkmal zu setzen – hierin bestehe „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit“; (Ostpolitik (Rapallo u. kein Ende)“, August 1942, S. 2, in: BA, NL 342, Kasten 20. Wirth sprach vom „Tragische(n) der deutschen Geschichte“, die es gewollt habe, dass Rathenau Opfer der Rapallo-Politik wurde: „Herr Dr. Rathenau ist wegen des Rapallo-Vertrages ermordet worden. Man hat ihm vorgeworfen, er habe in Genua die Ehre Deutschlands durch den Russenvertrag verraten.“ In Wahrheit könne er heute (26. 4. 1934) vorläufig sagen: „Der Reichsminister Dr. Rathenau ist wegen einer nationalen Tat, die die Rechte in Deutschland gefordert, begrüßt und gefeiert hatte, ermordet worden.“ Er fügte hinzu: „Wenn die Zeit gekommen sein wird, [...] so wird man aufhorchen über die von mir zu machenden Verlautbarungen.“ Nach der Ermordung Rathenaus sei die Zeit dazu nicht reif gewesen: „Hätte ich mich damals etwa so weit führen lassen, über die Rapallo-Politik und über Rathenau und seine (Treue, korrigiert in: Ehre) Ehre die letzte Wahrheit zu sagen, dann hätte es im deutschen Reichstag Tote gegeben.“ Brief an RAe Dres. Kopf, 26. 4. 1934, in: BA, N 1342/77.

¹⁷⁰ Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag (1933), S. 6 u. S. 8, in: BA, N 1342/77.

¹⁷¹ Die zweckpessimistische deutsche Bewertung der Reparationsfrage verlangt nach aktueller Korrektur.

¹⁷² Die Behauptung Wirths, Rathenau habe in dieser Unterredung nicht mehr an eine internationale Anleihe für Deutschland geglaubt, traf allein für den Fall eines deutsch-russischen Separatabkommens bedingt zu; Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag, S. 3, in: Ebenda. Erst am

teilt¹⁷³ und der Weg Deutschlands erheblich erschwert werden¹⁷⁴. Staatssekretär von Simson schloss sich der Auffassung Rathenaus an¹⁷⁵.

Dieser rationalen Einschätzung trat in den Argumenten Wirths das dumpfe nationale Aufbegehren¹⁷⁶ und in den Einwüfen Maltzans der unverhohlene, sich zu Unrecht auf Bismarck berufende¹⁷⁷, machtpolitische Revisionsgedanke entgegen. Dieser Gegensatz war durch Argumente nicht zu überbrücken. Der ausschlaggebende Hebel zur Einwirkung auf den Außenminister war anderer als argumentativer Natur: Es war die Bereitschaft Wirths, den Vertrag, sollte Rathenau sich weiter weigern, selbst zu unterzeichnen¹⁷⁸. In diesem Falle drohte Deutschland das „Unglück“¹⁷⁹, welches Rathenau zu verhindern suchte: Ein Ver-

Tage nach Abschluss des Vertrags hielt Rathenau die deutschen Chancen in dieser „wichtigsten Frage“ für „leider nicht besonders“ gut; Rathenau an Haniel, 17. 4. 1922, in: Walther Rathenau, Politische Briefe, Dresden 1929, S. 331 f. Er teilte damit den Standpunkt führender internationaler Financiers, dass der Separatvertrag die Anleiheverhandlungen torpediert habe; die kompetenten Sachverständigen der deutschen Delegation und Finanzminister Andreas Hermes vertraten dieselbe Ansicht. Auch Ebert verlor nach Vertragsabschluß die Hoffnung auf eine Anleihe; Ebert an Wirth, 22. 4. 1922, in: BA, N 1342/65, sowie Ostpolitik II, 17. 8. 1942, S. 1 ff., in: BA, N 1342/136.

¹⁷³ Nach Darstellung Wirths habe Rathenau die Konferenz in dieser Unterredung für erfolglos erklärt. Auch dies galt nur und bedingt für den Falle einer deutschen Sprengung der Konferenz durch das Sonderabkommen. Im übrigen ist der taktische Zweckpessimismus in der Argumentation Wirths manifest: „Wir hielten es für notwendig, angesichts der wohl fast erfolglosen genueser [sic] Konferenz für Deutschland die Selbständigkeit des Handelns zurückzuholen, um unseren ehemaligen Kriegsgegnern zu zeigen, dass wir nicht willens seien, länger die Aschenbrödelrolle zu spielen, indie [sic] man uns durch den Versailler Vertrag hineinmanövriert hatte.“ Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag (1933), S. 6, in: BA, N 1342/77.

¹⁷⁴ Rathenau sah nach Vertragsabschluss klar voraus, dass kein Weg mehr an der Ruhrbesetzung vorbeiführte.

¹⁷⁵ Vgl. Helbig, Träger, S. 86.

¹⁷⁶ Wirth behauptete 1934, er habe „mit Herrn Dr. Rathenau manches Gespräch geführt, was ein geschlagenes, aus tausend Wunden blutendes Volk machen muß, um nach einer gewissen Zeit wieder zu einer festen, auf milit. Macht begründeten Staatsmacht zu kommen. Hoffnungen und Pläne wurden festgelegt.“ Wirth an RAe Dres. Kopf, 26. 4. 1934, in: BA, N 1342/77. Rathenau hat die Lage des deutschen Volkes nach dem Kriege vorausgesehen und zu lindern gesucht; Militarismus, zumal als Grundlage der künftigen Staatsmacht, lehnte er ab. Die Angabe Rabenaus, Seeckt und Rathenau hätten Ende 1921 bei Wirth vorgesprochen, wobei Rathenau „von sich aus den Standpunkt der Wehrmacht vertreten hat: Deutschland müsse sich innerlich kräftigen und den geeigneten Zeitpunkt zum Losschlagen abwarten“ (Rabenau, Seeckt, S. 310), wurde von Wirth substantiiert widerlegt: „In Bezug auf die Vorbereitung auf die nationale Erhebung hat ein gemeinsamer Schritt Seeckts und Rathenaus nicht stattgefunden.“ Aufzeichnung, 27. 6. 1942, S. 1, in: BA, N 1342/136.

¹⁷⁷ Wirth schrieb 1933: „Uns kam es darauf an zu zeigen, dass ein Volk in äußerster Bedrängnis nicht davor zurückschrecken darf, das große Risiko eines politischen Schrittes auf sich zu nehmen, wenn es damit gelingt, in der europäischen Politik durch Einschalten Russlands seine politische Kraft erneut zur Geltung zu bringen, die in Bismarcks Zeiten eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Diese Stimme Russlands musste wieder zur Geltung gebracht werden, wenn Deutschland überhaupt Aussicht haben sollte, als ein selbständiges Element europäischer Politik in Erscheinung zu treten. Dazu kam, ums es nur kurz anzudeuten, Arbeit militärischer Art von ganz besonderer Art [...]“ Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag, S. 8, in: BA, N 1342/77.

trag zwischen Wirth und Tschitscherin musste zu einem Zweckbündnis werden, das Deutschland weiter auf den abschüssigen Weg der militärisch-politischen Allianz mit Russland führen würde¹⁸⁰. Der Außenminister sah sich genötigt, diesen Schritt zu verhindern. Er hat in dieser Situation zwei Schlüsse gezogen: Zum einen zog er eine Trennungslinie zwischen der Politik, die ohne sein Wissen betrieben worden war, und seinem eigenen außenpolitischen Neubeginn: Für alles, was bisher geschah – so formulierte er in diesen Tagen –, „dafür kann ich nicht. Ich habe das Land so übernommen, wie Herr Ludendorff es zurückgelassen hat.“¹⁸¹ Zum anderen beschloss er, sich über die fatalen Abhängigkeiten Wirths und das Verwirrspiel Maltzans im Verein mit den sowjetrussischen Delegierten hinwegzusetzen und das Gesetz des Handelns in die Hand zu nehmen; er traf die Entscheidung, nun seinerseits die sowjetrussische Seite zu einer Festlegung ihrer Politik gegenüber Deutschland zu zwingen. Angesichts der psychischen Labilität und politischen Unsicherheiten Wirths¹⁸² machte er sich damit gewissermaßen zu dessen Anwalt und beschloss, unter Hintanstellung der eigenen Einwände, mit der Forderung an die Russen heranzutreten, das Spiel der Erpressung und Zweideutigkeiten einzustellen und hier und jetzt („an Ort und

¹⁷⁸ Während Wirth relativ zeitnahe (Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag, 1933, S. 6 u. S. 8, in: Ebenda) die Bedenken Rathenaus hervorhob und einen „gewissen Druck“ seinerseits nicht verneinte, harmonisierte er sein Verhalten zu Rathenau später und nannte die Darstellung Carl Bergmanns „nicht ganz richtig“: Es habe „bezüglich des Abschlusses des Vertrages kein Zwiespalt“ bestanden; gemeinsam habe man „die Bedenken gegen den Abschluß des Vertrages nochmals gewürdigt. Auf Rathenau wurde dabei keinerlei Druck ausgeübt. Ich bat und ermunterte die Herren, nach Santa Margarita [sic] zu reisen, um die große Sache zum Abschluß zu bringen.“ Nachtrag zur Ostpolitik, 1942, S. 2, in: BA, N 1342/136. In „Genua 1922“ (1942) nannte er es „richtig, dass ich gedrängt habe“, aber „unrichtig“, dass er Rathenau gedroht habe, selbst zu unterschreiben, in: Ebenda, S. 1. In den Aufzeichnungen von 1942 bekannte er aber, gegenüber „dritter Seite“ versichert zu haben, er werde den Vertrag im Falle der Weigerung Rathenaus selbst unterzeichnen. Die Drohung stand also zumindest im Raume und war neben Rathenau u. a. Carl Bergmann bekannt. In jedem Falle hat Wirth „mit klaren und nachdrücklichen Worten“ bzw. „klar und deutlich bemerkt [...], dass ich gegebenenfalls entschlossen und willens sei, die Verantwortung für den Vertrag persönlich zu übernehmen“. Betrachtungen über Genua, 24. 8. 1942, in: Ebenda, bzw. Nachtrag zur Ostpolitik, S. 2, in: Ebenda.

¹⁷⁹ In der Ministerratssitzung vom 5. 4. 1922 hatte es Rathenau schon als Erfolg bezeichnet, wenn die deutsche Delegation aus Genua zurückkehre, ohne dass ein „Unglück“ geschehen sei, in: Akten der Reichskanzlei. Kabinette Wirth, Bd. 2, Nr. 241a, S. 677.

¹⁸⁰ Der „Protokollentwurf“ Maltzans (Helbig, Träger, S. 79 ff. sowie Anm. 151) bestand aus nur drei Artikeln (mit Unterpunkten) und ähnelte darin entfernt dem ebenfalls angeblich aus drei, in Wahrheit aber nur zwei Artikeln bestehenden Entwurf Hitlers und Ribbentrops für den Molotow-Ribbentrop-Pakt vom 18./19. August 1939 – in beiden Fällen war der Zweck des Vertrags (und das, was er nicht formulierte) wichtiger als seine Einzelbestimmungen. Die „Fünf Punctationen“ Radeks und Maltzans in der Fassung vom April 1922 enthielten bereits Änderungen, die Rathenau in Berlin gegenüber Tschitscherin und Litwinow ins Gespräch brachte; vgl. PA AA, Deutsche Delegation in Genua – Rapallo – Akten betr. Römer (Radek) R 23696.

¹⁸¹ Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II, S. 882.

¹⁸² Im Runderlaß vom 18. 4. 1922 betonte Rathenau, die Reichsregierung werde „ohne Nervosität“ vorgehen, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 60, S. 134, Anm. 8.

Stelle, ohne von hier wegzugehen“, wie es das Telegramm Litwinows vom 17. April 1922 festhielt) ein Abkommen mit Deutschland zu schließen, das ihm auf Dauer die notwendigen Sicherheiten gab und seinen wirtschaftlichen und zivilen Bedürfnissen entgegenkam. Die Überzeugung, dass er (und nur er) hierzu in der Lage sei, sprach er wenige Tage nach dem Vertragsabschluss privat aus: „Ich denke nicht daran, mich den Russen politisch auszuliefern, ich werde sie in der Hand halten, nicht sie mich.“¹⁸³

Es ist auszuschließen, dass er dieses Opfer der eigenen Überzeugungen bedingungslos brachte. Seine Bedingungen haben darin bestanden, dass er die militärisch-revisionistischen Bestrebungen, die zur Herbeiführung der Vertragssituation geführt hatten, als Mensch und Minister grundsätzlich ablehnte, als Arbeitsgrundlage für seine Behörde – solange er die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik trüge – ausschloss und darüber auch die sowjetrussische Seite nicht im Unklaren lassen würde. Nur unter dieser Voraussetzung konnte Rathenau den Vertrag unterzeichnen und so bewusst mittragen, wie dies Bergmann, Wirth und andere Beobachter mit Hochachtung bemerkten, und ist der Reichspräsident in seinem Urteil nicht fehlgegangen, als er dem designierten Botschafter in Moskau auf dessen Anspielung auf militärische Implikationen des Rapallo-Verhältnisses mit Bestimmtheit erwiderte: „Rathenau hätte [...] niemals etwas Derartiges unternommen.“¹⁸⁴

Gleichwohl baute Rathenau noch eine letzte Sicherung ein und forderte eine erneute Kontaktnahme zu Lloyd George, um ihn über die geplante Fahrt nach Rapallo zu informieren; auch diese Weisung ging, wie mehrere vorausgegangene Versuche, aufgrund der koordinierten Unterlassungen von Maltzan und Wise ergebnislos aus. Unter diesen Voraussetzungen hat Rathenau seine Einwände „widerwillig“¹⁸⁵ zurückgestellt und der Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziele eines Vertragsabschlusses mit Sowjetrußland zugestimmt. In den Worten Wirths: „Rathenau ging aber, unter Zurückstellung aller ausdrücklich zu Wort gekommenen Bedenken, in die Sache hinein, die für ihn das Todesurteil bedeutete.“¹⁸⁶

¹⁸³ Rathenau im Gespräch mit dem Bankier Felix Somary in Zürich, in: Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II, S. 886.

¹⁸⁴ Ebert gegenüber Rantzau, 13. 9. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 197, S. 414.

¹⁸⁵ Bonn, Geschichte, S. 263.

¹⁸⁶ Betrachtungen über Genua, S. 4, in: BA, N 1342/136. Diese apodiktische Feststellung wirft die Frage auf, ob Wirth mehr über die Hintergründe der Ermordung Rathenaus wusste oder ahnte, als bislang bekannt ist. Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als die Hauptbeschuldigten im Rathenau-Prozess den Rapallo-Vertrag an sich begrüßten; vgl. Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses. Aufgrund des amtlichen Stenogramms bearb. von Karl Brammer, Berlin 1922, S. 26 ff.; Martin Sabrow, Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994, S. 115 f. Es besteht Grund zu der Annahme, dass nicht die Tatsache des Vertragsabschlusses an sich, sondern vielmehr die Art seiner Vertragsausgestaltung in und nach Rapallo den am deutsch-russischen Militärbündnis interessierten Kräften Veranlassung zur Ermordung Rathenaus lieferte, um den Weg für ihre Realisierung des Vertrags frei zu machen. Rathenau wurde insofern nicht wegen der Vertragsunterzeichnung als solcher, sondern wegen seiner abweichenden Ausgestaltung und friedenssichernden Anwendung des Vertrags Opfer der Gewalt.

Die „Kämpfe von Rapallo“

Die deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen in Rapallo liegen bisher weitestgehend im Dunkeln¹⁸⁷. Hier können nur einige wichtige Details ihres „dramatischen Verlaufs“¹⁸⁸ erwähnt werden.

Die Fahrt von Rathenau, Maltzan, Simson und dem Justitiar des Auswärtigen Amts, Friedrich Gaus, erfolgte unter strenger Geheimhaltung. Ankunft in Rapallo war gegen 11 Uhr. Die erste Verhandlungsrunde wurde durch ein getrenntes Mittagessen unterbrochen, danach von den Juristen Gaus und Litwinow weitergeführt, während sich Rathenau unter einem Vorwand zu einer letzten Selbstprüfung zurückzog. Gegen 17 Uhr wurden die Verhandlungen gemeinsam fortgesetzt und zwischen 18.30 und 19 Uhr mit der Unterzeichnung des Vertrages und einer geheimen Note als Anhang beendet.

Am Nachmittag ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall: Wirth teilte Maltzan telephonisch mit, der britische Premierminister wolle Rathenau sprechen – der letzte „Contretemps“ in der Kette ungenutzter Gelegenheiten. Wirth nannte dies später¹⁸⁹ „noch einen sehr spannenden Augenblick. Lloyd George ließ anrufen, um Rathenau zu erreichen, der – schon weg war [...] auf großer Fahrt zu den Russen.“ Wirth stellte nachträglich die Frage: „Wer weiß, was geschehen wäre, wenn Rathenau noch verfügbar gewesen wäre“, sah also die Möglichkeit anderer Entwicklungen.

Nach der Beobachtung von Gaus hatte „Maltzan [...] sofort die Bedeutung dieses Vorganges für seine eigenen Pläne erkannt [...] und zurück[gefragt], ob sich dadurch seine Instruktionen in der russischen Frage ändern, [...] von Wirth [aber] eine verneinende Antwort [erhalten]. Trotzdem war er in schwerster Sorge, ob nicht Rathenau seinerseits durch die Aussicht auf die langersehnte Besprechung mit Lloyd George zu einem Fallenlassen des deutsch-russischen Projektes bewogen werden würde.“¹⁹⁰ Dies beweist, dass auch Maltzan noch am Ausgang zweifelte.

Als Rathenau von Maltzan über den Anruf in Kenntnis gesetzt wurde, zog er sich an das Meer zurück, ging dort eine Zeit lang, mit sich ringend, auf und ab und beschloss dann „mit ernstem Gesicht“, an den Verhandlungstisch zurückzukehren¹⁹¹. Mithin sah auch er grundsätzlich noch andere Optionen.

¹⁸⁷ Eine inhaltliche Präzisierung enthält allein die d’Abernon übergebene Aufzeichnung (Maltzans): Erörtert worden sei „a demand for a better guarantee that Germany would get equal treatment with other States in case socialisation compensation were granted“. D’Abernon, *Ambassador*, Bd. I, S. 302.

¹⁸⁸ Friedrich Gaus, 1922: *Rapallo – wie es wirklich war*. Bisher nicht veröffentlichte Aufzeichnungen aus Anlass des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Vertrags, veröffentlicht und kommentiert von Robert M. W. Kempner, in: *Vorwärts*, 7. 10. 1971, Geschichte 1.

¹⁸⁹ *Ostpolitik*, August 1942, S. 3, in: BA, N 1342/136.

¹⁹⁰ Gaus, *Rapallo*.

¹⁹¹ Gaus, *Rapallo*, datierte den Ausspruch Rathenaus vom Kelch, der geleert werden müsse, (in leichter Abwandlung) auf diesen Augenblick. Diese Entscheidung Rathenaus beweist, dass er sich nicht von Emotionen (der ihm unterstellten „gekränkten Eitelkeit“), sondern selbstverständlich von Vernunftargumenten leiten ließ.

Die These von der Zwangsläufigkeit des Vertragsabschlusses ist schon insofern hinfällig¹⁹².

In den Verhandlungen nahm Rathenau eine überaus feste Position ein. Er sprach von den „Kämpfen von Rapallo“, die noch am Nachmittag anhielten¹⁹³. Wie d'Abernon erfuhr, waren die Verhandlungen „extremely difficult und quite different from mere ratifications of a previous text“¹⁹⁴. Wie Maltzan Werner Freiherr von Rheinbaben berichtete, verliefen die Verhandlungen unter „denkbar dramatischen Umständen“¹⁹⁵. Sie hatten, wie Maltzan d'Abernon 1926 mitteilte, schleppend begonnen: „Both sides were obstinate and little progress was made“; sie hätten sich erst nach dem Anruf von Lloyd George belebt¹⁹⁶. Am späten Nachmittag wurde Übereinkunft über den endgültigen Text erzielt („[...] after much difficulty“) ¹⁹⁷.

Das Ringen betraf sowohl Verfahrens- als auch Sachfragen. Es war bestimmt von dem entschlossenen Willen Rathenaus, die Gestaltungsmöglichkeiten in diesen letzten Stunden noch entscheidend zu grundsätzlichen Verbesserungen zu nutzen. Zur Klärung der Vertragsgrundlage distanzierte er sich von den militärisch-politischen Vorgesprächen und Implikationen des Vertrags und lehnte es ab, einer Revisionspolitik den Weg zu bahnen, geschweige denn eine solche mitzutragen¹⁹⁸. Eine Reihe von Indizien weist darauf hin, dass Rathenau dabei tatsächlich fundamentale Korrekturen erzielen konnte. So ist seine Mitteilung an

¹⁹² Rabenau, Seeckt, S. 312, wollte in diesem Vertragsabschluß „ein überraschendes [...] Zufallsereignis“ der Konferenz sehen: „Er wurde auf Drängen Wirths fast gegen den Willen Rathenaus aufgrund einer sich plötzlich in Genua entwickelnden Lage abgeschlossen.“ Wirth korrigierte diese Behauptung unter Hinweis auf die Vorarbeiten und charakterliche Besonderheit Maltzans: „Die Dinge kann man nur verstehen, wenn man Maltzan näher kennt.“ Genua 1922, S. 1, in: BA, N 1342/136.

¹⁹³ Rathenau an Haniel, 17. 4. 1922, in: Rathenau, Politische Briefe, S. 332.

¹⁹⁴ D'Abernon, Ambassador, Bd. I, S. 297.

¹⁹⁵ Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II, S. 880.

¹⁹⁶ D'Abernon, Ambassador, Bd. I, S. 321.

¹⁹⁷ Ebenda, S. 302.

¹⁹⁸ Gaus, Rapallo, bestätigte, dass keine militärischen bzw. militärpolitischen Implikationen Eingang in den Vertragsabschluss fanden. Charakteristisch für die von Rathenau geplante Russlandpolitik war seine Haltung in der Botschafterfrage: Er wünschte den prinzipienfesten Wirtschaftsfachmann Rudolf Nadolny als Botschafter in Moskau, der den Rapallo-Vertrag ablehnte und das Vertrauen Eberts besaß. Tschitscherin favorisierte Admiral Paul von Hintze, dessen alldeutsche Interessen erwiesenermaßen Berührungspunkte mit den sowjetischen Plänen aufwiesen. Auf der Linie „Seeckt-Wirth“ lag die Kandidatur Hasses, „doch damit wäre die militärische Seite des Rapallo-Vertrags zu sehr herausgekehrt worden“; Maltzan, „der ewige Promotor des Rapallovertrages und der daran geknüpften politischen Linie“, habe abgewinkt – „Wir fürchteten die Rache Eberts für Rapallo“. Graf Brockdorff-Rantzau erbot sich selbst, „mit dem Schlachtruf: Rache für Versailles“ nach Moskau zu gehen, – „er schrieb [...] Rache für Versailles. [...] Die Lava des Hasses und der Rache ergossen sich aus Brockdorffs Munde in Strömen. Dies [...] muß man besonders berücksichtigen, wenn man seine Berufung nach Moskau geschichtlich würdigen will.“ Rantzau akzeptierte im Wissen um die Hintergründe des Vertrags, von Wirth als „Trutz-Botschafter“ nach Moskau entsandt zu werden; Wirth, Warum kam Graf Brockdorff-Rantzau nach Moskau? 4. 7. 1942, in: BA, N 1342/136; vgl. auch ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 191, S. 397. Nicht zufällig wurde sein vertrauter Privatsekretär und Lebensgefährte

Erich Koch-Weser ernst zu nehmen, nach welcher der Vertrag „an sich“ keine militärischen und (revisions-)politischen Auswirkungen habe¹⁹⁹. Dem amerikanischen Beobachter in Genua, Richard Washburn Child, versicherte Rathenau am 17. April 1922, der Vertrag „has not, and in its final form will not have, any military accord or alliance“²⁰⁰. Von einem Gefühl der Erleichterung getragen war auch seine Mitteilung an seine Mutter: „Heute, am Ostersonntag habe ich einen Ausflug nach Rapallo gemacht. Das nähere in der Zeitung [...]“²⁰¹. Der Schriftsteller Emil Ludwig fand seinen Förderer nach Vertragsabschluss befreit von früherem Skeptizismus „in glücklicher Stimmung [...] in der vollen Bewegung eines Mannes, der endlich die Sache so machen konnte, wie er sie seit Jahren vorgeträumt“²⁰². Von ausschlaggebender Bedeutung ist schließlich die Tatsache, dass die Einstellung Seeckts zu Rathenau, die im Vorfeld von Rapallo wachsenden Spannungen unterlag, nach Rapallo auf das endgültige Zerwürfnis hinauslief²⁰³. Seeckt geißelte nach Abschluss des Vertrags in einem seltenen Gefühlsausbruch „wieder die Ressortdummheit des A. A., das nicht wolle, dass die Generale sich politisch betätigen“²⁰⁴ – ein Hinweis darauf, dass der Ressortchef (offenbar zum wiederholten Male) den Ausschluss Seeckts und seiner Gehilfen aus der Außenpolitik und speziell aus den deutschen Beziehungen zu Sowjetrußland gefordert hatte.

Die Bestimmungen des Vertrags

Mehrere strittige Fragen sind mündlich verhandelt worden und haben keinen Eingang in das Vertragswerk gefunden. Zu ihnen gehörte die wichtige Frage der Ausdehnung des Rapallo-Vertrags auf die anderen Sowjetrepubliken. Rathenau nahm sich dieser Frage ungern an und ließ die entsprechenden Nachfolgeverhandlungen – gegen den Willen Maltzans²⁰⁵ – dilatorisch führen. Erst sein Tod gab Maltzan den Weg frei²⁰⁶. Daneben wurden zwischen Maltzan und Litwinow

des Moskauer Zeit, Andor Hencke, später zu einem der wenigen (nach Adam von Trott zu Solz: sieben) überzeugten Nationalsozialisten im Auswärtigen Amt.

¹⁹⁹ Rathenau an Koch-Weser, 9. 5. 1922, in: PA AA, Büro Reichsminister, Ib, Bd. 11.

²⁰⁰ Richard Washburn Child, *A Diplomat looks at Europe*, London 1926, S. 39.

²⁰¹ Walther Rathenau, *Ein preußischer Europäer. Briefe*, Berlin 1955, S. 419.

²⁰² Emil Ludwig, *Geschenke des Lebens*, in: Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II, S. 882.

²⁰³ Nach Rabenau, Seeckt, S. 311, haben nachweislich „bereits vor Rapallo und auch unmittelbar danach nicht unwesentliche Spannungen“ das Verhältnis Seeckts zu Rathenau endgültig untergraben.

²⁰⁴ Notizen Generalleutnant Lieber „aus Tagebuch Hasse“, zit. nach Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik, 1918–1933*, Köln/Berlin 1964, S. 116.

²⁰⁵ Vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 59, S. 150.

²⁰⁶ Am Tage nach der Ratifizierung (4. 7. 1922) regte Maltzan die baldige Ausdehnung auf die anderen sowjetischen Föderationsrepubliken an. Aus der Moskauer Perspektive beobachtete Hilger: „Die sowjetischen Führer waren keineswegs [...] niedergeschlagen über den Tod eines Mannes, der einer der Hauptbefürworter einer westlichen Orientierung Deutschlands gewesen war. Mit seinem Tode war ein beträchtliches Hindernis der Ausweitung des Rapallo-Verhältnisses beseitigt. [...] Das Attentat war [...] geeignet, die deutsch-russischen Beziehungen zu bes-

Fragen behandelt, die im Vorvertrag vom 6. Mai 1921 geklärt, in der Praxis aber ungelöst geblieben waren: Eine dieser Fragen betraf den Alleinvertretungsanspruch der Sowjetregierung²⁰⁷. Im Gegenzug erzwang Rathenau eine Reihe mündlicher Absprachen: Zu ihnen gehörte die Garantie, fortan vollständig über die Verhandlungen der Sowjetrussen mit den Westmächten und anderen an der Konferenz von Genua beteiligten Staaten unterrichtet zu werden²⁰⁸. Zur Sprache brachte er auch zwei uneingelöste Punkte des Vorvertrags vom Mai 1921: die Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit auf das deutsch-sowjetrussische Verhältnis²⁰⁹ und die konsequente Einhaltung des Propaganda-Verbots durch Sowjetbürger auf deutschem Gebiet²¹⁰.

In seiner endgültigen Form umfasste der Vertrag nebst Präambel und geheimem Notenaustausch²¹¹ sechs Artikel, von denen drei das Ergebnis der festen Position Rathenaus in Berlin und Rapallo waren²¹². Artikel 1 sicherte den russischen Verzicht auf die Anwendung von Art. 116 des Versailler Vertrags im Rahmen eines gegenseitigen Verzichts auf Kriegskosten und Kriegsschädenersatz. In Artikel 2 verzichtete die Reichsregierung zwar auf Schadensersatz für das durch die Revolution verstaatlichte („sozialisierte“) private und staatliche deutsche Eigentum, machte diesen Verzicht aber vom künftigen Verhalten der Sowjetregierung in der Sozialisierungsfrage gegenüber dritten Mächten abhängig und sicherte darüber hinaus für deutsche Unternehmen in Russland Rechtsgleichheit mit Unternehmen dritter Länder; er schuf damit nur bedingt das von Lenin erhoffte Präjudiz. Artikel 3 regelte die Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen. Artikel 4 wandte den Grundsatz der Meistbegünstigung auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen an. Artikel 5 behandelte die Frage eines deutschen Beitritts zum internationalen Konsortium im Sinne eines Kompromissvorschlages Rathenaus, der es – entgegen den Vorlagen Maltzans – abgelehnt hatte, sich die Hände binden zu lassen: Beide Länder sollten im Falle einer

sern.“ Hilger, *Kreml*, S. 87 f. Am 5. 11. 1922 wurde der Rapallo-Vertrag durch ein von Maltzan und Krestinskij gezeichnetes Abkommen auf die übrigen Sowjetrepubliken ausgedehnt.

²⁰⁷ Vgl. DSB, Bd. II, Nr. 271, S. 589 f., und DVP SSSR, Bd. V, Nr. 129, S. 262 f.

²⁰⁸ Wirth an Ebert, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 66, S. 140. In der Folge verlangte Rathenau – wie die Aufzeichnung über sein Gespräch mit Tschitscherin (6. 6. 1922) belegt – der sowjetrussischen Seite diese Informationen unnachgiebig ab, in: Ebenda, Nr. 118, S. 248 f.

²⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 249, und Nr. 143, S. 298.

²¹⁰ So hat er Litwinow aufgefordert, die Propaganda-Tätigkeit Radeks zu unterbinden und „auf erneute Vorstellungen“ erreicht, dass Radek nach Moskau abreisen musste, in: Ebenda, Nr. 85, Anm. 3, S. 174.

²¹¹ Vertragstext in: Deutsches Reichsgesetzblatt 1922, II, Nr. 18; (Vertrauliche) Note Tschitscherins an Rathenau, in: PA AA, Akten Bd. 5, betr. Vertrag mit Russland, erstmals veröffentlicht bei Theodor Schieder, *Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags*, in: *Historische Zeitschrift* 204 (1967), S. 545–609, hier S. 608; gleichlautende Note Rathenaus an Tschitscherin, von sowjetischer Seite erstmals (mit Vertragstext und Note Tschitscherins) veröffentlicht in: DVP SSSR, Bd. V, Nr. 122,2, S. 225f.

²¹² Vgl. die Synopse von Protokollentwurf Maltzans und endgültigem Vertrag, in: Helbig, *Träger*, S. 79 ff. Zur Interpretation zuerst ebenda, S. 82 ff., zuletzt Linke, *Deutsch-sowjetische Beziehungen*, S. 210 ff.

Regelung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus „auf internationaler Basis“ in vorherigen Gedankenaustausch eintreten (bzw. laut Notenanhang „nach vorheriger Vereinbarung“ teilnehmen). Darüber hinaus erklärte die deutsche Seite ihre Bereitschaft, „die ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern“ (sowie in der Geheimnote „volle Handlungsfreiheit in Bezug auf etwaige selbständige industrielle und kaufmännische Unternehmungen in Russland außerhalb des Rahmens des internationalen Wirtschaftskonsortiums“ zu wahren). Artikel 5 bezog sich hiermit vordergründig auf die schwebenden zivilen Wirtschaftsverhandlungen mit deutschen Firmen, an denen auch Rathenau vor Antritt seines Ministeramtes für die AEG beteiligt war; hintergründig lag die Bedeutung dieser Bestimmung jedoch in der Legitimierung und staatlichen Förderung der Militär- und Rüstungsk Kooperation: Für die Sowjetregierung sowie die beteiligten deutschen Ressorts und Unternehmen bedeutete sie den Durchbruch zu offizieller Tolerierung (unter Aufrechterhaltung der Tarnung) der Verträge und staatlicher deutscher Finanzierung bzw. Finanzgarantie auch über das Kabinett Wirth hinaus. Diese Bestimmung gab Raum für die organisierte staatliche Förderung der Militärkooperation – zu Lasten des Staatshaushalts – als eines Basiselements der sog. Rapallo-Ära²¹³.

Rathenau ergriff und unterstützte unmittelbar nach dem Vertragsabschluss Initiativen zur Realisierung ziviler Konzessionen und für die Bevölkerung beider Seiten nutzbringender Wirtschaftsverträge, während er die Entstehung und Abwicklung von militärischen und Rüstungsvorhaben nach Möglichkeit unterband²¹⁴. Zugleich bemühte er sich bereits in Genua, die Beziehungen zu Polen und den Staaten der Kleinen Entente zu verbessern und durch vertrauensvollen Umgang mit ihren Vertretern ein Gegengewicht zu den bestehenden Revisionsplänen zu schaffen, das geeignet wäre, auf längere Sicht die Oberhand zu gewinnen.

Artikel 6 sah vor, dass Artikel 1b (Grundsatz der Gegenseitigkeit bei der Behandlung aller durch den Kriegszustand betroffenen Rechtsbeziehungen) und Artikel 4 (Grundsatz der Meistbegünstigung) der Ratifizierung bedurften, während die übrigen Bestimmungen sofort in Kraft traten. Die Ratifizierung erfolgte am 16. Mai in Moskau und am 4. Juli in Berlin.

Nachspiel: Die Versuche der Annullierung des Vertrags

Der Fortgang der Genueser Konferenz, die durch den deutsch-sowjetrussischen Vertrag zum Erlahmen kam, ist detailliert dokumentiert worden. Das gilt nicht für die weitere Teilnahme der sowjetrussischen Delegation und die deutschen

²¹³ Wirth, „Nachtrag zur Ostpolitik“ (1942), S. 2 f., in: BA, N 1342/136: „Die militärischen Konsequenzen des Rapallovertrages in der Öffentlichkeit darzutun und zu behandeln, war ich nie in der Lage [...]. Bisher war mir [...] der Mund verbunden.“

²¹⁴ Aus sowjetischer Sicht hat die deutsche Seite diese Bestimmungen des Vertrags in den ersten Wochen nach Abschluss des Rapallo-Vertrags „zum toten Buchstaben“ gemacht und die Verhandlungen Ende Mai 1922 gänzlich eingestellt; Kobljakov, Bresta, S. 230.

Versuche, den Rapallo-Vertrag zu annullieren. Der Nachlass Wirths enthält auch hierzu erhellende Mitteilungen und charakteristische Auslassungen.

In seiner „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag“ von 1933 schrieb Wirth: „Der Abschluß des Rapallo-Vertrages wirkte auf die Genueser Konferenz wie eine Bombe. Man kann schon von einem Sturm sprechen. [...] Die ernsteste Gegnerschaft erwuchs uns in der Person des englischen Staatsmannes Lloyd George. Man sagte mir, dass er gerast habe wie in den Tagen des Kriegsbeginns. Es kam auch zu einer Zusammenkunft mit Lloyd George und mir in der Villa Alberti [sic]. Lloyd George verlangte von mir, den Rapallo-Vertrag zurückzunehmen. Es war eine große, schwere Stunde, in der ich als Kanzler mich zu entscheiden hatte. Ich erwiderte Lloyd George, dass ich bereit sei, den Vertrag in die Akten der Genueser Konferenz ziehen zu lassen, dass wir aber nicht willens sind, den Vertrag zurückzuziehen. Es kam zu mehrmaligen Besprechungen mit Lloyd George, die aber an der Tatsache des Rapallo-Vertrages nichts mehr geändert haben. Schließlich fanden sich auch die hitzigsten Gegner mit dem Vertrag ab.“²¹⁵ In „Genua 1922“ von 1942 spitzte Wirth die Darstellung weiter zu: „Lloyd George tobte in toller Weise. Er schrie wie der Stier von Uri. Er verlangte von mir in einer scharfen Unterredung die Zurückziehung des Vertrages. Dieses wurde abgelehnt. Ironisch bot ich an, den Rapallovertrag in die Konferenzakte einbeziehen zu lassen. [...] Lloyd George war dann der erste, der erklärte: ‚The incident is closed.‘ In der höchsten Spannung verbreiteten wir das Gerücht, der deutsche Sonderzug werde zur Abholung der Deutschen bald erscheinen. Der schwarze Schwan hat seine Schuldigkeit getan.“²¹⁶ Diese Darstellung wirft neues Licht auf die Reaktion des britischen Premierministers, dem deutsche und sowjetische Historiker Nachsicht, wenn nicht Sympathie für den deutsch-russischen Brückenschlag nachsagten. Sie betont die Schwere der Gewissensprobe, auf die sein Verlangen Wirth stellte. Sie fügt mit dem erwähnten Gerücht ein weiteres, taktisches Detail in die Erörterung ein. Unerwähnt blieben die Annullierungsbemühungen.

Diese erfolgten im Zuge der wachsenden Bewusstwerdung der wirklichen Hintergründe: Nach dem am Ostersonntag „in überstürzter Eile“²¹⁷ gegen den Willen Rathenaus durchgepeitschten Vertragsabschluss trat zu Beginn der Woche eine Phase der Besinnung ein. Wirth stellte nun mit Befremden fest, dass die Verhandlungen zwischen den Ententemächten und den Sowjetrussen fortgesetzt wurden²¹⁸; diese Beobachtung sowie das durch die heftige Reaktion der in Genua vertretenen Mächte auf das deutsch-russische *fait accompli* ausgelöste Schwanken Wirths gaben dem Außenminister neue Möglichkeiten. Dieser überprüfte rückblickend die ihm vorgespiegelten Argumente und entdeckte dabei so gravierende Inkongruenzen, dass er bald an die Kündigung des Vertrags dachte²¹⁹. So erwies

²¹⁵ BA, N 1342/77.

²¹⁶ S. 3, in: BA, N 1342/136.

²¹⁷ Brandt, Europa, S. 135.

²¹⁸ Wirth an Ebert, 20. 4. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 65, Anm. 2, S. 140.

²¹⁹ Walter Grottian, Genua und Rapallo 1922. Entstehung und Wirkung eines Vertrages, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/62, 20. 6. 1962, S. 305–316, und B 26/62, 27. 5. 1962, S. 317–

sich, dass die von Giannini am 14. April 1922 vorgetragene Version, nach der die Verhandlungen in der Villa d'Albertis erfolgreich verliefen, auf Informationen Dritter zurückgehen musste, da Giannini selbst dort gar nicht anwesend gewesen war²²⁰. Die Protestnote, die die einladenden Staaten am 18. April 1922²²¹ an die deutsche Delegation richteten, hob hervor, dass die Deutschen den Vertrag „ohne Vorwissen ihrer Kollegen insgeheim“ geschlossen hatten, und stellte damit die Behauptungen Maltzans in Frage, er habe die britische Seite durch E. Frank Wise hinreichend über die Schritte der Annäherung unterrichtet. Das Gespräch mit Premierminister Lloyd George am 19. April 1922 brachte weitere Klarheit²²².

328, hier S. 324, stellte fest, dass bereits am Ostermontag der Sinn der sowjetischen Taktik klar wurde; Bonn, Geschichte, S. 266, erfuhr, Rathenau habe sehr bald „seinen fatalen Irrtum eingesehen“; Sir Philip Lloyd-Greame hielt für den Abend des 17. 4. 1922 Rathenaus Bemühungen um ein Verständigung mit den Briten fest: Viscount Swinton, I Remember, London 1948, S. 21 f. Das Zentralorgan der KPD, „Rote Fahne“, deutete in den Ausgaben vom 18. und 19. 4. 1922 an, Rathenau könnte sich sehr bald von diesem Vertrag distanzieren.

²²⁰ Die Berichte über die Mitteilungen Gianninis vom 14. 4. 1922 wurden nachträglich, zur Legitimierung des Vertragsabschlusses, verfasst; vgl. Aufzeichnung Min.dir. Oskar Müller, basierend auf Informationen Maltzans an den nicht anwesenden Müller, vom 18. 4. 1922; in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 60, S. 131–134; Akten der Reichskanzlei. Kabinette Wirth, Bd. 2, Nr. 246, Anm. 2; Konferenztagebuch, Anhang „Unterhaltung mit Giannini“, (wie Anm.: 94); vgl. Fink, Conference, S. 165, Anm. 78. Nach Klärung verlangt die Fehlidentifizierung von Dr. Francesco Giannini (Finanzrat an der Italienischen Botschaft London und als Experte für russische Wirtschaftsfragen Mitautor des „Londoner Memorandums“) als Amedeo Giannini, Leiter des Pressebüros der Konferenz, durch Maltzan, Müller u. a. Francesco Giannini war der Besucher Wirths, welcher dessen Mitteilungen eine tendenziöse Wendung gab; vgl. Akten der Reichskanzlei. Kabinette Wirth, Bd. 2, Nr. 248. Giannini galt in London und Rom als Befürworter enger Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland, besaß mehrjährige einschlägige Verhandlungserfahrungen und war mit sowjetrussischen Politikern, unter ihnen Krasin, persönlich bekannt. Er war für den Obersten Rat in Reparationsfragen tätig und hatte, zusammen mit E. Frank Wise, bereits in Spa (14. 7. 1920) Kontakt zu Rathenau gesucht. Ab Beginn der Genueser Konferenz wurde er von Krasin mehrfach nach Rapallo eingeladen. Der Inhalt ihrer Gespräche ist unbekannt. In Unkenntnis einschlägiger Quellen Russlands, Italiens und Großbritanniens besteht der Eindruck, dass seine Mitteilungen über die angeblich erfolgreich verlaufenden, inoffiziellen Verhandlungen der Ententevertreter mit Tschitscherin/Litwinow aus Desinformation oder Hoffnungen Krasins (der von Lenin und Stalin gemaßregelten „Taube“ der sowjetrussischen Delegation), realitätsfernen Erwartungen des Gastgebers Italien an die Konferenz und/oder akademischer Befangenheit gegenüber dem Londoner Experten-Memorandum resultierten. Es bleiben wichtige Fragen offen, die nach weiteren Recherchen verlangen.

²²¹ Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, Büro des Reichspräsidenten/Präsidialkanzlei R 601/1165, S. 294 f.

²²² Konferenztagebuch, S. 13, Verweis auf Anlage 8 II (wie Anm. 94); Aufzeichnung über Unterredung mit Lloyd George am 19. 4. 1922, Abschrift (ohne Datum und Verf.), in: PA AA, Büro RM, 5h adh. 2, Bd. 2; Documents on British Foreign Policy (künftig: DBFP), Bd. XIX, Nr. 78; Akten der Reichskanzlei. Kabinette Wirth, Bd. 2, Nr. 249, Anm. 2. Eine hiervon abweichende Darstellung liefert eine ungezeichnete Mantlerdepesche „Zur Information“ vom 19. 4. 1922, die sich in den Akten des Büro Reichspräsident/Präsidialkanzlei befindet; Rosenfeld, Sowjet-Rußland, S. 384, schrieb sie Oskar Müller zu. Sie unterstellte unter Stützung auf Havas Wirths Bereitschaft zur Annullierung sowie Rathenaus uneinsichtiges Beharren. Es dürfte sich um Desinformation mit dem Ziele handeln, das Ansehen Wirths beim Reichspräsidenten zu heilen, das Rathenaus hingegen zu zerstören. Herkunft und Entstehung verlangen nach Klärung. Mantler-

Lloyd George wiederholte den Vorwurf der Illoyalität und distanzierte sich von seinen angeblichen Beratern („Who is Mr. Wise?“²²³). In seinen Augen hatte den Auskünften Gianninis ein Missverständnis zugrunde gelegen. Außerdem beklagte er das unprofessionelle Verhalten der Deutschen (neben Rathenau und Wirth Maltzan sowie Dufour als Dolmetscher), die ungeeignete Kontaktpersonen benutzt und voreilige Schlüsse gezogen hätten. Er forderte die deutschen Delegierten auf, den Vertrag zurückzunehmen oder aus der Kommission für die russische Frage auszuscheiden.

Rathenau verschloss sich dieser Forderung nicht und versprach, nach Rücksprache mit der russischen Seite den persönlichen Sekretär des Premierministers über das Ergebnis zu informieren. Im Falle einer russischen Ablehnung schlug er den Kompromiss vor, den Vertrag zu einem späteren Zeitpunkt in die Akte der Gesamtkonferenz einzubeziehen. Diesen Vorschlag reklamierte Wirth in seinen Erinnerungen für sich selbst. Auch Reichspräsident Friedrich Ebert betrachtete eine solche Möglichkeit in seinem Telegramm vom 20. April 1922 als einen geeigneten *modus procedendi*, um die negativen Auswirkungen des Rapallo-Vertrags abzuschwächen²²⁴. Dieses Verfahren hätte für Rathenau den Vorteil besessen, dass der bedingte deutsche Verzicht auf Ersatz für Sozialisierungsschäden auf den Prüfstand der Konferenz gestellt worden wäre. Mit dem Wegfall des Verzichts auf Schadensersatz für die enteigneten Werte aufgrund der zu erwartenden negativen Beantwortung dieser Frage durch die Westmächte wäre auch das eigentliche Skandalon des deutsch-sowjetrussischen Vertrags hinfällig und das Einvernehmen

depesche, ungezeichnet, nach Art der vorausgegangenen Depeschen Oskar Müllers, in: BA Berlin, Bestand Büro des Reichspräsidenten/Präsidialkanzlei R 601/1165, S. 300 ff.

²²³ D’Abernon, Ambassador, Bd. I, S. 322. E. („Evgenij“) Frank Wise war Sachbearbeiter für Russland im Board of Trade mit guten Beziehungen zu sowjetrussischen Politikern. Lloyd George hatte ihn um 1920 zum British Representative on the Permanent Committee of the Inter-Allied Supreme Council ernannt und zog seine Denkschriften über die sowjetrussische Wirtschaftsentwicklung heran (so im Vorfeld des britisch-sowjetrussischen Handelsvertrags vom 16. 3. 1921). Das Foreign Office sah in ihm einen fellow-traveller der Bolschewisten (vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 71, S. 155 f.) und wachte argwöhnisch über seine Stellung beim Premierminister. In Genua war Wise go-between Lloyd Georges zur Sowjetdelegation. Nach Klärung verlangt das Zusammenspiel Maltzan-Wise und der Umstand, dass Maltzan gerade ihn als vertraulichen Botengänger zwischen Rathenau und Lloyd George in deutsch-britischen Fragen einschaltete: Fest steht, dass Wise zur Verschlechterung dieser Beziehung beitrug – zuletzt verhinderte er die Benachrichtigung Lloyd Georges über die bevorstehende Fahrt nach Rapallo am Morgen des 16. 4. 1922 und erwieß damit Tschitscherin den größten Dienst. In seinen Berichten an das AA verlangte Maltzan die Geheimhaltung seines Namens – eine höchst ungewöhnliche Vorkehrung; vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 59, S. 122. Der abwesende britische Außenminister Lord Curzon sah in der Anwesenheit des „arch-Bolshevik“ Wise in Genua den Vorboten des desaströsen Misserfolgs der Konferenz; vgl. Harold Nicolson, Curzon: The last Phase, 1919–1925, New York 1929, S. 245. Nach dem Scheitern der inoffiziellen Verhandlungen in der Villa d’Albertis schien sein Stern bei Lloyd George im Sinken; vgl. DBFP, Bd. XIX, S. 393, Note 11. Nach der Wahlniederlage Lloyd Georges (November 1922) quittierte Wise den Dienst und trat in die Sowjet-Handelsvertretung Arcos in London ein. Diese und andere Tatsachen sprechen dafür, dass der frühere Leiter der christlichen Studentenbewegung in der Tat eine ideologische Konversion zum Wegbereiter der Außenpolitik Lenins vollzogen hatte.

²²⁴ Reichspräsident an Reichskanzler, 19. 4. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 65, S. 139.

mit den Mächten der Großen und Kleinen Entente herstellbar geworden²²⁵. Lloyd George hielt diesen Kompromiss aber für „kaum empfehlenswert“ und seine Forderung an Deutschland aufrecht.

Nach sowjetischen Angaben wurde die russische Delegation danach von deutscher Seite „wiederholt und beharrlich gebeten, den Rapallo-Vertrag zu annullieren“.²²⁶ Der erste aktenkundige Versuch wurde am Nachmittag des 19. April im Gespräch mit Tschitscherin unternommen²²⁷. Das Konferenz-Tagebuch hielt fest: „Besprechung mit Tschitscherin [...] Zurücknahme des Vertrages wurde abgelehnt.“ Nach den Mitteilungen Rathenaus an die britische Seite lehnte es Tschitscherin unumwunden ab, über eine Annullierung des Vertrags auch nur zu sprechen. Er habe erklärt, „that the Russians had got hold of a good thing and would be fools to let it go“. Da Tschitscherin seine Verhandlungen mit den Entente-Vertretern aber nicht gefährden durfte, stimmte er zu, eine geeignete gemeinsame Formel zu finden, etwa den Aufschub der Anwendung des Vertrages bis zum Ende der Konferenz. Er war auch zu vertraglichen Änderungen bereit, wollte aber für jede „formale Modifikation Konzessionen erlangen“. Sollte es zu der von Rathenau angeregten Kompromisslösung und damit zur Einbeziehung des Vertrags in die Generalakte der Konferenz kommen, sollten die deutsch-sowjetrussischen Sonderabmachungen aufrechterhalten werden – ein Hinweis auf Artikel 5 und den geheimen Notenanhang.

Nach späteren Mitteilungen Tschitscherins an Brockdorff-Rantzau wollte Rathenau „den Vertrag rückgängig machen.“ Tschitscherin habe ihm erklärt, dass er sich „auf ein solches Ansinnen nicht einlassen könne, aber bereit sei, das Odium gegenüber der Entente auf mich zu nehmen. Darauf unterschrieb Rathenau ein Protokoll, in dem nachgewiesen wird, dass ich unmöglich von dem Vertrage zurücktreten könne!“²²⁸.

Diese Darstellung Tschitscherins ist nicht frei von Entstellungen. So beruhte seine angebliche Bereitschaft, das Odium für den Vertrag auf sich zu nehmen, nicht allein auf einer Fehldatierung. Ein, bis zwei Tage nach der Unterredung mit Rathenau ging Tschitscherin die entsprechende Weisung des Politbüros zu: Das Chiffre-Telegramm des Außenkommissariats („Vom Politbüro“) vom 20. April 1922 rügte ihn scharf, dass er trotz des Abschlusses des Rapallo-Vertrags noch keinen durchschlagenden Erfolg bei der Herbeischaffung einer großen westlichen

²²⁵ Nach sowjetischen Angaben drängten deutsche Delegierte die Russen mit größter Beharrlichkeit zu Verhandlungen mit den Briten, durch die der bedingte deutsche Verzicht hinfällig würde; vgl. Kobljakov, Bresta, S. 206.

²²⁶ Vgl. ebenda.

²²⁷ Konferenztagebuch, S. 13 f. (wie Anm. 94); die (falsifizierende) Aufzeichnung (Maltzans) „Ergebnis der Besprechung mit den Russen am 19. April nachmittags“ in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 62, S. 136; Akten der Reichskanzlei. Kabinette Wirth, Bd. 2, Nr. 249, S. 712ff.; Mitteilungen Tschitscherins an Rantzau, 9. 9. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 193, S. 404; DBFP, Bd. XIX, Nr. 78, Note 19, S. 462, Nr. 79, Note 4, S. 464, und Nr. 80, S. 472 ff.

²²⁸ Tschitscherin forderte Rantzau im Gespräch (9. 9. 1922) auf, in den Akten des AA dieses „besondere Protokoll“ einzusehen, um sich vom problematischen Charakter des Vertrags von Rapallo zu überzeugen. ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 193, S. 404.

Anleihe erzielt hatte. Eine Annullierung oder Modifizierung des Vertrags aber wurde grundsätzlich abgelehnt: „Wir bestehen auf der unbedingten Notwendigkeit, unseren Vertrag mit Deutschland prinzipiell und fest zu verteidigen – [ebenso/ist es] unser Recht, derartige Verträge zu schließen, ohne jemanden darüber in Kenntnis zu setzen. Verteidigt maximal die Interessen und Rechte Deutschlands.“²²⁹

Diese Linie verfestigte sich im Politbüro in den nachfolgenden Wochen in dem Maße, in dem die Aussicht auf den großen Kredit der Westmächte sank. Es war dies allerdings keine prinzipielle, sondern eine taktische Linie, die verlassen werden konnte, wenn sich doch noch eine größere westliche Anleihe abzeichnen sollte. So findet sich in den sowjetrussischen Akten zur Genueser Konferenz das bemerkenswerte Telegramm, das Stalin in seiner Eigenschaft als ZK-Sekretär auf Vorlage Lenins nach Annahme durch das Politbüro des ZK der RKP(b) am 9. Mai 1922 an Tschitscherin richtete: „In Anbetracht des russisch-deutschen Vertrags, seiner Aufnahme in Deutschland, seines Einflusses auf Italien und der Schlägerei der Mächte um Ölkonzessionen, sind wir zu der Schlussfolgerung gelangt, dass es für uns am richtigsten ist, all unsere auswärtige Politik jetzt darauf aufzubauen, im Verlauf einer bestimmten Zeitspanne von nicht weniger als einigen Monaten [sic] alles, rein alles nur auf der Basis des russisch-deutschen Vertrages aufzubauen, nachdem wir ihn zum einzigen Musterbeispiel erklären, von welchem wir nur ausschließlich wegen größerer Vorteile abweichen [sic]. Versucht, das in der Form der Sprengung der Konferenz vorzubereiten.“²³⁰ Diese Weisung wurde angesichts des für Sowjetrussland ernüchternden Ausgangs der Genueser Konferenz noch vor ihrer Beendigung auf Vorlage Lenins vom Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee (VCIK) in Ermangelung vorteilhafterer Verträge mit den kapitalträchtigen Staaten zur allgemeinen Richtlinie für Verträge mit kapitalistischen Staaten erhoben²³¹. Zunächst als taktische Maßnahme für die Dauer einiger Monate vorgesehen, wurde sie schließlich zur ideologischen Richtschnur der sowjetischen Außenpolitik für Jahrzehnte.

Nach den Mitteilungen Tschitscherins an Rantzau war Rathenau stark an der Annullierung des Vertrags interessiert²³². Er verfasste nach der Ablehnung Tschit-

²²⁹ Karachan (Politbüro) an Tschitscherin, 20. 4. 1922, in: AVP SSSR, Fond 10go otd. MID SSSR, op. 1, por. 159, l. 22, Isch. Genuja 1922 g.

²³⁰ Der Sekretär des ZK, Stalin, an Tschitscherin, 9. 5. 1922, in: Ebenda; Vladimir Il'ič Lenin, Polnoe Sobranie Sočinenij, Moskau 1970, Bd. 45, S. 185.

²³¹ Projekt Postanovlenija VCIK po očetu delegacii na Genuezkoi konferencii, 15. oder 16. 5. 1922, in: Lenin o Vnešnej Politiki Sovetskogo Gosudarstva, Moskau 1960, S. 488 f., wo es heißt, dass „wirkliche Rechtsgleichheit zweier Eigentumssysteme, und sei es auch als ein zeitweiliger Zustand [sic], [...] nur im Rapallo-Vertrag gegeben ist. Deshalb begrüßt der VCIK den Rapallo-Vertrag als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und der Kriegsgefahr (solange zwei Eigentumssysteme bestehen bleiben, unter ihnen ein so veraltetes, wie das kapitalistische Eigentum); erkennt als üblich für die Beziehungen der RSFSR mit den kapitalistischen Staaten n u r Verträge dieses Typs an.“

²³² Die britische Delegation wurde von deutscher Seite wiederholt ersucht, Druck auf Tschitscherin zwecks Annullierung des Vertrags auszuüben, lehnte dies aber ab; vgl. DBPF, Bd. XIX, Nr. 78, N. 19, Nr. 79, N. 4 u. 6.

scherins ein Protokoll, in dem er seine Position – zur Information des Reichspräsidenten (und der Nachwelt) – niederlegte: In diesem besonderen Protokoll führte er den „Nachweis“, dass es Tschitscherin (zweifelloos aus internen russischen Gründen²³³) ablehnen müsste, vom Vertrag zurückzutreten. Dieses äußerst wichtige Protokoll befindet sich nicht (mehr) in den Akten des Auswärtigen Amts. Auch andere Querverweise existieren nicht (mehr).

Ernstzunehmende Indizien sprechen dafür, dass Rathenau nach seinen fehlgeschlagenen Versuchen einer beiderseitigen Annullierung des Vertrags seine einseitige Aufhebung anstrebte. Den letzten Anstoß hierzu gaben die bereits erwähnten Reden Radeks vom 28. April 1922, denen zufolge der deutschen Delegation angesichts des von russischer Seite aufgebauten starken Drucks keine andere Wahl geblieben sei, als den Vertrag zu unterzeichnen. Diese Reden führten zu einer weiteren Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden Delegationen. Während Rathenau sich einerseits bemühte, die russische Seite durch geeignete Beeinflussung und Lenkung, „soweit es sich mit dem Gewissen vereinbaren lässt“²³⁴, an die Westmächte heranzuführen, erwog er andererseits die einseitige Aufkündigung des Vertrags. Er drohte mit einem Finanzboykott gegen Russland, sollte die russische Delegation die Konferenz sprengen²³⁵, und lehnte die Erörterung der Ausdehnung des Vertrags auf die anderen Sowjetrepubliken ab²³⁶.

Die Gesprächsbeziehung zwischen den beiden Delegationen verschlechterte sich so sehr, dass die sowjetrussische Delegation in der ersten Mai-Woche ernstlich um den Bestand des Vertrags fürchtete. Sie konzentrierte ihre Hoffnungen zunehmend auf die Festigkeit des Kanzlers. So klagte Tschitscherin in seinem Bericht vom 7. Mai 1922 über die Probleme, die seiner Delegation aus dem Unverständnis anderer Instanzen (Komintern) erwüchsen, und hob insbesondere die „widersprüchliche Lage“ hervor, die in Deutschland infolge der Einflussnahme Radeks auf die Kommunisten entstanden sei: „Wir benötigen in denkbar stärkster Weise die Erhaltung des deutsch-russischen Vertrags von Rapallo. Zu diesem Ziele brauchen wir Wirth, der Deutschland überhaupt in diese Richtung führt. Demgegenüber führen die Kommunisten eine Kampagne zur Absetzung Wirths und zur Schaffung einer reinen Arbeiterregierung, d. i. mit großem Ein-

²³³ Rathenau hatte bereits nach Vertragsabschluss auf die äußerst bedrängte Lage der Mitglieder der sowjetrussischen Delegation, insbesondere Tschitscherins gegenüber seiner Regierung, und die Tatsache hingewiesen, dass dieser nicht ohne Erfolge zurückkehren dürfe, und diesen Standpunkt auch später wiederholt.

²³⁴ Rathenau an Raumer, 5. 5. 1922, in: Rathenau, Europäer, S. 421.

²³⁵ „Die Deutschen gehen so weit, uns im Falle unserer Sprengung von Genua den Finanzboykott anzudrohen. Ihr Ziel ist es, um jeden Preis England und Italien von Frankreich loszureißen, indem sie sie mit Russland versöhnen.“ Litwinow an NKID, Kopie an Politbüro, Genua, 8. 5. 1922, in: AVP SSSR, Fond 10go otd. MID SSSR op. 1, por. 158, p. 22, Vch. Genuja 1922 g.

²³⁶ Am 17. 5. 1922 teilte Litwinow Krestinkij mit: „Von der Behandlung der Ausdehnung des Rapallo-Vertrags auf die anderen Unionsrepubliken nehmen die Deutschen Abstand.“ Er schloss die Hoffnung an, dass „man“ später in Berlin zu einer Fortsetzung der Gespräche gelangen könnte, in: AVP SSSR, Genuzskaja Konferencija, Sekretnyj Archiv, NKID, op. 5, p 8, d 25.

fluss der Scheidemänner, der Hauptgegner des Rapallo-Vertrags und dieser ganzen Politik. Eine Absetzung Wirths ist ein starker Schlag gegen unsere Politik, und seine Ersetzung durch die Scheidemänner bedeutet das Ende dieser Politik und höchstwahrscheinlich die Absage Deutschlands an den Rapallo-Vertrag.“ Er forderte deshalb Maßnahmen zur Einstellung dieser „für uns im hohen Maße nicht wünschenswerten Kampagne“ der deutschen Kommunisten gegen Wirth²³⁷. Am 13. Mai wiederholte der Stellvertreter Tschitscherins, Maksim Litwinow, in einem Schreiben an Nikolaj Krestinskij, den Bevollmächtigten Vertreter und späteren Botschafter der Sowjetregierung in Berlin, die Klagen Tschitscherins und wies auf die Probleme hin, die der russischen Delegation aus dem Fehlverhalten Radeks in Genua erwachsen: „Ich befürchte ernstlich, dass die Verbreitung des Zwischenfalls und die Aussprache im preußischem Landtag sogar Wirth nicht erlauben, Radek Schützenhilfe zu leisten.“²³⁸ Diese Sorgen hielten bis zur deutschen Ratifizierung des Vertrags an²³⁹.

Zehn Tage vor der geplanten Ratifizierung erstickte Wirth eine aus sowjetrussischer sowie eigener Sicht höchst ungelegene internationale Diskussion über die Bereitschaft Rathenaus, den Vertrag einseitig aufzuheben, durch eine resolute Intervention im Keime. Am 24. Juni 1922 – dem Tage der Ermordung Rathenaus²⁴⁰ – veröffentlichte der Daily Telegraph eine Meldung, nach welcher Rathenau Vertretern der britischen und italienischen Delegation in Genua den Vorschlag unterbreitet habe, den „Vertrag zu annullieren, wenn Alliierte versprechen würden, die Reparationsfrage noch in Genua zu diskutieren und zugunsten Deutschlands zu regeln“. Nach zuverlässiger Information des deutschen Botschafters in London, Friedrich Sthamer, stammte diese Meldung von Francesco Gianini, der behauptet habe, dass die Äußerung Rathenaus „vor Lloyd George, Schanzer und Grigg in seiner Gegenwart gefallen sei“²⁴¹.

Unveröffentlichte sowjetische Dokumente bestätigen die Wahrscheinlichkeit dieser Behauptung. So teilte Litwinow dem Außenkommissariat unter dem Hinweis besonderer Wichtigkeit und Eile („Für Politbüro“) am 5. Mai 1922, vor dem Hintergrund des zunehmenden Moskauer Drängens zur „Sprengung“ der Konferenz aus Gründen ihrer finanziellen Ergebnislosigkeit, warnend mit: „Die politi-

²³⁷ Tschitscherin an Außenkommissariat, 7. 5. 1922, in: NKID, Ebenda, par p. 4, 1. Die Anregung Tschitscherins trug späte Früchte: Nach der Reichspräsidentenwahl 1925 teilte Botschafter Krestinskij Wirth mit, er hätte kandidieren, auf die Stimmen der Kommunisten setzen und die Wahl gewinnen können; Fragebogen Hoegner, I., A., 4., S. 11, in: BA, N 1342/18.

²³⁸ Litwinow an Krestinskij, 13. 5. 1922, in: AVP SSSR (wie Anm. 236).

²³⁹ „Die sowjetische Seite hatte allen Grund zum Zweifel an der deutschen Haltung.“ Kobljakov, Bresta, S. 229. So wurde noch bei Erörterung des Vertrags in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags am 30. 6. 1922 die Besorgnis Krestinskis hervorgehoben, der Reichstag könnte ohne Ratifizierung des Rapallo-Vertrags vertagt werden, und Maltzan die Angelegenheit zum „erledigen“ überlassen; dieser telegraphierte unmittelbar nach der Abstimmung am 4. 7. 1922 an Litwinow: „Rapallovertrag heute vom Reichstag ratifiziert.“ PA AA, Akten betr. Deutschland–Russland, April 1922, R 83437 ff.

²⁴⁰ Diese außergewöhnliche Koinzidenz gibt Anlass zu weiteren Untersuchungen über Zeitpunkt und Hintergründe des in zentralen Fragen unaufgeklärten Rathenau-Mordes.

²⁴¹ Telegramm Sthamers Nr. 173, 24. 6. 1922, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 134, Anm. 2.

schen Folgen der Sprengung können ernster sein, als Ihr es annehmt, und erschrecken besonders die Deutschen, denn das würde sofort auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Nicht ausgeschlossen ist auch die Möglichkeit der Annullierung des Rapallo-Vertrags durch Deutschland unter dem Eindruck von Drohungen oder Bestechung vonseiten Frankreichs.²⁴² Am 13. Mai 1922 schloss sich Tschitscherin unter dem Eindruck der Verdichtung dieser Befürchtung der Mahnung Litwinows an und telegraphierte – gemeinsam mit seinem Stellvertreter, ein Beweis für den Ernst der Lage – dem Außenkommissariat mit Weisung zur Weitergabe an das Politbüro die Warnung: „Verlaßt Euch nicht zu sehr auf Deutschland, es ist feige und unter dem Einfluss von Drohungen oder Almosen bereit, den Rapallo-Vertrag zunichte zu machen. Wie empörend ...“²⁴³

Anstelle seines ermordeten Ministers gab der Reichskanzler am 26. Juni 1922 eine Erklärung zur Meldung des Daily Telegraph ab, in welcher er ihren Wahrheitsgehalt verneinte.

Die Vorlage dieses Dementis trägt die Paraphen Wirths, Haniels, Simsons und Maltzans – ein Beweis für den Ernst, mit welchem Wirth die Beteiligten auf den Inhalt des Dementis als der offiziellen Lesart der Ereignisse festlegte. Er erklärte, dass sein „verstorbenen Freund niemals britischer und italienischer Delegation vorgeschlagen hat, Annullierung Rapallovertrages gegen Verhandlung Reparationsfrage in Genua einzutauschen“²⁴⁴. Wirth sicherte hierdurch sowie durch andere Maßnahmen²⁴⁵ mit tatkräftiger Unterstützung Seeckts, Hasses, Maltzans, Räumers und der ihnen folgenden Rechtsparteien die Ratifizierung des Vertrags. „Damit war eigentlich die politische Laufbahn auf dem Höhepunkt angelangt.“²⁴⁶ Die Erleichterung der Sowjetregierung hat ihr Wohlwollen gegenüber Wirth zementiert²⁴⁷.

Schlussfolgerungen

Der Stand der Erforschung des Rapallo-Vertrags von 1922 weist eine Reihe zentraler Lücken auf, die in Anbetracht seiner kardinalen Bedeutung für die deutsch-russische Geschichte im 20. Jahrhundert nach Schließung verlangen. Als

²⁴² Litwinow an Außenkommissariat für Politbüro, 5. 5. 1922, in: AVP SSSR, Fond 10go otd. MID SSSP, op. 1, por. 158, p. 22, Vch. Genuja 1922.

²⁴³ Tschitscherin, Litwinow an Außenkommissariat, Kopie an Politbüro, 13. 5. 1922, in: Ebenda.

²⁴⁴ Wirth an Botschaft London, in: ADAP, Serie A, Bd. VI, Nr. 134, S. 279.

²⁴⁵ Gegen eine Auflösung des Kabinetts oder andere denkbare Schritte des Reichspräsidenten in Reaktion auf den Abschluss des Rapallo-Vertrags hatten die Konspiranten „in Berlin unsere Gegenminen [sic] gelegt“; für die Annahme des Vertrags im Reichstag habe Wirth „alles eingesetzt, Amt und Würde; auch die Ehre war dabei im Spiel. Mein Sturz hätte doch auch den Sturz Seeckts herbeigeführt [sic].“ Aufzeichnung, 27. 6. 1942, S. 6, in: BA, N 1342/136.

²⁴⁶ Ostpolitik II, 17. 8. 1942, S. 3, in: BA, N 1342/136.

²⁴⁷ Die Sowjetregierung hat Wirth sein Leben lang episodisch begleitet. Nach Verlust des Kanzleramtes im November 1922 leitete Wirth eine große Holzkonzession nordöstlich von Moskau (Mologales). Auf sowjetische Veranlassung trat er in der Kanzlerwahl 1953 als „Kanzler von Rapallo“ unter gesamtdeutschen Farben an. Er verlor die Wahl – im Unterschied zu 1921 – gegen Dr. Konrad Adenauer.

Beispiel ungenügend genutzter Quellen wurde hier der Nachlass von Joseph Wirth herangezogen. Die in ihn eingegangenen Dokumente beweisen klar und nachvollziehbar, dass die Motive für die Herstellung der Vertragssituation im revisionspolitischen Gedanken lagen. Die Intentionen der Urheber des Vertrags waren primär militärpolitischer Art – die bündnisartige Bindung Deutschlands an Sowjetrussland sollte für einen begrenzten Zeitraum abschreckenden und defensiven Zielen dienen, enthielt jedoch von Beginn an einen jederzeit zu entfaltenden offensiven Zweckcharakter, der als der eigentliche und definitive Sinn dieser ungewöhnlichen Allianz galt. Die Vertragsparteien verfolgten eindeutig das militärpolitische Ziel der Revision der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage; die Deutung des Rapallo-Vertrags als eines Instruments zur Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts durch Stärkung der deutschen Position in Anlehnung an ein erstarkendes Russland entstand erst als Element seiner (Schein-)Legitimierung im Vollzug der Verhandlungen.

Wirth schuf die Grundlagen für den Vertrag als Reichsfinanzminister und verstärkt als Reichskanzler nicht autonom. Vielmehr nahm er die bereits bestehenden Initiativen der revisionswilligen Eliten in Reichswehr, Schwerindustrie und Auswärtigem Amt in seine Politik auf, indem er diesen restaurativen Kräften verfassungswidrige Freiräume zur Verfolgung ihrer Ziele gewährte. Gleichwohl rang er um eine zweite Option: Mit der Ernennung des westorientierten, als Finanzfachmann im In- und Ausland anerkannten und für seine Entschlossenheit zur Rettung Deutschlands aus schwierigster Lage bekannten Industriellen und Intellektuellen Walther Rathenau zum Außenminister unternahm er den Versuch, eine außenpolitisch erfolgsverheißende und innenpolitisch durchsetzbare Erfüllungspolitik (temporär) mit den Prämissen der geplanten „aktiven Ostpolitik“ zu verbinden.

Dieser Versuch scheiterte nach zehn Wochen am Drängen der revisionistischen Kräfte und der mit ihnen kooperierenden Vertreter der Regierung Lenins, Deutschland in eine einseitige Bindung an Sowjetrussland zu führen. Die Sowjetregierung sah hierin – neben der Ausweitung der deutsch-sowjetrussischen Militärkooperation und Sicherung ihrer Ziele – eine taktische Maßnahme zur Spaltung der europäischen Mächte mit dem Zweck ihres Verzichts auf Regelung der Schuldenfrage sowie zur Erlangung größerer finanzieller Mittel zur Sicherung des eigenen Machtbestandes.

Die Sowjetregierung und die mit ihr kooperierenden Kräfte nutzten die internationale Konferenz von Genua als Rahmen, um unter Pressionen und Täuschung eine Situation herbeizuführen, in der Rathenau keine andere Wahl blieb, als dieser einseitigen Bindung unter den noch möglichen, fundamentalen Korrekturen der Vertragsgrundlage zuzustimmen und das Odium des Vertragsabschlusses mit den aus ihm resultierenden Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Die in Reaktion auf diesen Separatvertrag entstandene Situation auf der Konferenz erlaubte dann eine partielle Entschlüsselung der in die Vertragsvorbereitung eingegangenen Konfiguration aus Interessiertheit und Manipulation, die allerdings die Maßstäbe bis dahin vorstellbarer diplomatischer Ränkespiele weit überschritt. Die nachträglich gewonnene Einsicht in die Voraussetzungen der Ver-

tragsunterzeichnung löste das Bedürfnis nach Annullierung des Vertrags aus. Der Versuch der bilateralen Annullierung scheiterte am sowjetrussischen Widerstand; eine einseitige Annullierung erwies sich aus Gründen, die weiterer Untersuchungen bedürfen, als nicht durchführbar.

So überdauerte der Vertrag die deutsch-sowjetrussischen Kämpfe auf der Genueser Konferenz und begleitete nach dem Tode des Außenministers, des Garanten für seine friedenssichernde Umsetzung in ein Instrument des Ausgleichs und der wirtschaftlichen Kooperation, als ein in sich brüchiges und völkerrechtlich problematisches Abkommen die deutsch-sowjetischen Beziehungen durch ihre Höhen und Tiefen bis zum Juni 1941.